DAS WÄHRUNGSPROBLEM
IN DER GROSSRAUMWIRTSCHAFT
(MARKT- ODER BÜROWÄHRUNG?)

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung
des wirtschaftswissenschaftlichen Doktorgrades
der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät
der Philipps-Universität Marburg an der Lahn

vorgelegt von

Dr. HELMUT ARNDT
aus Königsberg i. Pr.

R. UNIV. BIBLIOTHEEK LEIDEN

MARBURG-LAHN (D 4) 1944
Buchdruckerei Hermann Bauer

Als Dissertation von der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät
angenommen am 17. Februar 1944

Berichterstatter: Prof. Dr. Albrecht

Mitberichterstatter: Prof. Dr. Laum

Tag der mündlichen Prüfung: 18. Februar 1944

Inhaltsverzeichnis

Vorwort 5
Terminologische Hinweise 6

Marktwährung oder Bürowährung?
Einleitung: Die Aufgabe 9

I. Teil. Die Skizzierung der Probleme.
Kapitel 1. Eine Vorfrage 11
Kapitel 2. Die Grundprobleme 12
1. Titel. Das Problem der Recheneinheit 12
2. Titel. Das Problem der einheimischen Geldversorgung 13
§ 1. Geldversorgung durch den Markt 14
§ 2. Geldversorgung durch ein Büro 14
3. Titel. Das Problem des zwischenstaatlichen Zahlungsverkehrs 15
4. Titel. Das Problem des zwischenstaatlichen Bilanzausgleichs 16
§ 1. Bürokratischer Ausgleich 16
§ 2. Marktmäßiger Ausgleich 17
Kapitel 3. Zwei Sonderprobleme 18
1. Titel. Das Problem der Deckung 19
§ 1. Die Aufgabe der Deckung 19
1. „Deckung" als Sicherung 19
2. „Deckung" des Geldumlaufes durch den Warenumlauf . . . 20
3. Deckung des staatlichen Geldes durch überstaatliches Geld . . 20
§ 2. Deckung und Währungspolitik 22
1. Sterelisierungspolitik 22
2. Offene Marktpolitik 22
3. Diskontpolitik 23
2. Titel. Das Problem der Währungsware 24
§ 1. Die Eigenschaften einer Währungsware 24
§ 2. Die Voraussetzungen für ihre Wirksamkeit 26
Kapitel 4. Die wirtschaftlichen Ziele 27

II. Teil. Darstellung der Lösung.
Kapitel 5. Für die wirtschaftlichen Verhältnisse der Zeit von Hume, Smith und Ricardo 27
1. Titel. Woran stabilisieren wir das Geld? 28
2. Titel. Wie gestalten wir den Zahlungsmittelumlauf im Inland? . . . 30
§ 1. Soll der Geldumlauf staatlich oder überstaatlich ausgerichtet werden? 30
§ 2. Wie kann man den Geldumlauf mit der überstaatlichen Warenproduktion in Einklang bringen? 33
1. Durch den Markt oder durch ein Büro? 33
2. Die Ursachen der Strukturkrise 34
3. Irrtümer 36

3. Titel. Wie organisieren wir den zwischenstaatlichen Zahlungsverkehr? . 39
4. Titel. Wie bringen wir die Zahlungsbilanzen zum Ausgleich? 41
§ 1. Zahlungsbilanzausgleich in einer lockeren Wirtschafts-Gesellschaft 41
§ 2. Zahlungsbilanzausgleich in einer enggefügten Wirtschaftsgemeinschaft 43
1. Durch nationale Büros? 43
a) Mit einseitigen Maßnahmen? 44
b) Mit bilateralen Verträgen? 44
2. Durch ein internationales Büro? 46
3. Durch den Markt? 46
Kapitel 6. Für die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gegenwart 50
1. Titel. Inwieweit haben sich die wirtschaftlichen Verhältnisse seit Hume, Smith und Ricardo geändert? 50
§ 1. Gold ist zur Zeit als Währungsware unverwendbar geworden . . 50
§ 2. Der Markt hat seine Beweglichkeit eingebüßt 51
2. Titel. Welche Bedeutung haben diese Veränderungen für den Bau einer Währung? 52
§ 1. Inwieweit sind die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gegenwart auf die Marktwährung abzustimmen? 53
§ 2. Inwieweit ist die Marktwährung den gegebenen wirtschaftlichen Verhältnissen anzupassen? 55
1. Künstliche Währungswaren 56
2. Papiergeld als Währungsware 57
3. Bürogelenkter Markt 59
Anhang: Anmerkungen 61

Vorwort

In der vorliegenden Abhandlung wird der Versuch unternommen, eine Währungssystematik zu begründen, die den Bedürfnissen unserer Zeit gerecht wird. Die Probleme der Recheneinheit, der einheimischen Geldversorgung, des zwischenstaatlichen Zahlungsverkehrs und des zwischenstaatlichen Bilanzausgleichs sowie die Sonderprobleme der „Deckung" und der „Währungsware" werden eingehend abgehandelt. Dabei zeigt sich, daß die durch den Markt geleiteten Währungen (Marktwährungen) und die bürokratisch gelenkten Währungen (Bürowährungen) sich als Gegensätze gegenüberstehen. (Von der Bezeichnung „planwirtschaftliche Währungen" wird im letzten Falle abgesehen, weil — wie später noch nachzuweisen — gerade die Marktwährung auf einem Plane beruht.) Die Marktwährung ist stets überstaatlich, die Bürowährung, wenn sie von Bestand sein soll, national-autonom. Internationale Bürowährungen, wie sie von den Angloamerikanern etwa im Keynes- oder White-Plan für die Nachkriegszeit vorgesehen werden, sind allenfalls als Uebergangslösungen denkbar.

Es zeigt sich ferner, daß für einen festgefügten Staatenblock, in dem Frieden auf lange Sicht herrscht, die überstaatliche Marktwährung und für einzelne Staaten oder ganze Staatenblöcke, zwischen denen starke politische Spannungen bestehen, die national-autonome Bürowährung zu empfehlen ist. Dies wird an der Figur einer durch wirtschaftliche Großräume aufgeteilten Welt nachgewiesen. Im Inneren einer Großraumwirtschaft sind auf lange Sicht politische Verwicklungen nicht zu befürchten, sodaß die wirtschaftlichen Verflechtungen eng sein können. Zwischen den einzelnen Blöcken muß dagegen mit Kriegen gerechnet werden. Die wirtschaftlichen Beziehungen sind hier also locker zu gestalten, damit sie jederzeit unterbrochen werden können.

Die Funktionsfähigkeit der Marktwährung ist heute wohl am meisten problematisch. Sie wird daher zunächst unter den wirtschaftlichen Voraussetzungen der Zeit von Hume, Smith und Ricardo und später unter den wirtschaftlichen Gegebenheiten der Gegenwart untersucht. Auch wird geprüft, ob Rohstoffe wie Gold oder Silber für die Regulierung des Marktes noch in Frage kommen. Für den Fall, daß dem nicht so ist, wird eine Marktwährung entwickelt, in der die Rolle des Goldes durch eine bürokratisch gesteuerte Währungsware ersetzt wird (Marktwährung mit Deckung durch eine bürogelenkte Ware).

Der vorliegenden Untersuchung liegen zum Teil die Ergebnisse meiner volkswirtschaftlichen Diplomarbeit zu Grunde, deren Thema „Die währungspolitischen und handelspolitischen Probleme der Großraumwirtschaft" von meinem verehrten Lehrer, Herrn Professor Gerhard Albrecht, gestellt worden ist. Ihm wie auch Herrn Professor Bernhard Laum verdankt der Verfasser wertvolle Anregungen.

Terminologische Hinweise

Büro — eine Einrichtung, die autoritär Eingriffe in die Wirtschaft vornimmt, bezw. die Wirtschaft mittels derartiger Eingriffe lenkt.

- National-autonomes Büro — ein Büro, das nur die Interessen des eigenen Wirtschaftskörpers vertritt (vgl. S. 16 ff.).
- Internationales Büro — ein Büro, das die Beziehungen zwischen den Nationen regelt (vgl. S. 16).
- Überstaatliches Büro — ein Büro, das nicht zwischen den Interessen der einzelnen Nationen vermittelt, sondern das Gesamtinteresse aller Beteiligten vertritt (vgl. S. 29).

Deckung — staatliches Geld wird nur im Verhältnis zum Besitz an überstaatlichem Geld (Währungsware) ausgegeben (vgl. S. 20ff.).

Clearing

- Geldloses Clearing — ein Clearing, das im Gegensatz zum Banken-Clearing den Geldumlauf nicht erleichtert, sondern ersetzt.

Produktion — die den menschlichen Bedürfnissen dienende Waren-Produktion (vgl. S. 13).

Produktionsabwege — Abwege, die in der Produktion eingeschlagen werden müssen, um fehlende Rohstoffe durch andere zu ersetzen und die im Gegensatz zu den Produktionsumwegen Böhm-Bawerk's eine Verlangsamung der Erzeugung zur Folge haben (vgl. S. 31).

Sterilisierungspolitik — ein Staat hortet überstaatliches Geld (Währungsware), statt es proportional zur Deckung seines nationalen Geldes zu verwenden (vgl. S. 22).

Umlauf — Menge mal Umlaufsgeschwindigkeit (vgl. S. 13).

Währung

- Bürowährung — eine Währung, die durch ein Büro gelenkt wird.
- Marktwährung — ein Währungssystem, das durch den Markt gesteuert wird.
- Einfache Marktwährung — eine Marktwährung, bei der die Währungsware überstaatliches und staatliches Geld zugleich ist (vgl. S. 21).
- Gedeckte Marktwährung — eine Marktwährung, bei der das staatliche Geld nicht mit dem überstaatlichen Geld (der Währungsware) identisch ist, sondern nur durch dieses gedeckt wird (vgl. S. 21f.).
- National-autonome Währung — eine Währung, die ausschließlich durch ein national-autonomes Büro gelenkt wird (vgl. S. 15).
- Internationale Währung — ein Währungssystem, das durch ein internationales Büro geleitet wird (vgl. S. 15).
- Überstaatliche Währung — ein Währungssystem, das durch den überstaatlichen Markt gesteuert wird (vgl. S. 18).
- Einschichtige Währung — eine Währung, die für sich allein besteht (national-autonome Währung) (vgl. S. 15 und 18).
- Zweischichtiges Währungssystem — auf einer internationalen oder überstaatlichen Grundwährung basieren die nationalen Währungen, auch abgeleitete Währungen genannt (vgl. S. 18).

Währungsware — die Ware, die im Falle einer Marktwährung den Markt lenkt. Die Währungsware ist stets überstaatliches Geld (vgl. S. 24).

Wirtschafts-Gesellschaft — ein lockerer Verband autonomer Wirtschaftskörper (vgl. S. 41 ff.).

Wirtschaftsgemeinschaft — eine mit Hilfe des Marktes aus zahlreichen Volkswirtschaften gebildete überstaatliche Wirtschaftseinheit (vgl. S. 43 ff.).

DAS WÄHRUNGSPROBLEM

in der Großraumwirtschaft

„Nam et ipsa scientia potestas est"

Baco von Verulam

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41556033_0103

Marktwährung oder Bürowährung?

Einleitung: Die Aufgabe

Man nehme an, die Gegenwart stelle folgende Aufgabe:

Die Welt sei aus politischen Gründen in mehrere Staatenblöcke zerfallen, die sich, wie die europäischen Staaten unserer Tage, von Zeit zu Zeit mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpfen. Innerhalb dieser Staatenblöcke, von denen jeder ein verhältnismäßig geschlossenes Gebiet bedecke, herrsche dagegen Frieden auf lange Sicht. Was nun die wirtschaftlichen Verhältnisse angehe, so ergänze sich die Produktion innerhalb eines Blockes im großen und ganzen, wenn auch die Rohstoffe in den einzelnen Mitgliedstaaten recht unterschiedlich vorkommen und die industrielle Entwicklung ungleichmäßig verlaufen sei, sodaß — um es nur roh zu skizzieren — einige Staaten einen Ueberfluß an Ackerfrüchten, andere einen Ueberfluß an Gewerbeerzeugnissen und wieder andere einen Ueberfluß an Oel, Kohlen oder Erzen besitzen. Letztlich seien aber auch selbst die Staatenblöcke nicht völlig autark, sondern seien — sollen alle auftauchenden Bedürfnisse befriedigt werden — im gewissen Umfang noch aufeinander angewiesen. — Die Aufgabe sei nun, die wirtschaftlichen und insbesondere die währungspolitischen Beziehungen innerhalb der Blöcke und zwischen denselben unter Beachtung der staatspolitischen Erfordernisse so zweckmäßig wie möglich zu gestalten.

Die Eigenart dieser Aufgabe wird sichtbar, wenn wir sie mit zwei anderen Fällen vergleichen.

Es könnte sein, daß die Welt zwar in politisch unabhängige Staaten (und Staatenblöcke) zerfalle, daß aber Kriege nicht oder nur ausnahmsweise zu befürchten seien. Eventuell doch zur Entstehung kommende Kriege werden jedenfalls nicht auf wirtschaftlichem Boden ausgefochten. Im übrigen sei die wirtschaftliche Situation die gleiche wie in der vorigen Aufgabe.

Es läßt sich drittens denken, daß es im Bereich der ganzen Welt keinen Staat gebe, der nicht mit jedem der anderen Nationen in Konflikt geraten könne. Auch sei stets und überall zu befürchten, daß der Krieg in den Bereich der Wirtschaft eindringe und eine Nation die andere blockiere. Im übrigen seien die wirtschaftlichen Verhältnisse wieder die gleichen. Wie wären zwischen diesen Nationen die wirtschaftlichen Beziehungen am zweckmäßigsten zu gestalten? — Augenscheinlich sind die spezifisch wirtschaftlichen Verhältnisse in allen drei Aufgaben dieselben. Erst durch die Differenzierung in den politischen Daten erhält jede Aufgabe ihren besonderen Akzent.

Adam Smith hat die zweite Aufgabe vor Augen gehabt, als er sein „Inquiry into the nature and the causes of the wealth of nations“ verfaßt hat. Nur hat er den Weltfrieden weniger als eine Voraussetzung, denn als eine Folge seiner Konstruktionen erachtet.

Erst die Moderne hat die politischen Bedingungen, unter denen seine Thesen Gültigkeit besitzen, schärfer herausgestellt.

Friedrich List hat sich in seinem „Nationalen System der politischen Oekonomie" um die Lösung der dritten Aufgabe bemüht. Die napoleonischen Kriege hatten gezeigt, daß es für jede Nation zweckmäßiger ist, auf eigenen Füßen zu stehen, als sich auf die Einfuhr aus fremden Ländern zu verlassen. Andererseits hatte die Blockade die Vorteile dargetan, die sich für die einheimische Industrie aus dem Fehlen von ausländischer Konkurrenz ergeben können. Die einzelne Nation tritt daher in den Vordergrund. Demgemäß fragt List nicht mehr nach dem Weg, der zum Reichtum der Nationen führt, er fragt nurmehr danach, wie sich die Produktion des einzelnen Volkes am besten heben lasse. Die nationalen Grenzen werden hier entscheidend.

Der erste Fall, der hier zur Diskussion steht, findet im Schrifttum der Gegenwart in zunehmendem Maße Beachtung. Doch sind die meisten der zahlreichen Abhandlungen, die sich mit ihm beschäftigen, mehr journalistischer Art. Ihre Ergebnisse reichen nur selten über den Tag hinaus.

Bekannt sind endlich noch die Namen, die man den Lösungen dieser Aufgaben gegeben hat. Die ideale Lösung des zweiten Falles pflegt man „Weltwirtschaft", die des dritten „Nationalwirtschaft" und die des ersten „Großraumwirtschaft"[1] zu nennen. Gewonnen ist mit dieser Namengebung freilich wenig. Unter jedem dieser Namen lassen sich recht verschiedene Dinge vereinen. Ist nicht z. B. auch Johann Gottlieb Fichte's „Geschlossener Handelsstaat" eine Nationalwirtschaft, obwohl hier sogar alle in Frage kommenden Bedürfnisse ausschließlich aus eigener Kraft befriedigt werden sollen? —

Von diesen „Begriffen" soll hier also nicht ausgegangen werden.[2] Da es unmöglich ist, für jede Variation einen neuen Begriff zu prägen, muß jeder Begriff — und somit auch der Begriff „Großraumwirtschaft" — eine größere Spanne von Möglichkeiten umfassen. Diese Ungenauigkeit schadet gemeinhin nicht. Sie wird immer erst dann gefährlich, wenn es gerade auf diesen Unterschied ankommt. Es folgt hieraus, daß man auch bei der Lösung der drei Aufgaben nicht von den Begriffen Weltwirtschaft, Nationalwirtschaft, Großraumwirtschaft ausgehen darf. Andererseits kann es aber auch nicht verboten sein, diese Worte als Namen für die späteren Ergebnisse zu verwenden.

Zu bemerken ist endlich noch, daß die aufgezeigten drei Aufgaben nicht willkürlich gewählt sind. Die zweite und dritte stellen hinsichtlich ihrer politischen Voraussetzungen Extreme dar. In der von Smith behandelten Aufgabe ist die wirtschaftliche Bedeutung staatspolitischer Grenzen annähernd gleich Null. In dem von List erörterten Fall kann der Einfluß der Politik notfalls bis zur Unterbindung jeglicher zwischenstaatlichen Wirtschaftsverbindung

führen. Freilich hat List diese Konsequenz nicht gezogen. Die Entwicklung des totalen Krieges stand damals noch am Anfang.

Unsere Aufgabe liegt demgegenüber in der Mitte, oder genauer gesagt, sie vereint beide Möglichkeiten miteinander. Innerhalb der Grenzen eines Blockes gleicht sie dem zweiten, jenseits seiner Grenzen gleicht sie dem dritten Fall. Zwischen den Gliedstaaten eines Bundes können die politischen Grenzen ohne nennenswerte Bedeutung für die wirtschaftlichen Beziehungen sein. Zwischen den Blöcken können dagegen politische Differenzen unter Umständen sogar jede Wirtschaftsbeziehung inhibieren. Die Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse muß hierauf Rücksicht nehmen. Die gleiche Lösung für beide Fälle zu empfehlen, wäre verfehlt. Gegensätze in der Frage erfordern auch Gegensätze in der Antwort.

Zwischen Staaten und Staatenblöcken können wirtschaftliche Beziehungen verschiedener Art bestehen. Hier sollen grundsätzlich nur die währungspolitischen Fragen ihre Erörterung finden.[3] Die zu lösende Frage lautet also:

Wie sind die währungspolitischen Beziehungen zwischen den Gliedstaaten und wie sind sie zwischen den Blöcken zu gestalten?

I. Teil: Die Skizzierung der Probleme

Kapitel 1. Eine Vorfrage

Zunächst eine Vorfrage. Sollen überhaupt währungspolitische Beziehungen zwischen den Gliedstaaten bestehen? — Keine Beziehungen, das würde bedeuten, daß die Gliedstaaten währungspolitisch entweder garnicht miteinander verkehren oder daß sie währungspolitisch eine totale Einheit bilden. Das erste scheidet aus. Die Gliedstaaten sind aufeinander angewiesen. Das zweite könnte fraglich scheinen. Wäre nicht die währungspolitische Einheit die beste Garantie für die innere Festigkeit des Blockes? Wäre also nicht eine totale Währungsunion einem vielgliedrigen Währungsnetz vorzuziehen?[4] — Nun, schon politische Gründe werden eine solche Währungsunion oft unmöglich machen. Aber selbst wenn man sie politisch durchsetzen könnte, wird sie aus wirtschaftlichen Gründen selten erstrebenswert sein. Die Unterschiede in der wirtschaftlichen Struktur werden regelmäßig einen gewissen währungspolitischen Ausgleich fordern.[5] Auch Differenzierungen in der Kaufkraft wollen beachtet werden. Vor allem würde eine volle Währungsunion jede Möglichkeit zu einer nationalen Wirtschaftspolitik der Einzelglieder des Blockes unterbinden. Anstelle zahlreicher Volkswirtschaften wäre eine Blockwirtschaft entstanden. Eine derartige Uniformierung könnte nicht nur zum Schaden der einzelnen Nation, sondern auch zum Nachteil des gesamten Blockes gereichen. Aber selbst wenn dem nicht so ist,

so wäre eine solche Währungsunion überflüssig. Die wirtschaftlichen Ziele, denen die Bildung einer Staatengemeinschaft dienen kann, lassen sich erreichen, ohne daß die einzelnen Völker restlos auf das Recht einer eigenen Währung verzichten. Das wird die Untersuchung noch erweisen.

Währungspolitische Beziehungen erscheinen somit als zweckmäßig. Wie soll man sie gestalten? —

Diese Frage kann sachgemäß nur entscheiden, wer eine

Theorie der Währungen

besitzt. Niemand kann sagen, welches die beste Lösung ist, wenn er nicht die zur Verfügung stehenden Möglichkeiten übersieht. Eine sachgemäße Antwort setzt einen Ueberblick über die zu lösenden Fragen und die hierauf möglichen Antworten voraus.

Kapitel 2. Die Grundprobleme

Beim Bau einer Währung tauchen, wie die bisherigen Ergebnisse der Wissenschaft zeigen, vier Fragen auf[6]:

I. Woran stabilisieren wir das Geld? -- Wir sprechen hier vom Problem der Recheneinheit.

II. Wie gestalten wir den Umlauf von Zahlungsmitteln im Inland? — Wir sprechen hier von dem Problem der einheimischen Geldversorgung. (Dabei fragt sich, was währungspolitisch unter „einheimisch" zu verstehen ist: Das Innere einer Nation oder eines Staatenblockes.)

III. Wie bringen wir die Zahlungsbilanz zum Ausgleich? — Wir sprechen hier vom Problem des Bilanzausgleichs.

IV. Wie organisieren wir den zwischenstaatlichen Zahlungsverkehr? — Wir nennen dies das Problem des zwischenstaatlichen Zahlungsverkehrs. —

Jedes dieser Probleme läßt sich in mehrfacher Weise beantworten. Es ergibt sich für uns daher eine doppelte Aufgabe: wir haben zunächst sämtliche in Frage kommenden Möglichkeiten herauszuarbeiten und dann aus der Fülle der Lösungen jene herauszugreifen, die sich in unserem Fall als die zweckmäßigste erweist.

1. Titel. Das Problem der Recheneinheit

Wenn man ein neues Währungssystem aufbauen will, so lautet die erste Frage, die eine Antwort heischt: Woran stabilisieren wir das Geld? – Es ist die Frage nach der Recheneinheit. Zwei Wege stehen hier prinzipiell zur Verfügung. Bei dem einen verbindet man die Geldeinheit mit einer wertvollen Ware, z. B. mit Gold oder Silber. Bei dem anderen verbindet man sie mit dem Wert aller Waren. Im letzten Fall spricht Fisher[7] von einer Indexwährung und Cassel[8] von einer Kaufkraftwährung.[9] Doch tun diese Namen hier nichts zur Sache.

Ob wir eine oder alle Waren als Unterlage der neuen Geldeinheit wählen, ist von entscheidender Bedeutung. Wähle ich alle Waren, so wird das Geld vom Markt distanziert. Geld und Ware stehen sich nicht mehr im Verhältnis von Angebot und Nachfrage gegenüber. Für die gleiche Geldeinheit können wir stets die gleiche Warenmenge kaufen. Preisschwankungen sind nur noch im Einzelfalle möglich. Der Preisspiegel ist unveränderlich geworden.

Wählen wir dagegen eine Ware — also etwa Gold oder Silber, so tritt diese den anderen Waren als Ware — nämlich als „Währungsware" — gegenüber. Bald wird die Nachfrage nach der Währungsware und bald die Nachfrage nach den übrigen Waren größer sein. Hier wird also das Geld den Marktgesetzen unterworfen. Das Gesetz von Angebot und Nachfrage bleibt für den Wert des Geldes entscheidend. Auch die Produktion von Geld — und damit der Geldumlauf — wird hier durch den Markt bestimmt.[10]

Welchen dieser beiden Wege sollen wir nun in unserem Falle vorziehen? Sollen wir Geldwert wie Geldumlauf vom Markt distanzieren, um dadurch eine absolute Wertbeständigkeit zu erreichen? Oder sollen wir kleinere Schwankungen im Geldwert in Kauf nehmen, um den Markt in seiner Funktion als Regulator der Wirtschaft nicht auszuschalten? —

2. Titel. Das Problem der einheimischen Geldversorgung

Das Problem der Recheneinheit hängt mit einem anderen Problem eng zusammen. Der Wert des Geldes ist von der umlaufenden Geldmenge abhängig. Hierauf hat schon Jean Bodin in „Les six livres de la république" aufmerksam gemacht. Seine Quantitätstheorie ist von Keynes u. a. einigen Korrekturen unterzogen worden. Heute wissen wir, daß es nicht nur auf das Verhältnis von Warenmenge und Geldmenge, sondern auch auf die Umlaufsgeschwindigkeit dieser beiden Größen ankommt. Geldmenge mal Umlaufsgeschwindigkeit kann man der Einfachheit halber als Umlauf bezeichnen. Dann erhalten wir die Frage: Wonach soll sich der Umlauf an Zahlungsmitteln richten? —

Die Antwort auf diese Frage hat prinzipiell schon Jean Bodin gegeben. Der Umlauf an Zahlungsmitteln soll dem Umlauf an Waren entsprechen. Wovon hängt nun der Umlauf von Waren ab? Grundsätzlich von der den menschlichen Bedürfnissen dienenden Warenproduktion (im Folgenden kurz „Produktion" genannt). Also kann man festhalten, daß sich der Umlauf an Zahlungsmitteln grundsätzlich nach der Produktion richten muß. Mit dieser Erkenntnis ist die aufgeworfene Frage jedoch noch keineswegs entschieden. Es ist mit keinem Wort bisher gesagt, welche Warenproduktion maßgebend sein soll. Die Produktion eines Landes? Die Produktion eines Staatenblockes? Oder die Produktion der gan-

zen Welt? — Soll man den Geldumlauf nach den Bedürfnissen der nationalen Erzeugung oder nach den Bedürfnissen einer überstaatlichen Produktion richten? Soll also der Umlauf national oder übernational geleitet werden? —

In der öffentlichen Diskussion unserer Tage wird dieser Gegensatz meist anders formuliert. Man stellt die einheimische Produktion der Zahlungsbilanz gegenüber und fragt, ob der Geldumlauf nach dem Bedarf der einheimischen Produktion oder nach der Lage der Zahlungsbilanz bestimmt werden solle. Diese Formulierung ist jedoch ungenau. Trotzdem wird es zweckmäßig sein, bei der späteren Untersuchung zunächst von dieser Fragestellung auszugehen.

Mit der Beantwortung dieses Fragenkreises ist das Problem der einheimischen Geldversorgung erst halb geklärt. Es genügt nicht, daß man weiß, wonach sich der Geldumlauf richten soll, man muß auch wissen, wie man die aufgestellte Forderung am besten verwirklicht. Man muß wissen, wie man das gewünschte Verhältnis zwischen Geld- und Warenumlauf bezw. zwischen Geld- und Warenproduktion am besten erreicht und aufrechterhält.

Auch hier stehen wieder zwei grundsätzlich verschiedene Wege zur Verfügung.

§ 1. Geldversorgung durch den Markt

Einmal läßt sich die Gleichschaltung von Geld- und Warenumlauf durch Einschaltung der Marktkräfte erreichen. Wählt man als umlaufendes Geld eine Ware wie Gold oder Silber, so tritt diese Ware unter bestimmten Voraussetzungen zu den übrigen Waren in einen Gegensatz, auf den das Gesetz von Angebot und Nachfrage Anwendung findet. Ist zu wenig Gold im Verhältnis zur übrigen Warenmenge vorhanden, so wird es teuer. Seine Produktion wird besonders lohnend, während umgekehrt die Erzeugung der übrigen Waren weniger Gewinn abwirft. Füglich wird — Beweglichkeit des Kapitals vorausgesetzt — die Golderzeugung forciert werden, bis die Goldmenge die (übrige) Warenmenge erreicht oder sogar übersteigt. Im letzten Fall wird die umgekehrte Folge eintreten. Die Erzeugung von Waren wird lohnender als die Produktion der Währungsware Gold. Es wird also jetzt die Erzeugung der (übrigen) Waren vermehrt werden. Die Regulierung des Geldumlaufs erfolgt somit am Markte. Man kann hier von einer marktmäßigen Regulierung des Geldumlaufs sprechen.

§ 2. Geldversorgung durch ein Büro

Die andere Lösung sucht das gesteckte Ziel auf einem anderen Wege zu erreichen. Nicht der Markt, sondern ein Büro reguliert das Geld.[11] In der Regel wird für die laufende Warenproduktion

eine Indexzahl errechnet. Sinkt diese, so wird im gleichen Verhältnis der Geldumlauf verringert. Steigt diese, so wird im gleichen Umfang der Umlauf von Banknoten vermehrt. Hier haben wir es also mit einer bürokratischen Regulierung des Geldumlaufs zu tun. Eucken würde sie in seiner Terminologie als „zentral geleitet" bezeichnen.[12]

Wer soll also die Regulierung des Geldumlaufes vornehmen: Der Markt oder das Büro? —

3. Titel. Das Problem des zwischenstaatlichen Zahlungsverkehrs

Auch der zwischenstaatliche Zahlungsverkehr kann der Zahlungsmittel nicht ganz entbehren. Das gewöhnliche Währungsgeld gilt zunächst nur innerhalb der Grenzen eines Landes. Soll man es durch überstaatliche Zahlungsmittel ergänzen? —

Man kann diese Frage bejahen und man kann sie verneinen. Im ersten Fall muß für ein zwischenstaatliches Geld Sorge getragen werden. Im letzten muß man auf ein besonderes Zahlungsmittel verzichten. Es muß Ware gegen Ware getauscht (Kompensationsverkehr) oder wenigstens Forderung gegen Forderung verrechnet werden („geldloser Clearingverkehr"). Eine marktmäßige Regulierung des Geldumlaufs wie des Geldwertes kann es in diesen Fällen nicht geben. Das wird im Laufe der Untersuchung noch zu verdeutlichen sein.

Hat man sich dagegen für die Einführung eines überstaatlichen Geldes entschieden, so taucht die Frage auf, wie dieses Geld aussehen soll. Auch hier stehen wieder zwei Wege zur Verfügung. Man kann entweder für den zwischenstaatlichen Verkehr die gleichen Zahlungsmittel wählen, die schon im Inland umlaufen. So ist es bei der ursprünglichen Goldwährung. Hier vermittelt das Gold nicht nur den Verkehr zwischen den Kaufleuten des gleichen Landes, sondern es vermittelt auch den Verkehr der ganzen Welt. Grenzen, die seinen Lauf hätten stören können, gibt es damals nicht. Die Regulierung von Geldwert und Geldumlauf erfolgt nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage.

Man kann aber auch verschiedene Zahlungsmittel wählen. Man kann z. B. den Umlauf des überstaatlichen Geldes auf den zwischenstaatlichen Verkehr beschränken, während man im Inland Papiernoten zu Zahlungsmitteln macht. Will man trotzdem eine marktmäßige Regulierung von Geldumlauf und Geldwert, so muß wenigstens die Ausgabe der Papiernoten nach dem Vorrat an überstaatlichem Geld bemessen werden. Hiervon wird später noch zu handeln sein.[14]

Welche dieser Möglichkeiten ist nun in unserem Fall am zweckmäßigsten? — Sollen wir den Außenhandel ohne Zahlungsmittel lassen? Also zum geldlosen Clearing oder zur Kompensation zurückkehren? Oder sollen wir ihn ebenso wie den inländischen Verkehr mit Geld versorgen? Aber dann wie? —

4. Titel. Das Problem des zwischenstaatlichen Bilanzausgleichs

Kein Land produziert alle Waren selbst. Es führt Waren ein und es führt Waren aus, (wobei wir hier unter Waren auch Leistungen aller Art verstehen). Wie läßt sich nun dieser Güterstrom zum Ausgleich bringen? Wie lassen sich Ein- und Ausfuhr aufeinander abstimmen?

Scheinbar fällt diese Frage aus dem Rahmen der Währungspolitik heraus. Ist sie nicht eine Frage der Handelspolitik? — Gewiß. Sie ist auch dies. Aber sie hat andererseits auch ihren Platz in der Währungspolitik, weil die Wahl der Währung für die Art des Bilanzausgleichs entscheidend ist.

Auch den Ausgleich der Bilanzen kann man entweder den Kräften des Marktes oder einem Büro überantworten.

§ 1. Bürokratischer Ausgleich

Ein Büro kann die Zahlungen von der Geld- wie von der Warenseite her regulieren. Von der Warenseite aus kann es Ein- und Ausfuhr

mittelbar durch Zölle und Prämien oder

unmittelbar durch Ein- und Ausfuhrkontingentierung[15]

zum Ausgleich bringen.

Von der Geldseite her läßt sich der Ausgleich der Bilanz

durch Variation der Wechselkurse oder

durch Veränderung des Geldumlaufs

erreichen. Endlich kann das Büro auch mehrere dieser Mittel miteinander verbinden.

Von besonderer Bedeutung ist die Art des Büros, das den Zahlungsbilanzausgleich vornimmt. Einmal ist möglich, daß sich jeder Staat bezw. jeder Block ein eigenes Büro hält. Hier reguliert jeder Staat (Block) seine Währungsangelegenheiten, insbesondere den Bilanzausgleich autonom und ohne Rücksicht auf andere Staaten (Blöcke). In diesem Fall kann man von national-autonomen Büros und

national-autonomen Währungen

reden. Jeder Staat lebt hier für sich. Die zwischenstaatliche Arbeitsteilung wird ohne Bedeutung sein.

Es kann aber auch sein, daß sich mehrere Staaten zusammenschließen, um durch einheitliche Maßnahmen für den Ausgleich der Zahlungsbilanzen usw. zu sorgen. In diesem Fall hat man es mit einem internationalen Büro zu tun. Neben oder über die nationalen Währungen, die an Bedeutung verlieren, tritt eine Art

internationale Währung,

deren Wirksamkeit nationale Büros mit beschränkter Autonomie ergänzen. Nationalwirtschaftliche Isolierung soll hier auf bürokratischem Wege überwunden werden. Wird einem solchen Versuch dauernder Erfolg beschieden sein? — Nun, aus der jüngeren Vergangenheit sind schon gewisse Nachteile internationaler Büros be-

kannt. Wirtschaftliche Maßnahmen werden hier von einem Gremium getroffen, das sich regelmäßig nicht aus unpolitisch denkenden Weltbürgern, sondern aus Patrioten zusammensetzt, die — selbst wenn sie ehrlich um Objektivität bemüht sind — nie aufhören werden, Deutsche, Holländer, Engländer oder Franzosen zu sein. Von einem internationalen Büro werden also wirtschaftliche Entscheidungen nicht jenseits der Politik, sondern weitgehend unter ihrem Einfluß getroffen. Streitigkeiten im Büro und Krisen in der Wirtschaft sind die Folge.

§ 2. Marktmäßiger Ausgleich

Der Markt reguliert die Zahlungsbilanzen in zweifacher Weise. Einmal bedient er sich der Geldverflüssigung bezw. Geldverknappung und zweitens verändert er gleichzeitig die Wechselkurse. David Hume und Adam Smith haben diesen Vorgang beschrieben. Exportiert Deutschland z. B. mehr als es einführt, so strömt Gold zu und da Gold – in der Zeit von Hume und Smith – auch im Inland gleich Gold ist, vergrößert sich der Inlandgeldumlauf. Im Falle gleichbleibender Umlaufgeschwindigkeit treten mehr Goldstücke der gleichen Warenmenge gegenüber. Auf ein Goldstück entfällt infolgedessen ein kleinerer Warenanteil als zuvor. Für die gleiche Ware müssen mehr Goldstücke als bisher entrichtet werden: Die Warenpreise des Inlandes steigen. Gleichzeitig steigt auch der Außenwert der Mark im Preis, da die Abnehmer deutscher Waren den Saldo in Mark begleichen müssen. Die Mark wird mehr begehrt als andere Währungen, und was besonders begehrt wird, das wird mit Aufschlag gehandelt. Die Ausländer müssen somit nicht nur mehr Markstücke für die gleiche Ware, sondern auch mehr Devisen für den gleichen Markbetrag bezahlen. So verteuert sich die Ausfuhr, während die Einfuhr nach Deutschland günstiger wird. Entsprechendes gilt im umgekehrten Falle. Importiert Deutschland mehr als es ausführt, so wird in Deutschland das Geld knapp und die Warenpreise fallen. Gleichzeitig wird im Ausland die Mark angeboten. Dort sinkt ihr Kurs. Für den Ausländer werden also deutsche Waren und deutsches Geld (da sie in Mark bezahlen) billiger, während für den Deutschen umgekehrt Auslandsgeld und Auslandswaren teuerer werden. Die Zweckmäßigkeit dieses Doppelvorganges wird häufig übersehen. Durch geringfügige Schwankungen in den Wechselkursen wird der Druck auf das nationale Preisgefüge gemildert, und durch die Veränderungen im Geldumlauf wird der Druck auf die Wechselkurse abgeschwächt.

Vergleicht man den marktmäßigen Ausgleich der Zahlungsbilanzen mit dem bürokratischen, so fällt auf, daß ein marktmäßiger Ausgleich niemals auf die einzelne Nation beschränkt sein kann. Stets müssen mehrere Volkswirtschaften in einem Markt zusammengeschlossen sein, um das von Hume und Smith beschriebene System

zur Anwendung zu bringen. Indessen wäre es auch ungenau, bei einem marktmäßigen Ausgleich der Zahlungsbilanz von einer „internationalen Währung" zu reden. Ein von Deutschen, Engländern, Franzosen und Holländern beschicktes Gremium ist international, weil und sofern es politischen Einflüssen ausgesetzt ist. Der marktmäßige Ausgleich vollzieht sich jedoch ausschließlich auf wirtschaftlicher Ebene. Er ist politisch völlig indifferent. Wir werden daher im Falle eines marktmäßigen Ausgleichs von einer

überstaatlichen Währung

reden.

Im Gegensatz zur national-autonomen Währung, die für sich allein existiert, besteht bei der internationalen wie bei der überstaatlichen Währung ein zweischichtiges Währungssystem. Auf der internationalen bezw. überstaatlichen Währung als Grund- oder Oberwährung bauen sich die einzelnen nationalen Währungen auf, die man insofern auch als abgeleitete Währungen oder Unterwährungen bezeichnen kann. Auf einer überstaatlichen Grundwährung fußten in der Zeit vor dem ersten Weltkrieg alle jenen nationalen Währungen, die als Mark-, Pfund-, Franken- oder Dollarwährung zwar ein gewisses Eigenleben führten, aber letzten Endes alle einheitlich auf die Ware Gold ausgerichtet waren. Auf einer internationalen Grundwährung wollen manche Autoren das Währungssystem der Zukunft aufbauen. Welche dieser Möglichkeiten zweckmäßiger ist, wird die Untersuchung lehren. Zunächst genügt die Feststellung, daß

drei Regulatoren der Zahlungsbilanz

denkbar sind:

1. eine Vielheit nationaler Büros, bei denen jedes für sich operiert,
2. ein internationales Büro, das — ohne politisch indifferent zu sein — für eine einheitliche Regulierung der Zahlungsbilanzen der angeschlossenen Länder sorgen soll, und
3. der Markt, der innerhalb seines Bereichs stets einheitlich und jenseits der Politik für den Ausgleich aller Zahlungsbilanzen Sorge trägt.

Die Untersuchung wird zeigen, welcher dieser Wege für die Lösung unserer Aufgabe in Frage kommt.

Kapitel 3. Zwei Sonderprobleme

Vor der Lösung dieser vier Grundprobleme sind zwei Sonderfragen zu untersuchen, die in der jüngeren Vergangenheit Anlaß zu schwerwiegenden Irrtümern gegeben haben. Es handelt sich um die Probleme der Deckung und der den Markt lenkenden Ware. Im letzten Fall werden wir vom Problem der Währungsware sprechen.

1. Titel. Das Problem der Deckung

§ 1. Die Aufgabe der Deckung

1. „Deckung" als Sicherung

Vielfach wird unter „Deckung" eine Art Kreditunterlage verstanden. In diesem Sinne meinte Funk vor der Generalversammlung der Reichsbank, „daß die jetzt aufgelaufenen Clearing-Forderungen für die europäischen Notenbanken sicherlich eine bessere Deckung darstellen als das Gold, dessen Zukunftswert noch völlig im Ungewissen liegt".[16] Als ihre Aufgabe erscheint dann die Stabilerhaltung des nationalen Geldes oder — wie es meist formuliert wird — die Verhinderung einer Inflation. Soweit in unseren Lehrbüchern steht, daß John Law in seinem Buch „Money and trade considered with a proposal for supplying the nation with money"[17] als „Deckung" des Geldes den Grund und Boden vorgeschlagen oder daß Helfferich's Rentenmark im Boden zunächst ihre „Deckung" erhalten habe, so ist diese Art von Deckung damit gemeint. Vielfach hat hier der Staat das Geld zuvor als Kreditmittel mißbraucht. Jetzt muß er sich gefallen lassen, daß der Untertan die Banknoten wie Schuldscheine behandelt und zur Sicherung ein Pfand verlangt.

Die Fälle, in denen sich ein Staat wie ein Kaufmann behandeln lassen muß, der seinen Personalkredit verspielt hat, sind glücklicherweise selten. Für gewöhnlich hat das Geld andere Aufgaben, als Kreditmittel des Staates zu sein. Es dient als handlichstes Tauschmittel der Erleichterung von Handel, Gewerbe und Verkehr. Es ist — um es mit Adam Müller auszudrücken — die „geselligste Sache".[18] Eine Deckung im Sinne dinglicher Sicherung ist demgemäß auch nicht erforderlich. Dies nachgewiesen zu haben, bleibt das Verdienst der „Staatlichen Theorie des Geldes" von Georg Friedrich Knapp.[19] Wo daher Deckung als dingliche Sicherung verstanden wird, wird das Geld mit dem Kredit, die Banknote mit einem Schuldschein und der Staat mit einem Kaufmann verwechselt. Die echte Deckung hat eine andere Bedeutung.

Da die Deckung keine Sicherung ist, wird man auch gut daran tun, den Ausdruck „Goldwährung" nicht mehr zu verwenden. Er verführt zu leicht zu dem Mißverständnis, als ob bei der als Goldwährung bezeichneten Marktwährung von Hume, Smith und Ricardo der bleibende Wert des Goldes im Vordergrund steht. Selbst bei Autoren wie Keynes oder Cassel ist nicht immer leicht zu entscheiden, ob mit den Worten „Goldwährung" oder „Goldstandard", die von Hume, Smith und Ricardo geschilderte Marktwährung oder nur irgendeine am Golde stabilisierte Währung gemeint sein soll. Der Ausdruck „Goldstandard" läßt freilich auf das Letzte schließen. Nur dies könnte viele der neuerdings gegen die „Goldwährung" vorgebrachten Argumente verständlich machen.

2. „Deckung" des Geldumlaufes durch den Warenumlauf

Jean Bodin hat darauf hingewiesen, daß sich Geldumlauf und Warenumlauf gleichbleibend entsprechen müssen, sollen im Geldwert keine den Fortbestand des Wirtschaftslebens gefährdenden Schwankungen auftreten. Man hat dieses Gesetz — etwas ungenau — als „Quantitätstheorie" bezeichnet. Nun läßt sich dieser Gedankengang auch dahin ausdrücken, daß der Geldumlauf ständig durch den Warenumlauf „gedeckt" sein muß. In diesem Sinne spricht man vielfach von einer Waren- oder Arbeitsdeckung. Ratsam ist dieser Sprachgebrauch jedoch nicht, da er einen Begriff, der von der klassischen Schule eindeutig festgelegt worden ist, willkürlich in anderer Weise verwendet.

Noch bedenklicher wird es, wenn diese Begriffsbildung zu der Annahme einer „Arbeitswährung" führt, die sich von anderen Währungen dadurch unterscheiden soll, das sie nicht durch Gold oder andere Metalle, sondern durch die Arbeit „gedeckt" werde. Hier wird verkannt, daß jede Währung dem Gesetz von Jean Bodin folgen muß, sollen keine untragbaren Wertschwankungen auftreten. Auch bei der durch Gold gelenkten Marktwährung ist — wenigstens unter den wirtschaftlichen Voraussetzungen der Zeit von Hume, Smith und Ricardo — der Geldumlauf durch geleistete Arbeit „gedeckt". Ist nämlich der Geldumlauf für den Warenumlauf zu groß, so entfallen auf eine Ware mehr Goldstücke als bisher und die Warenproduktion wird angeregt, bis die Proportionalität zwischen Waren- und Geldumlauf wieder hergestellt ist. Entsprechendes gilt im umgekehrten Falle.[20]

3. „Deckung" des staatlichen Geldes durch überstaatliches Geld

Der Begriff der Deckung, wie ihn die klassische Schule geprägt hat, läßt sich nur an dem von Hume und Smith beschriebenen System der Marktwährung erklären. Denn nur in diesem hat er eine Aufgabe zu erfüllen.

Diesem Währungssystem — meist ebenso kurz wie mißverständlich Goldwährung genannt — ist nicht das Gold, sondern der Markt wesentlich. Mit Hilfe einer auserwählten Ware — meist Gold — reguliert hier der Markt Geldwert, Geldumlauf und Zahlungsbilanzausgleich. Wird — wie wir bereits gesehen haben — das Geld im Inland knapp, so werden die (übrigen) Waren billiger. Waren strömen ins Ausland und Gold strömt ins Land. Das ist jener Gold- oder richtiger Marktautomatismus, der einheitlich oder unpolitisch den Ausgleich der Zahlungsbilanz regelt.

Nun kann es auch vorkommen, daß der Weltvorrat an Gold hinter dem Weltvorrat an Waren zurückbleibt. Dann wird die Währungsware Gold in der ganzen Welt teuerer und die (übrigen) Waren billiger. Was ist die Folge? — Die Unternehmer verrin-

gern die Produktion von Waren und vermehren — freie Beweglichkeit der Produktion vorausgesetzt — die Erzeugung von Gold. Das ist jener — meist übersehene — Marktautomatismus, der einheitlich und unpolitisch das Verhältnis von Geld- und Warenumlauf regelt.

Durch diesen doppelten Automatismus werden die angeschlossenen Staaten jenseits der Politik zu einer Wirtschaftsgemeinschaft vereinigt. Ein überstaatlicher Markt entsteht, der allen beteiligten Nationen — wenigstens in der Theorie — eine optimale Ausnutzung der zur Verfügung stehenden Kräfte ermöglicht.

Ist nur die auserwählte Ware im Inland wie im Ausland Zahlungsmittel (einfache Marktwährung), so ist eine besondere Deckung nicht erforderlich. Die geschilderten Regulierungen von Geldwert, Geldumlauf und Bilanz vollziehen sich automatisch.

Wird dagegen das Gold im Inneren eines Landes ganz oder teilweise durch Papiergeld ersetzt, so wird das Deckungsproblem akut (gedeckte Marktwährung). Schaltet man nämlich die gewählte Ware aus und hält man die Verbindung zu ihr auch nicht über eine Deckung aufrecht, so kann ein marktmäßiger Ausgleich nicht mehr stattfinden. Ein überstaatlicher Markt, der Geldwert, Geldumlauf und Bilanzausgleich lenken könnte, besteht nicht mehr. Tritt auch kein Büro an die Stelle des Marktes, so werden im Geldwert eines Landes im Verhältnis zum Geldwert anderer Länder willkürliche Schwankungen auftreten. Die Salden des zwischenstaatlichen Zahlungsverkehrs können sich nach beiden Seiten ins Grenzenlose vermehren. Der Geldumlauf wird durch die Warenproduktion nicht mehr reguliert.

Ricardo hat dies beobachtet, als im England seiner Zeit das Gold im Inland willkürlich und ohne Beschränkung auf die Warenproduktion durch Papiernoten ersetzt wird.[21] Was geschieht? — Der Ausgleich der Zahlungsbilanz wird nicht mehr hergestellt und das Verhältnis zwischen Geld- und Warenumlauf wird schief. Eine Inflation tritt ein. In seiner Schrift „On the high price of Bullion, a proof of the Depreciation of bank-notes" folgert daher Ricardo, daß Papiergeld von einem Staat nur proportional zu seinem Besitz an Gold ausgegeben werden darf.[22] Tut er dies nicht, so wird der Marktautomatismus außer Kraft gesetzt. Zwischen Geld- und Warenumlauf entsteht ein Mißverhältnis. Das Geld entwertet sich oder es wird teuer. Ricardo fügt noch eine zweite Feststellung hinzu. Wird das Papiergeld unabhängig von der Höhe des Goldvorrates ausgegeben, so tritt auch jener Marktautomatismus außer Kraft, der den Ausgleich der Zahlungsbilanz herbeiführt. Die staatlichen Zahlungsmittel werden unabhängig von den überstaatlichen. Der Zusammenhang mit der Weltwirtschaft ist durchbrochen. Ein einheitlicher Geldmarkt existiert nicht mehr. Trotz hohen Einfuhrüberschusses und starker Goldabzüge können die Inlandspreise

noch steigen, weil man ohne Rücksicht hierauf die Vermehrung der nationalen Zahlungsmittel fortsetzen kann.

Welche Aufgaben hat somit die Deckung? — Sie stellt die marktmäßige Verbindung zwischen dem staatlichen und dem überstaatlichen Gelde her. Sie sorgt dafür, daß der Marktautomatismus in seinem doppelten Amt unangetastet bleibt: als Regulator des Bilanzausgleiches ebenso wie als Regulator des Verhältnisses zwischen Waren- und Geldumlauf. Sie sorgt — kurz gesagt — für die Einheit des überstaatlichen Marktes. Demgemäß kann auch nur überstaatliches Geld zur Deckung verwandt werden. Nur überstaatliches Geld kann Währungsware sein.

Was folgt hieraus? — Daß nur solche Währungen eine Deckung brauchen, die auf dem Marktautomatismus aufbauen und außerdem auch noch zwischen nationalen und übernationalen Zahlungsmitteln unterscheiden. Nur wenn bei einer durch den Markt regulierten überstaatlichen Währung zwischen staatlichem und überstaatlichem Geld geschieden wird, erhält die Deckung ihren Sinn. Bei nationalen wie internationalen Währungen dagegen, die durch ein Büro reguliert werden, ist eine Deckung überflüssig. Hier wird der Ausgleich der Zahlungsbilanz wie die Regulierung von Geldwert und Geldumlauf auf andere Weise hergestellt, nämlich durch bürokratischen Befehl.

§ 2. Deckung und Währungspolitik

Die Einheit des überstaatlichen Marktes darf durch die Währungspolitik der einzelnen Staaten nicht gestört werden. Dies ist gerade in der letzten Zeit der „Goldwährung" nicht mehr beachtet worden, in der fast von allen Staaten gegen das Gesetz proportionaler Deckung verstoßen wird.

1. Sterilisierungspolitik

Die Sterilisierungspolitik — manchmal auch Goldfondspolitik genannt — besteht darin, daß ein Staat bei ihm einlaufende Währungsware hortet, statt sie zur Deckung seines staatlichen Geldes zu verwenden oder sie unmittelbar als Währungsgeld kursieren zu lassen. Die Vermehrung oder Verminderung des Vorrates, den ein Land an überstaatlichem Geld besitzt, hat hier nicht mehr eine Mehrung oder Minderung des nationalen Geldes zur Folge. Das Gesetz proportionaler Deckung wird — wenigstens teilweise — außer Kraft gesetzt. Ist die Störung erheblich, so kann die Marktwährung nicht mehr funktionieren.

2. Offene Marktpolitik

Bei der offenen Marktpolitik kauft oder verkauft ein Staat Wertpapiere gegen nationales Geld. Verkauft er, so werden Geld-

noten aus dem Verkehr gezogen, kauft er dagegen, so wird zusätzlich Geld in den Verkehr gebracht.

Gegen Transaktionen dieser Art ist nichts einzuwenden, solange sie nur als Mittel dienen, um den nationalen Notenumlauf dem Vorrat der Notenbank an überstaatlichem Geld anzupassen (marktmäßige offene Marktpolitik).

Nimmt aber ein Staat diese Transaktionen ohne Rücksicht auf die Proportionalität der Deckung vor, so ist insoweit der Vorrat, den ein Land an überstaatlichem Geld besitzt, für die Höhe des nationalen Notenumlaufes nicht mehr entscheidend. Eine ohne Beachtung des Gesetzes proportionaler Deckung vorgenommene offene Marktpolitik lockert daher ebenfalls die überstaatliche Einheit des Wirtschaftslebens (marktwidrige offene Marktpolitik). Ist der Eingriff erheblich, so kann die Marktwährung nicht mehr funktionieren.

3. Diskontpolitik

Will ein Staat den nationalen Notenumlauf dem jeweiligen Vorrat an überstaatlichem Geld anpassen, so kann er dies auch dadurch erreichen, daß er die Diskontrate verändert. Läuft mehr Geld im Lande um, als nach dem Vorrat an überstaatlichem Geld zulässig, so wird er den Zinssatz heraufsetzen. Läuft zu wenig Geld um, so wird er den Zinssatz senken. Im ersten Falle fließen nationale Noten an die Zentralnotenbank zurück, während im umgekehrten Falle die Geldflüssigkeit zunehmen wird (marktmäßige Diskontpolitik).

Wie die offene Marktpolitik, so kann aber auch die Diskontpolitik zur Zerstörung der Einheit des überstaatlichen Marktes mißbraucht werden. Ein Staat kann — wenigstens in der Theorie — den Diskontsatz senken, obschon bereits mehr Geld umläuft als nach dem Vorrat an überstaatlichem Geld zulässig und umgekehrt (marktwidrige Diskontpolitik). Geschieht dies in größerem Umfang, so können auch Maßnahmen dieser Art die Funktion des Marktes ausschalten.

In allen drei Fällen zerstört nur die unverhältnismäßige Abweichung vom Prinzip proportionaler Deckung die Funktion des Währungsautomatismus (Grundsatz der Verhältnismäßigkeit). Bleiben dagegen die Abweichungen im Rahmen des Verhältnismäßigen, übersteigen sie also nicht mehr als etwa 2—5% des Gesamtbetrages, so dürfte dies als unschädlich anzusehen sein. Insoweit kann es auch in einem überstaatlichen Währungssystem eine nationale Währungspolitik geben. Bei der Bemessung des Spielraumes, den man ihr gewährt, ist darauf zu achten, daß die Sterilisierungspolitik den schwersten und die marktwidrige Diskontpolitik den schwächsten Eingriff in den Markt darstellen.

Der nationalen Währungspolitik steht ein solcher Spielraum

allerdings nur zur Verfügung, wenn staatliches und überstaatliches Geld nicht miteinander identisch sind. Denn nur in diesem Fall ist die Einheit des überstaatlichen Marktes dem Wirken von Büros anvertraut, die unter Verletzung des Gesetzes proportionaler Dekkung den marktmäßigen Ausgleich abschwächen oder übersteigern können. Die „gedeckte Marktwährung" weicht also bereits vom Typ der reinen Marktwährung ab. Die Einheit des überstaatlichen Marktes wird bei ihr mit Hilfe nationaler Büros — nämlich der Zentralnotenbanken — hergestellt.

2. Titel. Das Problem der Währungsware

§ 1. Die Eigenschaften einer Währungsware

Die Ware, die im Falle einer Marktwährung den Markt lenkt, soll Währungsware heißen. Bei jeder Marktwährung ist die Währungsware überstaatliches Geld. Bei der „einfachen Marktwährung" ist sie staatliches und überstaatliches Geld zugleich. In ihrer Rolle als überstaatliches Geld, in der sie bei der „gedeckten Marktwährung" nicht minder als bei der „einfachen Marktwährung" fungiert, dient sie der Regulierung des Marktes. Schon hieraus folgt, daß sich nicht jede Ware zur Währungsware eignet. Eine Reihe wesentlicher Voraussetzungen müssen erfüllt sein, soll sich eine Ware zum Regulator des überstaatlichen Marktes eignen. Die Währungsware muß

1. wertvoll,
2. für sonstige Zwecke möglichst unbrauchbar,
3. beweglich,
4. beliebig transportierbar

sein.

1. Wertlose Waren scheiden aus, weil sie unhandlich sind. Ihr Transport wäre zu teuer.

2. Waren, die für den täglichen Bedarf eine Rolle spielen, werden versagen, weil sie außer der Regulierung des Marktes einer zweiten Aufgabe, nämlich der Befriedigung von Alltagsbedürfnissen, dienen. Diese Waren unterliegen in ihrem Wert und in ihrer Menge Schwankungen, die durch währungsfremde Faktoren bedingt sind. Sie sind infolgedessen nicht wertbeständig. Umgekehrt darf man sagen, daß eine Ware umso eher zur Regulierung des gesamten Marktgefüges geeignet ist, je weniger sie für Zwecke des täglichen Bedarfs verwandt wird. Oder anders gesagt: je unbrauchbarer eine Ware für sonstige Zwecke ist, umso weniger dient sie Sonderaufgaben, die sich mit ihrer Funktion als Regulator des Marktes nicht vertragen. Gänzlich unbrauchbar ist freilich keine Ware, nicht einmal Gold. Relative Unbrauchbarkeit im Alltagsleben muß also genügen.

Dem Golde ist die praktische Unbrauchbarkeit häufig vorge-

worfen worden. Lenin wollte „in den Straßen von einigen der größten Städte der Welt Bedürfnisanstalten aus Gold aufstellen", was — wie er meinte — „eine gerechte und instruktive Verwendung für dieses Metall wäre".[23] — In diesem Gedankengang verbergen sich zwei Fehler. Einmal wird übersehen, daß Gold nur darum eine währungspolitische Rolle spielen kann, weil es für andere Zwecke — zu mindest bei seinem gegenwärtigen Wert — relativ unbrauchbar ist. Und es wird zweitens verkannt, daß dem Golde — sofern es Währungsware ist — eine der bedeutendsten Aufgaben zufällt, die überhaupt von einer Ware erfüllt werden kann. Gerade weil das Gold für andere Zwecke nur in relativ geringfügigem Maße brauchbar ist, wird es zur Regulierung des Geldmarktes geeignet.

Das Gold ist im übrigen nicht die einzige Ware, die für Zwecke des Alltags relativ unbrauchbar ist. Silber, Platin und Bernstein sind Waren, die ebenfalls hier genannt werden können. Weitere Waren können — wie wir noch sehen werden — durch Steigerung ihres Wertes unbrauchbar gemacht werden. Es ist daher durchaus denkbar, daß ein Staatenblock, der nicht genügend Gold besitzt, über eine andere Ware verfügt, die sich als Währungsware eignet.

3. Immobilien, insbesondere Grund und Boden, scheiden aus, weil sie unbeweglich sind. Grund und Boden können für gewöhnlich nicht als überstaatliches Geld in Zahlung gegeben werden. Deutschlands oder Englands Besitz an Grund und Boden kann sich nicht je nach Lage der Zahlungsbilanz vermindern oder vermehren.

John Law hat freilich den Grundbesitz als „Deckung" vorgeschlagen. Er hat indessen unter „Deckung" nicht das Bindeglied zwischen staatlichem und überstaatlichem Geld, sondern eine Sicherheit oder Reserve verstanden. Für ihn war der Staat ein Kaufmann, der seinen Personalkredit verscherzt hatte und der nur noch unter Hinterlegung realer Sicherheiten neuen Kredit von seinen Untertanen erhalten konnte. Im System der Marktwährung spielt die Deckung eine andere Rolle. Wird hier die Einheit von staatlichem und überstaatlichem Geld aufgehoben, so sorgt die proportionale Deckung des staatlichen Geldes durch überstaatliches Geld für die Einheit des überstaatlichen Marktes. Diese Aufgabe kann nur ein überstaatliches Geld erfüllen und überstaatliches Geld können nur solche Gegenstände sein, die so beweglich sind, daß sie ohne nennenswerte Schwierigkeit von einem Lande zum andern wandern können.

4. Aus dem gleichen Grund ist auch die Arbeit — selbst wenn sie eine Ware wäre — als Währungsware ungeeignet. Sie kann nicht zum Ausgleich eines Schuldsaldos in der Zahlungsbilanz über die Grenze gehen. Sie ist nicht beliebig transportierbar. Wenn trotzdem vielfach von „Arbeitswährung" gespro-

chen wird, so denkt man offenbar daran, daß im Geldwert solange keine gefährlichen Veränderungen auftreten können, wie die umlaufende Geldmenge der geleisteten Arbeit, d. h. der Warenproduktion entspricht. Dieser Gedankengang folgt aus der Quantitätstheorie Jean Bodin's und gilt unterschiedslos für alle Währungen, die überhaupt möglich sind. Mit dem Problem der Deckung des nationalen Geldes durch die Währungsware hat er nichts zu tun. Es ist daher auch verfehlt, für ihn den Begriff „Deckung" zu verwenden. Es geht nicht an, daß man im gleichen Stoffgebiet andersartige Probleme mit dem gleichen Namen belegt. Eine endlose Reihe unerträglicher Mißverständnisse wäre die Folge.

§ 2. Die Voraussetzungen für ihre Wirksamkeit

Auch wenn eine Ware wertvoll, für andere Zwecke unbrauchbar, beweglich und beliebig transportierbar ist, kann sie als Währungsware ungeeignet sein. Die Währungsware dient der marktmäßigen Regulierung des Geld- und Warenumlaufs. Dies ist jedoch nur möglich, wenn weder auf der Waren- noch auf der Geldseite die Marktgesetze ausgeschaltet werden. Weder Geld noch Waren dürfen einer marktwidrigen Bewirtschaftung unterliegen. Die Währungsware muß selbst Glied des Marktes sein. Sie darf weder in ihrer Produktion noch in ihrer Verteilung der freien Konkurrenz entzogen und monopolistischen Gebilden anvertraut werden. Bilden etwa die Produzenten dieser Ware ein Kartell oder einen Trust oder wird die Höhe ihres Umlaufes von nationalen Büros willkürlich reguliert (Beispiel: Sterilisierungspolitik, marktwidrige Diskont- und offene Marktpolitik), so kann die gewählte Ware — auch wenn sonst alle Voraussetzungen vorliegen — ihre Funktion als Regulator des Marktes nicht erfüllen. Dabei ist der Maßstab für das, was marktwidrig ist, bei einer Währungsware ein anderer als bei gewöhnlichen Waren. Weil sie besondere Aufgaben zu erfüllen hat, sind an ihre Marktnähe auch besondere Anforderungen zu stellen. Hierüber wird später noch zu sprechen sein.

Einstweilen mögen diese Erörterungen über Deckung und Währungsware genügen. Da die hier behandelten Sonderprobleme nur auftreten, wenn die Währung mit Hilfe des Marktes gesteuert wird, lassen sie sich den vier Grundproblemen — nämlich dem Problem der Recheneinheit, dem Problem der einheimischen Geldversorgung, dem Problem des Bilanzausgleichs und dem Problem des zwischenstaatlichen Zahlungsverkehrs — nicht ebenbürtig zur Seite stellen. Sie kommen nur im Rahmen einer besonderen Währungsausgestaltung — nämlich der Marktwährung — vor und werden daher im Folgenden teils unter dem Gesichtspunkt der Geldversorgung des Außenhandels und teils unter dem Gesichtspunkt des Bilanzausgleichs abgehandelt.

Kapitel 4. Die wirtschaftlichen Ziele

Kehren wir zu den Grundproblemen der Währung zurück, so fordern vier Fragen eine Antwort:

1. Woran stabilisieren wir das Geld? —
2. Wie gestalten wir den Umlauf von Zahlungsmitteln im Inland? —
3. Wie organisieren wir den zwischenstaatlichen Zahlungsverkehr? —
4. Wie bringen wir die Zahlungsbilanz zum Ausgleich? —

Jede dieser Fragen hat ihre ideale Lösung:

Die Recheneinheit ist ideal, wenn sie keine Schwankungen aufweist, die das Wirtschaftsgefüge stören.

Die einheimische Geldversorgung ist ideal, wenn sie jenes Maximum an nationaler Warenproduktion ermöglicht, das aus der Vollbeschäftigung resultiert.

Die Geldversorgung des Außenhandels ist ideal, wenn sie jenes Maximum an zwischenstaatlicher Arbeitsteilung gestattet, das ein Optimum an volkswirtschaftlicher Bedürfnisbefriedigung ermöglicht.

Der Bilanzausgleich endlich hat seine ideale Lösung gefunden, wenn der zwischenstaatliche Warenverkehr nicht durch unausgeglichene Salden behindert wird.

Es ist augenscheinlich, daß das erste und vierte Ideal nur Vorstufen für das zweite und dritte darstellen. Die Vollbeschäftigung der einheimischen Produktion auf der einen und die optimale Bedürfnisbefriedigung durch ein Maximum an überstaatlicher Arbeitsteilung auf der anderen Seite, das sind die beiden Pole, um die es geht.

II. Teil. Darstellung der Lösung

Kapitel 5. Für die wirtschaftlichen Verhältnisse der Zeit von Hume, Smith und Ricardo

Um die Darstellung der beiden Grundformen der Währung nicht übermäßig zu komplizieren, unterstellen wir zunächst, daß in den wirtschaftlichen Verhältnissen, mit denen Hume, Smith und auch noch Ricardo rechnen durften, bis auf den heutigen Tag keine nennenswerte Aenderung eingetreten ist. Dies läßt sich auch insoweit rechtfertigen, als die Einwände, die in Wissenschaft und Praxis gegen die Marktwährung erhoben werden, fast ausschließlich auf die besonderen politischen Verhältnisse der ersten Nachkriegszeit Bezug nehmen, während die seit Hume, Smith und Ricardo eingetretenen wirtschaftlichen Veränderungen weniger beachtet werden.

Im Folgenden denken wir uns daher eine Wirtschaft, in der

die freie Beweglichkeit und gleichmäßige Verteilung der zum Markt drängenden Kräfte noch existieren, die in unserer „spätkapitalistischen" Wirtschaft verloren gegangen sind. Die anderen Daten der wirtschaftlichen Gegenwart, insbesondere die politischen Einflüsse, sollen dagegen unverändert bleiben. Unter diesen Voraussetzungen beginnen wir mit der Lösung der ersten Frage.

1. Titel. Woran stabilisieren wir das Geld?

Woran stabilisieren wir das Geld? — Stabilisieren wir es an einer einzelnen Ware wie z. B. Gold oder Silber? — Oder stabilisieren wir es an der Gesamtheit aller Waren? —

Der Wert des Geldes kann von zwei Seiten her beeinflußt werden. Die eine Gefahr droht dadurch, daß man das rechte Verhältnis zwischen umlaufender Geldmenge und umlaufender Warenmenge mißachtet. Hierzu kommen wir noch. — Die andere Gefahr droht dadurch, daß der gewählte Wertmaßstab selber Schwankungen unterliegt, die das Wirtschaftsgefüge stören. Von solchen Schwankungen ist in der Literatur viel die Rede. Gustav Cassel führt sogar den Preisverfall der dreißiger Jahre auf die Valorisation des Goldes zurück.[21] Sind solche Behauptungen auch einseitig, so läßt sich doch nicht bestreiten, daß jede Ware — somit auch das Gold — ein Eigendasein führt. Ihr Wert ist von Angebot und Nachfrage abhängig. Er kann spekulatorischen Machenschaften ausgesetzt werden. Indem man Gold durch Horten dem Markt entziehen und durch Auflösung der Horte wieder auf den Markt werfen kann, können in seinem Wert Schwankungen auftreten, die dem Charakter eines grundsätzlich unveränderlichen Wertmaßstabes widersprechen. Indessen ist das Horten von Gold nur eine Unsitte, die sich bekämpfen läßt. Wird jedes Mitglied des Staatenblockes zu ihrer Bekämpfung angehalten und verpflichtet, so ist die Gefahr nicht mehr akut.

Etwas bedenklicher wird die Sachlage, wenn die gewählte Ware auch noch außerhalb des Staatenblockes produziert wird. Hier besteht die Gefahr, daß dritte Großmächte ihre Bestände an dieser Ware benutzen, um unsere Währung in Unordnung zu bringen. Sie haben unter Umständen sogar die Möglichkeit, den inneren Frieden unseres Staatenblockes zu stören. Will man auch dieser Gefahr ausweichen, so kann man auf die Wahl einer einzelnen Ware verzichten, und den Wert des Geldes mit einem Kaufkraftindex verbinden. In diesem Fall würden alle Waren für den Wert des Geldes entscheidend sein. Der Wert des Geldes wäre hier vom Markt distanziert. Das Gesetz von Angebot und Nachfrage wäre ausgeschaltet. Dies hat den Vorzug, daß der Wert unseres Geldes vom feindlichen Ausland nicht mehr beeinflußt werden kann. Es hat andererseits den Nachteil, daß Geldwert und Geldumlauf durch bürokratische Maßnahmen gelenkt werden müssen.

Oft wird man daher einen dritten Weg wählen. Man nimmt zwar zur Recheneinheit eine einzelne Ware, die man zwar nicht ausschließlich produziert, legt jedoch das Verhältnis zwischen dieser Ware und der Geldeinheit nicht ein für alle Male fest, sondern behält sich gelegentliche Auf- oder Abwertungen vor. Dadurch gewinnt man die Möglichkeit, Manipulationen des Auslandes jederzeit zu neutralisieren. Treiben dritte Mächte den Wert der gewählten Ware künstlich in die Höhe, so wertet man entsprechend ab. Wird der Wert der gewählten Ware durch dritte Mächte künstlich gesenkt, so wertet man im gleichen Verhältnis auf. — Der Staatenblock gewinnt hierdurch außerdem ein Mittel, die Geldzirkulation innerhalb seines Bereiches künstlich auszudehnen oder einzuschränken.

Diese Lösung ist eine Synthese der erstgenannten Wege. Sie gleicht dem ersten, insoweit sie den inneren Wert des Geldes den Marktgesetzen unterwirft, und sie gleicht dem zweiten, insoweit sie den äußeren Wert durch bürokratische Manipulationen vor feindlichen Attacken dritter Mächte schützt. Die Vorzüge beider Wege werden hier also vereint. Die bürokratischen Maßnahmen bleiben auf den Verkehr mit dem Ausland beschränkt, während im Inneren die Funktion des Marktes grundsätzlich unangetastet bleibt. Dadurch ist dieses Büro auch von einem „internationalen Büro" streng zu scheiden. Dieses greift in die nationalen Verhältnisse der einzelnen Mitgliedsstaaten ein, während jenes grundsätzlich nur gegenüber dritten Mächten operiert. Wir werden das Letzte als „überstaatliches Büro" bezeichnen.

Welche Recheneinheit werden wir somit wählen? — Die Staatenblöcke bekämpfen sich von Zeit zu Zeit. Wirtschaftliche Kampfmaßnahmen werden hier also an der Tagesordnung sein. Es wäre dementsprechend unzweckmäßig, wenn wir uns im Verkehr zwischen den Blöcken auf eine bestimmte Recheneinheit festlegen. Wir werden vielmehr nur solange an einer Recheneinheit festhalten, als dies die Verhältnisse bezw. das Verhalten der anderen Blöcke gestatten. — Im Inneren eines Staatenblockes herrscht dagegen Frieden auf lange Sicht. Auch wirtschaftliche Kampfmaßnahmen sind hier grundsätzlich nicht zu befürchten. Füglich werden wir hier eine gemeinsame Recheneinheit wählen, an der wir die nationalen Währungen stabilisieren. Um den Wert dieser Recheneinheit vor Machenschaften des Auslandes zu bewahren, behalten wir uns vor, das gewählte Verhältnis einheitlich herauf- oder herabzusetzen. Im Inneren ändert sich dadurch nichts, weil die Neubewertung von allen Partnern einheitlich vorgenommen wird. Hier bleibt das Gesetz von Angebot und Nachfrage entscheidend. Der Wert des Geldes wird somit im Verhältnis der einzelnen Nationen untereinander durch den Markt und im Verhältnis zu dritten Blöcken durch ein überstaatliches Büro bestimmt.[25]

2. Titel. Wie gestalten wir den Zahlungsmittelumlauf im Inland?

Soll ein Land die innerhalb seiner Grenzen umlaufende Geldmenge nach Lage der Zahlungsbilanz oder nach dem Bedarf seiner Produktion ausrichten? — Diese Frage steht bei Autoren wie Benning[26], Pfleiderer[27], Meyer[28], Hohlfeld[29] u. a. im Vordergrund. In ihr wird unterstellt, daß sich Bilanz- und Produktions-Steuerung ausschließen. Das ist jedoch nur bedingt richtig. Inwieweit die Lage des Außenhandels den Geldumlauf vorschreibt, insoweit kann er nicht durch die Bedürfnisse der nationalen Produktion bestimmt werden. Das ist nicht zu leugnen. Aber inwieweit wird die Höhe des Geldumlaufs durch die Zahlungsbilanz vorgeschrieben? — Das erst ist die entscheidende Frage. Und diese Frage wird von Benning, Pfleiderer, Hohlfeld, Meyer u. a. nicht gestellt.

Wird der Geldumlauf durch die Zahlungsbilanz reguliert, so nimmt bei Ueberwiegen der Einfuhr der Geldvorrat ab und bei Ueberwiegen der Ausfuhr schwillt er an. In den übrigen Nationen muß sich dieser Vorgang in umgekehrter Reihenfolge wiederholen. Infolgedessen gleichen sich diese Vorgänge aus. Die Höhe des Gesamtumlaufes wird von ihnen nicht berührt. Demnach ist der Bilanzausgleich für die Höhe des insgesamt zur Verfügung stehenden Geldes ohne Bedeutung. Der Bedarf der Produktion bleibt entscheidend, nur ist es nicht die Produktion eines Staates, sondern die Produktion aller beteiligten Nationen, die den Geldumlauf bestimmt.

Die Frage: Soll sich der Geldumlauf nach der einheimischen Produktion oder nach der Zahlungsbilanz richten? ist also ungenau. Wir werden sehen, daß sie zwei Fragen miteinander vermengt:

1. Soll der Geldumlauf national oder übernational bestimmt sein? —
2. Wer soll den Geldumlauf in der gewünschten Weise regulieren? —

§ 1. Soll der Geldumlauf staatlich oder überstaatlich ausgerichtet werden?

Beginnen wir mit der ersten Frage. Soll der Geldumlauf national oder übernational bestimmt sein? – Soll für seine Höhe die Produktion des eigenen Landes oder die Produktion mehrerer Staaten entscheidend sein? Soll also der einzelne Staat oder der einzelne Block währungspolitisch „Inland“ sein? — Ein Zweifel scheint nicht möglich. Vom nationalen Standpunkt hat die nationale Produktion den Vorrang. Oder will man um der zwischenstaatlichen Arbeitsteilung willen Arbeitslosigkeit in Kauf nehmen? Ist nicht jeder bereit, auf einen Teil seiner Wünsche zu verzichten, wenn nur jeder Arbeit und Brot erhält? Was macht es schon aus, wenn Du oder ich keine Bananen mehr essen? Bleibt uns nicht immer noch genug? — Indessen so einfach, wie die Zeitungen mei-

nen, ist das Problem nicht. Es hat eine Kehrseite. Verringerung des Außenhandels bedeutet nicht nur, Verteuerung und Verkleinerung der privaten Lebenshaltung. Auch der Staat wird zu Einschränkungen gezwungen. Und diese Einschränkungen können z. B. wehrwirtschaftlich sehr unerwünscht sein. Er wird kein Zinn, kein Blei und kein Kupfer mehr bekommen. Um dennoch aufzurüsten, muß er zu Ersatzstoffen greifen, die man aus einheimischen Boden gewinnt. Dieser Ersatz wird häufig schlechter sein als das Urprodukt. Aber das ist nicht einmal entscheidend. Ausschlaggebend ist, daß er mehr Arbeitskraft für die Erzeugung der Ersatzstoffe aufwenden muß, als er vorher für die Einfuhr des Urproduktes zur Verfügung zu stellen brauchte. Solche Kraftvergeudung kann er sich leisten, wenn er über genügend Arbeitsreserven verfügt. Sind aber alle Arbeiter beschäftigt, so wird der Verzicht auf die Vorteile der zwischenstaatlichen Arbeitsteilung zum Luxus. Wo sonst ein Arbeiter stand, müssen jetzt zwei stehen. In der Zeit, in der zehn Arbeiter früher drei Kanonen herstellten, werden jetzt nur zwei Kanonen fertig. Oder anders gesagt: Die Abschließung vom Ausland fordert Produktionsabwege. (Nicht Umwege, sondern Abwege!) Es müssen Wege eingeschlagen werden, die vom Wege abführen, statt wie die Produktionsumwege Böhm-Bawerks im Endergebnis schneller zu ihm hinzuführen. Während das Einschlagen von Produktionsumwegen die Erzeugung intensiviert, wird durch das Einschlagen von Produktionsabwegen die Produktion verlangsamt. Ist dabei kein Ausgleich durch Einsatz neuer Arbeitskräfte mehr möglich, so führt dies zur Beschränkung der nationalen Produktion. Das Tempo der Aufrüstung verringert sich. Der Staat ist nicht in der erforderlichen Zeit kriegsbereit. Kann er dies vor seinen Bürgern verantworten? — Nein. Er kann es nicht. Er kann keinerlei nutzlose Kraftvergeudung verantworten, mag sie nun die Wehrkraft oder mag sie die kulturelle Leistungsfähigkeit verringern. Was folgt hieraus? — Nun, daß eine Abschließung vom Außenhandel nur solange nationalen Interessen dient, als die durch den Verzicht auf die Früchte der zwischenstaatlichen Arbeitsteilung notwendig werdenden Produktionsabwege aus freien Arbeitsreserven gedeckt werden können.

In der von uns zu lösenden Aufgabe reichen die in den einzelnen Nationen vorhandenen Arbeitsreserven nicht aus, um die Produktionsabwege zu decken, die durch eine totale Abschließung notwendig werden. Denn — wie gesagt — die Partner der einzelnen Staatenblöcke sind aufeinander angewiesen. Eine Ausrichtung des Geldumlaufes auf die nationale Produktion wäre daher schädlich. Statt der Erzeugung des einzelnen Landes muß jeweils die Erzeugung des ganzen Staatenblockes den Ausschlag geben.

In dem von Hume, Smith und Ricardo entworfenen Schema einer Weltwirtschaft richtet sich die Höhe der insgesamt

umlaufenden Geldmenge nach der Weltproduktion. Das Geld der ganzen Welt ist einheitlich. Es ist Gold. Ist es aus Papier, so ist es wenigstens durch Gold gedeckt. In diesem Fall erstreckt sich auch die Arbeitsteilung auf die ganze Welt. Alle Staaten des Erdballes bilden letztlich eine Weltarbeitsgemeinschaft, in der jede Nation für die andere erzeugt und jede wieder von der Produktion der anderen lebt. Das ist — rein wirtschaftlich gesehen — ein Ideal. Politisch ist es nicht immer möglich.

Je weniger eine solche Weltwirtschafts-Gemeinschaft verwirklicht ist, umso weniger kann auch der von Hume, Smith und Ricardo für die Geldzirkulation entworfene Plan zur Durchführung gelangen. Richtet man sich trotzdem nach ihm, so zeigen die Mißerfolge, daß die Voraussetzungen für seine Verwirklichung fehlen. Wenn man auf Sand baut, nutzt der Plan für einen Bau auf Felsen wenig. Und umgekehrt. — Das Ideal der Weltwirtschaft setzt den Weltfrieden voraus. Kein Streit und keine Eifersucht dürfen verhindern, daß alle Nationen miteinander eine Wirtschaftsgemeinschaft bilden. In dieser Situation läßt sich auch die Geldpolitik für alle Staaten nach einem einheitlichen Plan gestalten.

Die Wirklichkeit kann jedoch auch anders aussehen. Es kann sein, daß sich alle Nationen wechselseitig bekämpfen. In diesem Schema fehlt jegliche Gemeinschaft. Jede Nation steht politisch und wirtschaftlich für sich allein. Ein gemeinsamer Plan ist nicht mehr möglich. Niemand würde ihn einhalten. Dementsprechend muß jeder Staat seine Geldpolitik autonom und unabhängig von den anderen bestimmen.

Dieser Fall ist von Adam Smith übersehen worden. Die Gegenwart sieht umgekehrt nur ihn. Der Fehler ist in beiden Fällen der gleiche. Kein Rezept und kein Plan haben absolute Gültigkeit. Es kommt immer darauf an, welche Krankheit geheilt und welche wirtschaftliche Aufgabe gelöst werden soll.

Dies zeigt sich auch, wenn man den hier zur Diskussion stehenden Fall betrachtet. Die Welt ist nicht in einzelne Nationen, sondern nur in Staatenblöcke zerfallen. Innerhalb dieser Blöcke aber — so lautet der Text der Aufgabe — herrsche Frieden auf lange Sicht. Es ist augenscheinlich, daß dieser Fall nur zur einen Hälfte mit der Weltwirtschaft und zur anderen Hälfte mit der Nationalwirtschaft verwandt ist. Zwischen den Blöcken macht der Krieg eine einheitliche Planung unmöglich. Jeder Block muß daher seine Geldpolitik autonom bestimmen. Zwischen den Nationen eines Blockes aber herrscht Frieden auf lange Sicht. Kein Staat läuft daher ein Risiko, wenn er an einer auf den Block beschränkten überstaatlichen Arbeitsteilung teilnimmt. Die verbündeten Nationen bilden demnach zweckmäßigerweise eine Wirtschaftsgemeinschaft, für die auch der Geldumlauf einheitlich festgesetzt wird. Eine autonome Geldpolitik ist dann freilich

seitens der einzelnen Nationen nurmehr in sehr beschränkten Umfang möglich. Dank der gegenseitigen Freundschaft ist sie auch weitgehend überflüssig geworden.[30] Innerhalb eines Blockes muß und kann die Gesamtproduktion den Geldumlauf bestimmen.

§ 2. Wie kann man den Geldumlauf mit der überstaatlichen Warenproduktion in Einklang bringen?

Wonach sich die Höhe der Geldzirkulation richten soll, wissen wir nun. Jetzt haben wir nur noch zu fragen, wie und wodurch diese Regulierung erfolgen soll. Wie wird der Geldumlauf in Einklang mit der Warenproduktion gebracht? —

1. Durch den Markt oder durch ein Büro?

Nach Adam Smith sorgt hierfür die jedem Menschen innewohnende Zielstrebigkeit.[31] Reicht der Geldumlauf für die Produktion nicht mehr aus, so wird das Geld teuer. Die Produktion von Geld wird daher einen größeren Gewinn abwerfen als die Produktion von Waren. Infolgedessen werden tüchtige Geschäftsleute in diesen Zweig abwandern. Die Geldproduktion wird sich vermehren. In Anlehnung an die Klassiker könnte man hier also von einem „natürlichen" und einem „marktmäßigen" Umfang der Geldproduktion sprechen. Wie der Marktpreis um den natürlichen Preis muß die Marktproduktion von Geld um die natürliche Produktion „oszillieren". Es wird daher in dem von Adam Smith entworfenen Schema grundsätzlich diejenige Geldmenge vorhanden sein, die der jeweilige Umfang der Warenproduktion erfordert. Voraussetzung ist nur, daß das Geld eine marktmäßige Ware ist wie jede andere oder daß wenigstens der Umlauf des Geldes von der Höhe eines bestimmten Warenvorrates abhängt. Letzteres ist — freie Beweglichkeit der Produktion vorausgesetzt — bei der „einfachen Marktwährung" stets und bei der „gedeckten Marktwährung" dann der Fall, wenn das Gesetz proportionaler Deckung grundsätzlich beachtet wird.[32]

Was aber geschieht, wenn man den Geldumlauf von diesen „goldenen Fesseln" befreit? — Wenn man den Geldumlauf zentral autonom d. h. mit unseren Worten durch ein internationales Büro bestimmt? — Nun, dann wird der Geldumlauf nicht mehr nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage reguliert. Die marktmäßige Verbindung zwischen Geldumlauf und Produktionsbedarf fehlt. Es bleibt nur übrig, die Höhe der Notenausgabe nach einem Produktionsindex zu richten. Tut man dies nicht, so lehrt das eintretende Chaos, was es auf sich hat, wenn man den Zusammenhang zwischen Geldumlauf und Produktion willkürlich unterbricht. Während also im Denkschema von Adam Smith der Ausgleich von Geld- und Warenmenge durch den Markt erfolgt, fehlt im Falle einer autonomen Geldpolitik der organische Zusammenhang zwischen Geld- und Warenproduktion. Es muß ein Büro

eingeschaltet werden, das die fehlende Verbindung mit Hilfe von Statistik und Indexrechnungen künstlich ersetzt.

Es ist augenscheinlich, daß die von Hume, Smith und Ricardo vorgeschlagene Lösung einfacher ist. Der Geldumlauf funktioniert, ohne daß es irgendeines Beamtenapparates bedarf. Sein Motor sind die Kräfte des Marktes. Sie sorgen dafür, daß stets die rechte Geldmenge vorhanden ist. Nun wird bei einem Automobil niemand auf die Idee kommen, den Motor auszubauen und den Wagen mit der Hand zu ziehen. Im Reiche der Wirtschaft wird neuerdings dagegen ganz allgemein das „Manipulieren" propagiert. Der Markt als Antriebskraft soll ausgeschaltet bleiben. Ein Büro soll ihn ersetzen, das die Wirtschaft „mit der Hand betreibt".

2. Die Ursachen der Strukturkrise

Gewiß, in der Krise der dreißiger Jahre hat der Motor gestreikt. Notgedrungen muß man den Wagen mit der Hand fortbewegen. Schuld an dieser Krise, soweit sie Strukturkrise ist, sind die Eingriffe der Politiker, die eine fehlerhafte Konstruktion veranlassen. Das schon durch die freiwillig aufgenommenen zwischenstaatlichen Kriegsanleihen gestörte Gleichgewicht des Marktes wird in Versailles dadurch aufgehoben, daß man Deutschland gewaltsam mit riesigen Kriegsschulden belastet. Die Höhe der Annuitäten wird unabhängig von der Größe des Marktes festgesetzt. Die Verhältnismäßigkeit, die allen Teilen der Marktwirtschaft ebenso zu eigen sein muß wie allen Teilen einer Flugmaschine, wird außer Acht gelassen. Vielleicht hätte Deutschland die aufgezwungenen Schulden noch abzahlen können, wenn es ihm möglich gewesen wäre, seinen Anteil an der Weltproduktion um ein Vielfaches zu vergrößern. Das verlorene Gleichgewicht des Marktes hätte wiederhergestellt werden können, wenn sich die Siegerstaaten einige Zeit mit der Rolle eines Rentners begnügt hätten, der sich auf das Verzehren seiner Außenstände beschränkt. Sie hätten konsumieren und Deutschland hätte produzieren müssen. Das aber gerade wollen die Siegerstaaten nicht.

Die erste Folge der unverhältnismäßig hohen Tribute ist die Verknappung des Geldes in Deutschland und die Verflüssigung der Zahlungsmittel in Frankreich und USA. In Deutschland werden das Geld und in den Gläubigerstaaten die Waren teuerer. Jetzt hätte man den Gesetzen des Marktes entsprechend alliiertes Geld gegen deutsche Waren tauschen müssen. Was aber machen Frankreich und USA? — Sie verhindern die Einfuhr aus Deutschland. Die Amerikaner erhöhen ihre Schutzzölle und die Franzosen begrenzen den deutschen Import auf ein Minimum. Damit ist der Marktorganismus bereits aufgehoben. Teueres Geld kann nicht mehr zu billigen Waren strömen. Die Schlagbäume Frankreichs und Amerikas haben die Einheit des weltwirtschaftlichen Marktes zerschnitten.

Schon in diesem Augenblick hätte die Weltwirtschaft zusammenbrechen müssen. Wo die Gläubiger nichts kaufen, können die Schuldner nichts zahlen. Deutschland hätte seine Zahlungen einstellen müssen. Aber was tut man? — Man gewährt Deutschland Kredit. Man läßt es seine alten Schulden durch neue zahlen. Was geschieht? — Die Schulden Deutschlands nehmen nicht ab, sondern zu. Der Zündstoff häuft sich.

Die neuen Kredite werden meist von Neutralen gewährt. Schweden, Schweiz, Holland und Norwegen zeichnen Dawes-Anleihe. Deutschland wechselt seine Gläubiger. Was ist die Folge? — Aus Schweden, Schweiz, Holland und Norwegen fließt Gold nach Frankreich und USA. In den neutralen Staaten verteuert sich das Geld, und bei den Alliierten wird es noch billiger. Jetzt hätten die Warenpreise in USA und Frankreich ins Uferlose klettern müssen. Was machen daher USA und Frankreich? — Sie heben auch den Rest des Marktorganismus auf. Sie zerstören die Deckung. Sie thesaurieren das Gold und legen es auf Eis. Jetzt reguliert die Ware Gold nicht mehr den Wert und den Umlauf des Geldes. Jetzt wird der Wert und Umlauf von Dollar und Franc durch ein Büro bestimmt. Soll der Wert des Geldes steigen, so ziehen die Büros Goldbarren aus dem Verkehr. Soll der Wert des Geldes sinken, so tauen die Büros in USA und Frankreich einige Goldbarren wieder auf. Frankreich und USA sind damit aus der Weltwirtschafts-Gemeinschaft ausgeschieden. Für ihren Bereich ist aus der überstaatlichen Marktwährung eine nationale Bürowährung geworden.

Und was geschieht nun in der Welt? — Die Geldmenge wird nicht mehr durch die Warenproduktion des Erdballes bestimmt. Der Marktorganismus funktioniert nicht mehr. Aber auch Büros sind noch nicht überall zur Stelle. Marktwirtschaftliche Ueberreste und bürowirtschaftliche Anfänge stehen sich ungeordnet gegenüber. Die Wirtschaft ist systemlos geworden. Steuerlos treibt die Währung. Nationale und überstaatliche Tendenzen kreuzen sich. Reste eines überstaatlichen Marktes treffen auf unfertige Büros. Alles ist wahl- und planlos geworden. Von den berühmten Programmen der Hume, Smith und Ricardo ist nichts mehr übrig. In diesem Augenblick genügt ein Atemhauch, und die unaufhaltsame Katastrophe löst sich aus.

Es ist daher nicht übertrieben, wenn man feststellt, daß das Versailler Diktat von 1919 und die ihm nachfolgenden Konferenzen wirtschaftlich zu einem Bauwerk führen, das wenig von einem Motor und umso mehr von einer Höllenmaschine an sich hat. Irgendwann einmal muß diese Maschine explodieren.[33] Daß dies erst 1929/1931 eintritt, ist fast noch ein Wunder. Winston Churchill hat 11 Tage nach dem Waffenstillstand die bemerkenswerten Worte geschrieben: „Auch was die Bezahlung der Kriegskosten anbelangt, bin ich vollkommen geneigt, die Deutschen zahlen zu

lassen, soviel sie können. Aber Zahlungen können nur in einer der drei folgenden Arten geleistet werden: A. Gold und Pfänder. Dies bedeutet nur einen Tropfen in ein Wasserfaß. B. Zwangsarbeit, d. h. Deutsche, die zu uns oder zu unseren Verbündeten kommen, um in einer Art Sklavenverhältnis zu arbeiten. Dies würde unseren eigenen Leuten das Brot vom Munde wegnehmen, und außerdem ist es uns lieber, den Platz, den diese Deutschen einnehmen würden, selbst zu behalten und auf ihre Gegenwart zu verzichten. Schließlich C. Zahlung in Waren. Hier müssen wir vorsichtig sein und nicht solche Waren von Deutschland verlangen, die unseren eigenen Handel unterbinden; sonst würden wir selbst vertraglich jenes Dumping schaffen, gegen das unsere einheimischen Fabrikanten sich so sehr zur Wehr setzen." [34] Trotz dieser Einsicht einer der führenden Männer Englands werden Deutschland die Kriegskosten in voller Höhe auferlegt. Die Weltwirtschaft, die man aufbauen will, wird damit von Anbeginn unterminiert.[35] Ist es verwunderlich, daß sie eines Tages in die Luft fliegt? - Nein. Kann man den Motor „Markt" hierfür verantwortlich machen? — Kaum. Denn nicht er, sondern eine Höllenmaschine ist explodiert. Verantwortlich sind nur jene, die das Teufelswerk von 1919 in die Welt setzen. Und das sind die Verfasser und Unterzeichner des Versailler Diktates.

3. Irrtümer

Nicht jede Währung kann durch die Kräfte des Marktes ihre Regulierung finden. Gewisse Indexwährungen, bei denen nicht der Wert des überstaatlichen, sondern der Wert des nationalen Geldes an einem Produktionsindex — und zwar nicht an einem überstaatlichen, sondern einem nationalen Produktionsindex — stabilisiert wird, müssen schon teilweise hierauf verzichten. Wird auch noch der Umlauf des nationalen Geldes unabhängig von der Lage des überstaatlichen Marktes festgesetzt, so ist der Markt für Wert und Umlauf des Geldes bedeutungslos geworden. Wir haben eine nationale Bürowährung erhalten, in der das überstaatliche Geld keine Rolle spielt und bei der ein überstaatlicher Markt nicht existieren kann. An die Stelle des zweischichtigen Systems der Marktwährung, in der Wert und Umlauf des nationalen Geldes jeweils von dem Besitz eines Landes an überstaatlichem Geld abhängt, ist die einschichtige Bürowährung getreten, in der ein Büro Wert und Umlauf des — ausschließlich nationalen — Geldes autonom bestimmt.

Dieser Unterschied wird nicht immer beachtet. Auch Fisher und Cassel betonen nicht den fundamentalen Unterschied, der zwischen einer solchen Bürowährung und der Marktwährung eines Hume, Smith und Ricardo besteht. Dies kann darauf beruhen, daß man verkennt, daß der Goldautomatismus in Wirklichkeit ein Marktorganismus ist, in dem das Gold nur die Rolle einer

auserwählten Ware spielt. Fällt doch für viele Autoren der alte „Automatismus" mit dem Golde, obwohl dies jederzeit durch eine andere Ware ähnlicher Beschaffenheit ersetzt werden kann, ohne daß in der Organisation der Wirtschaft ein nennenswerter Unterschied eintritt.

Diese entscheidende Verwechslung ist freilich in der Wissenschaft fast allgemein. Schon Bendixen spricht von einer „kommenden Zeit", „die sich vom Midaswahn, daß Gold Reichtum sei, emanzipiert hat und ihre Münzstätten schließt".[36] Auch Keynes denkt offenbar an den äußeren Glanz des Goldes und das Schmuckbedürfnis des Menschen, wenn er die Goldwährung „als Uebergangsstufe in der Entwicklung des Kredites und der Währung" und als Folge von „primitiven Vorstellungen" betrachtet.[37] Cassel führt an, ohne dem zu widersprechen, daß man das „Hauptverdienst des Goldstandards" darin sieht, daß „er dem Geldbesitzer ‚etwas Greifbares' bietet".[38] Von solchen schiefen Ansichten ist es nicht weit bis zu der Formulierung Forstmanns, daß „die Bindung der Währung an das Gold . . . nichts weiter als ein rudimentäres Ueberbleibsel aus der Zeit der Tauschwirtschaft" darstelle.[39] Oder bis zu der Behauptung Wagemanns, daß man die Währung hauptsächlich deswegen mit dem Golde verbunden habe, um die „Verkäuflichkeit des Goldes zu steigern".[40]

Von der Aufgabe und dem Sinn des Marktorganismus ist in diesen Formulierungen nichts mehr zu finden. Ueber ein Jahrhundert haben die Kräfte des Marktes lautlos funktioniert. Nun hat man sie vergessen.[41] Kann es unter diesen Umständen Wunder nehmen, wenn Fisher und Cassel bürogesteuerte Währungen konstruieren, ohne darauf aufmerksam zu machen, daß diese prinzipiell von allen marktorientierten Währungen verschieden sind? — Allerdings darüber sollte man sich klar sein: Solange man die Verehrung für das rote Metall mit dem Marktorganismus verwechselt und solange man Bürowährungen und Marktwährungen nicht scharf voneinander scheidet, geht jede wissenschaftliche Diskussion über das Währungsproblem am Thema vorbei.

Ein Beispiel mag dies beweisen. Cassel[42], Forstmann[43], Keynes[44], Hohlfeld[45], Wagemann[46] und viele andere Autoren belegen die Fehler, die sie der Marktwährung nachsagen, mit den Fehlern, die sich bei der Nachkriegswährung kurz vor ihrem Zusammenbruch gezeigt haben. Die Nachkriegswährung hat jedoch mit einer Marktwährung nur noch Weniges gemein. Sterilisierungspolitik und marktwidrige Diskont- und offene Marktpolitik haben die Einheit des überstaatlichen Geldmarktes, Schutzzoll- und Kontingentierungspolitik die Einheit des überstaatlichen Warenmarktes aufgehoben. Geld- und Warenlenkung erfolgt weitgehend autonom durch jene nationalen Büros, denen die Sterilisierungspolitik, die offene Marktpolitik, die Schutzzölle und die Kontingentierung anvertraut worden ist. Es unterläuft somit

jenen Autoren das Mißgeschick, daß sie den von ihnen bekämpften „Automatismus" an einer Währung studieren, die zu ihrem überwiegenden Teil keine Markt-, sondern eine Bürowährung gewesen ist. Die von ihnen vorgebrachten Argumente fallen demgemäß nicht dem Marktorganismus, sondern der Bürowährung zur Last.

Hiergegen läßt sich auch nicht einwenden, die Büros hätten nur die Fehler der Marktwährung zu korrigieren versucht: Ohne sie wäre das Chaos noch größer gewesen. Büros, die Schutzzölle und Kontingente festsetzen, wären nur erforderlich gewesen, weil die Marktwirtschaft versagt hätte. Sie habe zu einem Kampf der Schuldner gegen die Gläubiger und der Gläubiger gegen die Schuldner geführt. Die hierdurch veranlaßte Notlage der Schuldner sei die Ursache für die Einberufung bürokratisch organisierter Kommissionen gewesen, die den Schuldner durch Gewährung internationaler Kredite zu stützen versucht hätten. Auch sei jenes plötzliche Zu- und Abströmen von Geld, das die Gläubigerstaaten zur bürokratischen offenen Markt- und Sterilisierungspolitik und die Schuldnerländer zur bürokratischen Devisenbewirtschaftung gezwungen habe, gerade als eine Folge des Automatismus anzusprechen. Auch das sind Trugschlüsse. Die unverhältnismäßigen Kriegstribute, die all dies verursacht haben, entstammen nicht dem Markt. Sie sind bürokratischen Ursprungs. Ohne sie hätte der Gegensatz ‚Schuldner- contra Gläubigerstaat' nicht entarten können. Ohne sie wären Transaktionen wie Dawes- und Joung-Anleihe nicht notwendig gewesen. Ohne sie hätte jenes unverhältnismäßige Zu- und Abströmen von Geld nicht stattfinden können. Es wären weder jene unverhältnismäßige Schutzzoll- und Kontingentierungs-, noch jene marktwidrige Sterilisierungs- und offene Markt- noch jene marktfeindliche Devisenbewirtschaftungs-Politik möglich gewesen, die wir nach 1919 beobachten. Die Marktwirtschaft als solche trifft hieran also keinerlei Vorwurf.

Wir halten somit fest:

Bei der von Hume, Smith und Ricardo konstruierten Marktwährung wird der Gesamtumlauf an Geld durch die Bedürfnisse des Marktes und damit durch die Bedürfnisse der Wirtschaft bestimmt. Innerhalb ihres Bereiches ist ein Zuviel oder Zuwenig an Geld nicht möglich, sofern nicht politische Faktoren oder andere bürokratische Eingriffe den normalen Marktverlauf stören. Umgekehrt läßt sich daraus der Schluß ziehen, daß der Markt als Regulator des Geldumlaufes dort ungeeignet ist, wo Kriege und insbesondere Wirtschaftskriege möglich sind.

Im Inneren unseres Staatenblockes sind jedoch Gefahren dieser Art nicht zu befürchten. Hier herrscht Frieden auf lange Sicht. Wirtschaftsfremde Eingriffe, die den Markt aus dem Gleichgewicht bringen können, sind daher nicht zu befürchten. Die Regulierung der Geldmenge kann also bedenkenfrei dem Markt

— und zwar dem „überstaatlichen Markt“ — anvertraut werden. —

Zwischen den Staatenblöcken ist dagegen jederzeit mit einem Kriege zu rechnen. Die Bildung eines gemeinsamen Marktes wäre daher fehl am Platze. Eine einheitliche Bestimmung der Geldmenge kann es in diesem Bereich ebenso wenig geben wie eine Regulierung derselben durch den Markt. Im Verhältnis zu anderen Blöcken muß demnach jeder Staatenbund seine Geldmenge autonom, d. h. ohne Rücksicht auf die Umwelt, wählen. Er tut dies, indem er ein Büro einrichtet, das Eingriffe dritter Mächte in seinen Markt — den „blockalen Markt“ — durch geeignete Gegenmaßnahmen neutralisiert.

Der blockale Markt bestimmt somit die Geldmenge des Blockes und das Büro, das ebenfalls „blockal“ sein muß, sorgt für die Funktionsfähigkeit des Marktes.

Wir erhalten somit bis jetzt folgenden Aufbau des großräumlichen Währungssystems:

Jeder Block bildet für sich eine Währungsgemeinschaft. Ihr Geldumlauf ist einheitlich bestimmt. Der Markt — und zwar der blockale Markt — reguliert ihn. Er sorgt dafür, daß sich im Großraum Waren- und Geldumlauf entsprechen. Eingriffe dritter Mächte in den blockalen Markt werden durch ein Büro neutralisiert.

Innerhalb eines Blockes hat jede einzelne Nation ihre „eigene“ Währung. Die eine rechnet in Mark, die andere in Franc und die dritte in Kronen. Den Umfang dieser Währungshoheit darf man jedoch nicht überschätzen. Er unterliegt freiwillig übernommenen Schranken. Nichts darf unternommen werden, was der wirtschaftspolitischen Einheit des Blockes widerspricht. Nichts darf geschehen, was die Funktionsfähigkeit und die Einheit des blockalen Marktes beeinträchtigt. Die überstaatliche Wirtschaftsgemeinschaft zieht dem Eigenleben der Volkswirtschaften Grenzen.

3. Titel. Wie organisieren wir den zwischenstaatlichen Zahlungsverkehr?

Geld macht den Warenaustausch beweglich. Im Inland wie im Ausland. England kauft von Deutschland Wein und verkauft an Irland Stahl. Das Geld, das es von Irland erhält, wird es zur Bezahlung Deutschlands verwenden. Das ist einfach. Was wird England aber machen, wenn es kein Geld gibt, das in Deutschland ebenso wie in Irland gültig ist? — Es könnte entweder auf beide Geschäfte verzichten. Dies ist jedoch nicht immer möglich oder zweckmäßig. Oder es muß für sein Guthaben in Irland Leinen in Irland kaufen. Das Leinen kann es dann in Schweden gegen Erz eintauschen und das Erz an Deutschland als Aequivalent für den gewünschten Wein liefern. Das wären Kompensationsgeschäfte. Sie sind umständlich und dementsprechend teuer. Dann gibt es noch einen dritten Weg. Man kann statt der Waren die Forderungen

miteinander verrechnen. Dies ist möglich, ohne daß ein überstaatliches Geld existiert. Dieser geldlose[47] Verrechnungsverkehr braucht sich dabei nicht auf Deutschland und England oder auf Irland und England zu beschränken. Er könnte alle Staaten der Welt oder wenigstens alle Staaten einer Währungsgemeinschaft umfassen.[48] Der plumpe Austausch von Ware gegen Ware fällt dann weg. Die Schwerfälligkeit, die jeder Bürokratie anhaftet, ist jedoch geblieben. Aber das ist noch keineswegs entscheidend. Wichtiger ist ein anderer Unterschied. Der geldlose Clearingverkehr verbindet die Nationen nur in lockerer Form. Er trennt mehr als er vereint. Er sorgt nur dafür, daß ein Land nicht mehr von anderen kauft, als es bezahlen kann. Er sorgt dagegen nicht für die Einheit des überstaatlichen Marktes. Er eint die nationalen Märkte nicht zu einem überstaatlichen Ganzen. Das tut nur ein überstaatliches Geld. Wo es nur ein Geld gibt, ist auch nur ein Markt. Die Partner bilden eine Wirtschafts-Gemeinschaft. Wo das geldlose Clearing regiert, gibt es dagegen zahllose Märkte. Jede Nation steht der anderen isoliert als Einzelgänger gegenüber. Die Partner eines geldlosen Clearing bilden allenfalls eine Verlegenheits-Gesellschaft, niemals aber eine Wirtschaftsgemeinschaft.

Innerhalb eines Staates wird niemand die Nützlichkeit eines einheitlichen Geldes bestreiten. Nur Schieber haben hier von Kompensationsgeschäften einen Nutzen. Im zwischenstaatlichen Verkehr ist es nicht anders. Auch hier machen Einheit des Marktes und Einheit des Geldes trübe Spekulationen unmöglich. Ginge es nach rein wirtschaftlichen Erwägungen, so würde die ganze Welt wie zur Zeit der alten Weltwirtschaft ein Markt sein. In unserer Aufgabe sind die politischen Voraussetzungen hierfür nicht gegeben. Nur innerhalb eines Blockes herrscht Frieden auf lange Sicht. Zwischen den Blöcken ist dagegen jederzeit mit einem Kriege zu rechnen. Nur der wirtschaftliche Verkehr eines Blockes kann also einen einheitlichen Markt bilden. Der Geltungsbereich des zwischenstaatlichen Geldes muß füglich auf den Raum dieser Wirtschaftsgemeinschaft begrenzt sein. Zwischen den Blöcken kann es dagegen ein gemeinsames Geld nicht geben. Die Voraussetzungen für die Einheit des Marktes fehlen hier. In diesem Bereich muß man sich daher mit Geldsurrogaten, also insbesondere mit dem Waren- und Verrechnungsverkehr behelfen.[48a]

Wie werden wir also den Zahlungsverkehr organisieren?

1. Im Innern jedes Staates bildet das Geld die Grundlage des Zahlungsverkehrs. Jeder Staat hat sein einheitliches Geld.

2. Im Inneren jedes Blockes ist ebenfalls das Geld Grundlage des Zahlungsverkehrs. Das Geld des ganzen Staatenblockes muß daher ebenfalls einheitlich sein. Wie ist es aber möglich, daß aus der Vielheit der nationalen Währungen ein gemeinsames Geld entsteht? — Nun, es ist dies keineswegs so schwierig,

wie dies auf den ersten Blick erscheint. Die alte Weltwirtschaft hat dies bewiesen. Mögen auch die einzelnen Länder in Franc, Mark, Kronen oder Pfunden rechnen, das macht nichts, solange die Einheit des Wertmaßstabes und die Uebereinstimmung in der Deckung aufrechterhalten wird. Sind staatliches und überstaatliches Geld miteinander identisch (einfache Marktwährung), so kann diese Einheit praktisch durch nichts erschüttert werden. Wird in den einzelnen Ländern das überstaatliche Geld durch nationale Banknoten ersetzt (gedeckte Marktwährung), so wird es Aufgabe der Deckung, die Verbindung zwischen dem nationalen und dem überstaatlichen Gelde — und damit die Einheit des blockalen Geldes — herzustellen.

3. Zwischen den Blöcken liegen die Dinge dagegen anders. Hier herrscht nicht Frieden auf lange Sicht, sondern jederzeit ist mit kriegerischen Verwicklungen zu rechnen. Die Verbindung darf daher nur locker gestaltet werden. Sie muß jeden Augenblick unterbrochen werden können. Auf die Vorzüge eines einheitlichen Geldes muß man demgemäß verzichten. Da unter diesen Umständen der Block auch kaum gestatten kann, daß sein Währungsgeld über die Grenzen des Großraumes geht, bleibt nur übrig, Ware gegen Ware oder Forderung gegen Forderung zu verrechnen. Hier ist also der geldlose Clearing-Verkehr am Platz. Seine Schwerfälligkeit muß in Kauf genommen werden. Sie ist der Kaufpreis, den jeder Block für seine wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit bezahlt.

4. Titel. Wie bringen wir die Zahlungsbilanzen zum Ausgleich?

Beim Bilanzausgleich ist es nicht anders als bei den drei anderen Problemen. Auch er kann entweder dem Markte überlassen oder auf bürokratischem Wege herbeigeführt werden. Der marktmäßige Ausgleich erfolgt stets zentral, d. h. einheitlich für alle angeschlossenen Nationen. Der bürokratische Ausgleich kann ebensogut ein zentraler wie ein dezentraler sein, d. h. er kann für alle Staaten einheitlich oder von jedem Lande einzeln vorgenommen werden. Im ersteren Falle haben wir es mit einem einzigen internationalen Büro und im letzteren mit einer Vielheit nationaler Büros zu tun.

Welcher dieser Wege ist nun für eine befreundete Staatengemeinschaft, in der auf lange Sicht Frieden herrscht, und welcher für eine lockere Staatengemeinschaft, in der ständig mit Kriegen zu rechnen ist, am zweckmäßigsten? —

§ 1. Zahlungsbilanzausgleich in einer lockeren Wirtschafts-Gesellschaft

In einer Wirtschaftsgesellschaft, die aus autonomen Wirtschaftskörpern besteht, ist ein zentraler Ausgleich der Zahlungsbilanzen offenbar unangebracht. Hier muß jeder selbst für

eine ausgeglichene Zahlungsbilanz sorgen. Hier ist der Markt ebenso ungeeignet wie ein internationales Büro.

Innerhalb einer Wirtschaftsgesellschaft wird man also einer Vielheit von nationalen oder blockalen Büros begegnen. Jeder Staat resp. jeder Block sorgt autonom für Geldumlauf, Geldwert und Ausgleich der Bilanz. Jeder Staat resp. jeder Block bildet eine unabhängige Wirtschaftseinheit.

Für den Ausgleich der Bilanz stehen einem autonomen Wirtschaftskörper folgende vier Wege zur Verfügung:

1. Er kann bei Importüberschuß die Zölle heraufsetzen und bei Exportüberschuß wieder senken. Dadurch wird Nachfrage ausgeschaltet bezw. angeregt. Die Zölle auf die Einfuhr lassen sich durch Prämien auf die Ausfuhr ergänzen. Diese verbilligen den Export und vermehren dadurch den Absatz der eigenen Waren.[49]

2. Er kann den Wert oder die Mengen der Waren bestimmen, die ein- oder ausgeführt werden dürfen. Hier wird die regulierende Funktion des Marktes restlos ausgeschaltet. Es wird kontingentiert.[50]

3. Der autonome Wirtschaftskörper kann weiterhin die Wechselkurse variieren. Wird zuviel eingeführt, so wertet er etwas ab, — wird zuviel ausgeführt, so wertet er etwas auf. Abwertungen wirken ausfuhrsteigernd, Aufwertungen wirken ausfuhrdrosselnd.[51]

4. Er kann endlich auch den einheimischen Geldumlauf verändern. Wird in einem Lande das Geld verknappt, so werden seine Waren billig. Das Ausland kauft größere Quantitäten. Vermehrt man dagegen den Geldumlauf, so werden die Waren teuerer. Der inländische Verbraucher fährt besser, wenn er seinen Bedarf im Ausland deckt.[52]

Welchen von diesen Wegen wird nun ein autonomer Wirtschaftskörper wählen? —

Die Nachteile der Bürokratie sind bekannt. Sie sind im ersten und im zweiten Fall besonders groß. Hier erreicht die Bürokratie das höchste Ausmaß. Der Zahl der zu verzollenden oder zu kontrollierenden Waren muß auch der Umfang des Büros entsprechen.

Außerdem ist hier folgendes zu bedenken: Zollmanipulationen allein sind zum Ausgleich der Zahlungsbilanzen nicht geeignet. Sie enden, wenn sie in größerem Maßstab ohne Rücksicht auf die anderen Wirtschaftskörper durchgeführt werden, mit Sicherheit im Zollkrieg.[53] Auch machen dauernd schwankende Zollsätze jede Kalkulation unmöglich. — Ein- und Ausfuhrkontingente sind noch weniger zur Regulierung der Zahlungsbilanz geeignet. Sie werden regelmäßig mit Retorsionsmaßnahmen beantwortet und führen mit Sicherheit zum Handelskrieg. Außerdem — und das ist noch bedenklicher — zerstören sie die Schlagkraft der eigenen Wirtschaft. Sie lähmen die Beweglichkeit. Der Bedarf kann nicht mehr dort gedeckt werden, wo

die Ware am billigsten ist. Man kann seine Einkäufe nur noch in jenen Ländern tätigen, für die man Devisenbescheinigungen besitzt. Die Auslesefunktion des Marktes ist aber auch noch in anderer Hinsicht ausgeschaltet. Nicht der tüchtige, sondern der alteingesessene Importeur kommt zum Zuge. Die Zuteilung von Devisen erfolgt nach Maßgabe des früheren Verbrauchs. Einen besseren Maßstab gibt es nicht. Dadurch wird der Kaufmann zum Rentner.[54] Nicht seine jetzige, sondern seine frühere Tüchtigkeit wird entscheidend. Der Sohn kann importieren, weil sein Vater oder sogar sein Großvater dereinst importiert hat. Noch ungünstiger wird das Ergebnis, wenn die Bürokraten, denen die Verteilung der Quoten obliegt, nicht unbestechlich sind. Dann wird der Tüchtige durch den Gewissenlosen ersetzt.

Im dritten wie im vierten Fall wird das Büro kleiner sein. Statt zahlloser Waren sind nur die Geldzirkulation oder wenige Wechselkurse zu überwachen. Die Veränderung der einheimischen Geldversorgung wird jedoch nur selten mit den Interessen der eigenen Wirtschaft vereinbar sein. Bei einem autonomen Wirtschaftskörper liegen die Dinge anders als bei einem Mitglied eines überstaatlichen Wirtschaftsverbandes. Dieses erhält als Aequivalent für geringfügige Schwankungen des inländischen Preisniveaus die Vorteile einer intensiven überstaatlichen Arbeitsteilung. Jener tut das Gleiche ohne jeden Grund. Auch werden hier geringfügige Schwankungen des Preisniveaus für den Ausgleich der Zahlungsbilanz nicht ausreichend sein. Mit Recht wird daher dieser Weg von den Vertretern der einheimischen Wirtschaft als unvorteilhaft abgelehnt werden. — Als Letztes bleibt die Variation der Wechselkurse übrig. Auf- und Abwertungen beeinträchtigen wohl wie Zollmanipulationen die kaufmännische Kalkulation, aber sie bieten dafür den Vorteil, daß sie einen Wirtschaftskörper währungspolitisch von seinen Nachbarn unabhängig machen. Auf- und Abwertungen sind die beste Sicherung der eigenen Währungsautonomie.

Ein Wirtschaftskörper, der auf sich selbst gestellt ist, wird daher gröbere Störungen seiner Zahlungsbilanz autonom durch Auf- oder Abwertungen beseitigen. Störungen kleineren Ausmaßes wird er — ebenfalls autonom — mit Hilfe einer geschickten Abstufung der Zollsätze eliminieren. Die eigene Wirtschaft wird bei diesem Verfahren nach Möglichkeit geschont, die Auslesefunktion nach dem Prinzip der Tüchtigkeit bleibt erhalten und die währungspolitische Unabhängigkeit ist in jedem Falle gesichert.

§ 2. Zahlungsbilanzausgleich in einer enggefügten Wirtschaftsgemeinschaft

1. Durch nationale Büros?

Innerhalb einer Wirtschaftsgemeinschaft liegen die Verhältnisse anders. Hier handelt es sich nicht darum, wie man

Kampfmaßnahmen feindlicher Wirtschaftskörper pariert, sondern wie man den Warenaustausch mit befreundeten Nachbarn so eng wie möglich gestaltet.

a) Mit einseitigen Maßnahmen?

Trotzdem schlagen Suranyi-Unger[55], Vöchting[56], Schiller[57], Söker[58] u. a. vor, den innerräumlichen Verkehr durch einseitig festgesetzte Kontingente zu regeln. Sie wollen also Maßnahmen, die sich in Kampfzeiten bewährt haben, auf einen Wirtschaftsverband übertragen, dessen Partner miteinander in Frieden leben. Sie übersehen, daß Maßnahmen, die der nationalpolitischen Isolierung dienen, nicht geeignet sein können, um eine überstaatliche Wirtschaftsgemeinschaft zu begründen. Wer mit seinen Nachbarn in Frieden leben will, kann ihnen weder vorschreiben, was sie ihm zu geben noch was sie von ihm anzunehmen haben, sondern muß sich gütlich mit ihnen einigen.

Vöchting[59], der ebenso wie Fritz Meyer[60] zwischen einem führenden Staat und Trabantenländern unterscheidet, hält es sogar für richtig, daß der Führerstaat seinen Trabanten die Lieferung bestimmter Mindestmengen vorschreibt. Diese Auflagen, die Vöchting „Pflichtkontingente" nennt, sollen „bei Landwirtschaftserzeugnissen alljährlich, bei Industriegütern auf eine Reihe von Jahren vorweg bestimmt werden". Solche Kontingente haben jedoch nur Sinn, wenn der Geschäftspartner trotz angemessener Bezahlung nicht liefern will. Wenn z. B. ein Rohstoffland seine Rohstoffe aus politischen Gründen zurückhält, kann es dem nachbarlichen Industriestaat nicht verübeln, wenn er das Rohstoffland durch politische Machtmittel zum Verkauf der erwünschten Rohstoffe zwingt. In einer Wirtschaftsgemeinschaft, deren Partner miteinander in Frieden leben, können jedoch Zwischenfälle dieser Art nicht vorkommen. Hier gibt es weder einen Völkerbund, der Sanktionen verhängt, noch gibt es in ihm kauflustige Staaten, die infolge der über sie verhängten Tribute und Sanktionen zahlungsunfähig geworden sind und nun durch politischen Druck erreichen müssen, was ihnen auf wirtschaftlichem Feld nicht mehr erreichbar ist.

Innerhalb einer Wirtschaftsgemeinschaft kann man auch keinem Staat gestatten, seine Zahlungsbilanz durch einseitige Festsetzung der Zölle, der Wechselkurse oder der Geldzirkulation zum Ausgleich zu bringen. Nationalwirtschaftliche Abschließung und großräumliche Arbeitsteilung sind grundsätzlich unvereinbar.

b) Mit bilateralen Verträgen?

Es geht aber auch nicht an, daß Partner der Wirtschaftsgemeinschaft bilaterale Verträge über den Ausgleich der Bilanzen

schließen.[61] Andernfalls zerfällt der zu errichtende Wirtschaftsblock in ebensoviele Miniaturgemeinschaften, wie Verträge über den Ausgleich der Zahlungsbilanzen geschlossen worden sind. Man stelle sich etwa vor, jeder der dreizehn Partner einer Wirtschaftsgemeinschaft schließe mit jedem der zwölf anderen einen besonderen Zollvertrag, dessen Vorteile jeweils nur ihm und nicht auch den übrigen Partnern zukommen sollen. Was wäre die Folge? — Ein Vertrag wird gegen den anderen ausgespielt werden. Die gemeinschaftlichen Interessen werden vergessen und die Einzelanliegen übermäßig betont werden. Wie die Geschichte lehrt, wird jeder der dreizehn Staaten seine Zollsätze willkürlich erhöhen, teils um einen günstigeren Ausgangspunkt für Vertragsverhandlungen zu gewinnen, und teils um einen auf die gleiche Weise erzielten Vorsprung seiner lieben Nachbarn wieder wett zu machen. Dies wird der Anlaß zu Streitigkeiten, bei denen jeder glaubt, daß er alleine Recht und der andere Unrecht habe, bis zuletzt der offene und vertragslose Zollkampf entbrennt, der das Ende jeder Wirtschaftsgemeinschaft bedeutet.[62]

Die innere Geschlossenheit einer Wirtschaftsgemeinschaft wird sich stets nur solange halten, als ihre Partner der Ueberzeugung sind, daß der einheitliche Zusammenschluß den gemeinsamen Interessen dient. Dieser Glaube verliert sich, sobald sich einzelne Mitglieder gegenseitig bevorzugen, ohne die Allgemeinheit an den gewährten Zugeständnissen teilnehmen zu lassen. Die Klausel der Reziprozität hat daher in einer enggefügten Wirtschaftsgemeinschaft keinen Platz. Soll sich diese nicht in eine lockere Wirtschafts-Gesellschaft auflösen, so müssen gegenseitige Zugeständnisse einheitlich für und gegen jeden gelten. Jeder muß zu den gleichen Bedingungen kaufen und verkaufen können. Jeder muß bedingungslos an den Vergünstigungen teilnehmen, die eines der Mitglieder einem anderen gewährt (unbedingte Meistbegünstigung).[63] Demgemäß werden sich in einer Großraumwirtschaft alle Handelsverträge auf dem „Prinzip der unbedingten Meistbegünstigung“ aufzubauen haben, soll ihr Zusammenhalt von Dauer sein. Für einen Ausgleich der Zahlungsbilanzen durch bilaterale Zollverträge auf der Basis der Reziprozität ist somit kein Platz. Er würde das Ende der Großraumwirtschaft bedeuten.

Wird der Ausgleich der zwischenstaatlichen Bilanzen durch zweiseitige Verträge über die Gestaltung der Wechselkurse und des Geldumlaufs oder über die Einrichtung von Kontingenten herbeigeführt, so kann das Ergebnis kein anderes sein. Derartige Verträge zerstören ebenso wie zweiseitige Zollabkommen auf der Basis der Reziprozität die überstaatliche Einheit des Marktes. Die Voraussetzungen für einen großzügigen Ausbau der überstaatlichen Arbeitsteilung wären hier wie dort nicht mehr vorhanden. An seine Stelle würde ein Durch- und Nebeneinander bilateraler Arbeitsteilungen treten.

2. Durch ein internationales Büro?

Wo Staaten Zölle, Kontingente, Wechselkurse oder Geldumlauf autonom festsetzen, oder wo zwischen Staaten bilaterale Verträge über Zölle, Kontingente, Wechselkurse oder Geldumlauf abgeschlossen werden, wird der zwischenstaatliche Verkehr über national-autonome Büros abgewickelt. In einer Wirtschaftsgemeinschaft, die innerhalb ihrer Grenzen ein Optimum an Ertrag durch ein Maximum an Arbeitsteilung erreichen will, können jedoch national-autonome Büros keine vorherrschende Rolle spielen. Hier muß die Regulierung der Zahlungsbilanzen einheitlich und zentral vorgenommen werden. Eine Vielheit national-autonomer Büros wäre daher fehl am Platz.

Neuere Autoren — unter ihnen Keynes[64] — schlagen daher vor, die Regulierung der Zahlungsbilanzen — entweder ausschließlich oder doch wenigstens bei andauernden Störungen — durch ein internationales Büro vorzunehmen. Auch den Währungsplänen der Feindstaaten ist dieser Gedankengang nicht fremd. Indessen ist auch dieser Vorschlag nicht zu empfehlen, da internationale Büros regelmäßig bisher politischen Einflüssen ausgesetzt gewesen sind und es auch in Zukunft sein werden, solange die Menschen Deutsche, Engländer und Franzosen und keine Weltbürger geworden sind. Internationale Büros werden häufig nach politischen, statt nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten entscheiden. Dadurch wird das wirtschaftlich Zweckvolle versäumt. Auch werden Streitigkeiten auftreten, die mit der Zeit die Einheit des Wirtschaftsverbandes zerstören.[65]

Für die Regulierung der Bilanzen innerhalb einer echten Wirtschaftsgemeinschaft ist somit keinerlei bürokratische Lösung geeignet. Eine Vielheit nationaler Büros widerspricht der Einheit des Wirtschaftsverbandes, während ein internationales Büro die wirtschaftlichen Gesichtspunkte zu Gunsten national-politischer Erwägungen vernachlässigt. Hieraus folgt: Die Bürowährung ist grundsätzlich nur für den einzelnen Block oder die einzelne Nation geeignet. Im Gegensatz zur Marktwährung trägt sie national-autonomen Charakter. Nur überstaatliche Marktwährungen und national-autonome Bürowährungen können auf längere Sicht bestehen. Eine internationale Bürowährung ist allenfalls als Kompromißlösung für Uebergangszeiten zu gebrauchen.

3. Durch den Markt?

Als Letztes bleibt die Marktwährung übrig. Sie wird gegenwärtig fast allgemein im Schrifttum abgelehnt, weil man das Währungsdurcheinander der Jahre 1919 bis 1931 mit der Marktwährung verwechselt. Man pflegt daher dem marktmäßigen Bilanzausgleich vorzuwerfen, daß er im Geldwert wie im Geldumlauf unangemessene, das Gedeihen der Wirtschaft störende Schwankungen

hervorrufe. So meint Keynes[66], daß durch ihn „das innere Gleichgewicht jeder äußeren Bindung" untergeordnet würde. Eduard Lukas[67] stellt fest, daß „die Forderung, es müsse genügend Geld in Zirkulation stehen, . . . wenigstens bei Eintritt der erwähnten deflationistischen Ausgleichstendenzen zu kurz" komme. Benning[68] — ein Anhänger der Großraumwirtschaft — meint, daß durch den „Deckungsmechanismus Restriktionen und Expansionen ausgelöst werden . . ., die dem übergeordneten Großraumziel der Vollbeschäftigung und vollen Ausnutzung aller verfügbaren Produktionskräfte innerhalb der Großraumwirtschaft entgegenstünden". Pfleiderer[69] lehnt den Marktautomatismus ab, weil hier „die Wirkung eines Ausfuhrausfalles (infolge schlechter Ernte im Inland oder erfolgreicher Autarkiemaßnahmen des Auslandes) noch durch deflationistische Notenbankmaßnahmen verschlimmert werden würde". Es müsse vielmehr „in den ‚Trabanten'ländern genau so wie im ‚leitenden' Land die Notenbankpolitik und damit die Geldmengenregulierung ausgerichtet werden an der Aufgabe, die volle Ausnutzung aller Produktivkräfte zu ermöglichen, m. a. W. Kreditpolitik soll auch hier nur ein anderer Name sein für Beschäftigungspolitik zwischen der Scylla der Arbeitslosigkeit und der Charybdis der Inflation hindurch."

Man kann diese Vorwürfe dahin zusammenfassen, daß man nicht die Versorgung der einheimischen Produktion mit Geld den Schwankungen der Zahlungsbilanz aussetzen dürfe und andererseits auch nicht auf die Möglichkeit einer autonomen Geld- und Konjunkturpolitik verzichten könne, weil man sonst gezwungen würde, nichts zu tun, nur weil die übrigen Partner einer Krise freien Lauf lassen.

Der erste Vorwurf wäre berechtigt, wenn der Marktautomatismus nennenswerte Schwankungen in der einheimischen Geldversorgung verursachen würde. Soweit die genannten Autoren hierbei an die Zeit nach dem ersten Weltkrieg denken, ist dieser Vorwurf jedoch unbegründet. Politische Schulden und politisch auferlegte Tribute haben damals den Markt aus dem Gleichgewicht gebracht und politisch dirigierte Büros haben weitgehend die Funktionen des Marktes übernommen. Wenn Keynes, Lukas, Pfleiderer und Benning trotzdem diese Zeit gegen die Marktwährung anführen, so verwechseln sie das Wirtschaftschaos nach 1919 mit dem Markt. Dies ist bereits in § 2 dieses Kapitels ausführlich nachgewiesen worden.

Bei Pfleiderer wird diese Verwechslung im übrigen besonders deutlich, wenn er auf die Auswirkungen „erfolgreicher Autarkiemaßnahmen des Auslandes" hinweist. Hier übersieht er zunächst, daß Autarkiemaßnahmen und Marktwährung grundsätzlich miteinander unvereinbar sind. Autarkiemaßnahmen sind geradezu als typisches Kennzeichen einer national-autonomen Bürowährung anzusprechen. — Und zweitens verkennt er, daß eine Großraumwirt-

schaft überhaupt nicht denkbar ist, solange seine Partner „erfolgreiche Autarkiemaßnahmen" treffen.

Im übrigen mag hier erwähnt sein, daß nicht erst die englischen Klassiker, sondern bereits schon die deutschen Cameralisten eingesehen haben, daß sich der Lebensstandard eines jeden Volkes nach der Bilanz strecken muß. So macht Johann Heinrich Gottlob von Justi — 17 Jahre vor dem Erscheinen des „Wealth of Nations" — die bemerkenswerten Ausführungen: „Die Landesprodukte, die eine jede Nation jährlich ausführt, das sind ihre eigentlichen Einkünfte, wenn sie sich nicht nach ihrer innerlichen Haushaltung, sondern nach ihrem Verhältnis und Zusammenhang mit anderen Völkern betrachtet; und dasjenige, was sie jährlich an fremden Waren verbrauchet, das ist ihr Aufwand. Gleichwie nun die Vernunft einem jeden Haushalter saget, daß der Aufwand, den er macht, seinen Einkünften gleich seyn muß, wenn er nicht verarmen will, so befiehlet ihm eben diese gesunde Vernunft, wenn er seinen Aufwand höher als seine Einkünfte befindet, daß er entweder seine Einkünfte vermehren oder im Fall der Unmöglichkeit, seinen Aufwand einschränken muß."[70] Der Marktautomatismus tut nichts anderes als für eine derartige Vermehrung der Einkünfte bzw. für die Einschränkung des Aufwandes zu sorgen.

Auch durch den zweiten Vorwurf wird ein gesunder Marktorganismus nicht betroffen. Solange der Markt nicht durch marktfremde Eingriffe gestört wird, können Strukturkrisen nicht entstehen. Unverhältnismäßige Kriegstribute und Kriegsschulden samt den ihnen anhaftenden Folgen können innerhalb ihrer Grenzen nicht vorkommen. — Im übrigen mag man auch bedenken, daß es in einer echten, durch keine politischen Gegensätze zerrissenen Wirtschaftsgemeinschaft kaum zulässig sein dürfte, irgendwelche Wirtschaftsmaßnahmen autonom oder gar gegen den Strom der anderen Partner zu ergreifen. Volkswirtschaftliche Autonomiebestrebungen und großräumliche Wirtschaftsgemeinschaft schließen sich weitgehend aus.

Die im Schrifttum gegen den marktmäßigen Bilanzausgleich erhobenen Vorwürfe sind somit, soweit sie sich auf das Währungschaos der Nachkriegszeit stützen, unbegründet. Sie konnten nur erhoben werden, weil man die Voraussetzungen, die Versailles geschaffen hat, mit den Voraussetzungen verwechselt, die eine echte Wirtschaftsgemeinschaft mit sich bringt.

Im Inneren einer echten Wirtschaftsgemeinschaft ist die Marktwährung der Bürowährung nicht nur vorzuziehen. Sie ist sogar die einzige Währung, die hier in Frage kommt. Denn nur sie formt aus den zusammengeschlossenen nationalen Volkswirtschaften eine überstaatliche Einheit. Nur bei ihr sind Streitigkeiten, die eine solche Einheit stören, nicht möglich. Denn nur bei ihr gibt es für alle beteiligten Nationen einen einzigen Markt: den überstaatlichen Markt. An diesem geht der Ausgleich der Bilanzen unbemerkt von den Politikern vor sich. Poli-

tik und Wirtschaft sind hier streng getrennt. Nur unter dieser Voraussetzung ist das Bestehen einer echten überstaatlichen Wirtschaftsgemeinschaft möglich.

Wie werden wir also den Ausgleich der Bilanzen organisieren?

Im Inneren des Blockes werden wir den Ausgleich dem Markt überlassen. Unsere einzige Aufgabe wäre hier also, ständig dafür zu sorgen, daß die Funktion des Marktes durch keine fremden wirtschaftswidrigen Eingriffe gestört wird. Gegebenenfalls haben wir die Auswirkungen derselben durch geeignete Gegenmaßnahmen zu neutralisieren.

Zwischen den Blöcken überlassen wir den Ausgleich der Bilanzen dagegen einem Büro. Diesem raten wir, hierfür in erster Linie das Mittel der Kursvariation zu verwenden. Da der innerblockale Handel bei weitem nicht die Ausmaße des früheren Welthandels erreichen wird, dürften die sich hieraus ergebenden Schwankungen nicht so stark ins Gewicht fallen, wie man dies auf Grund früherer Erfahrungen annehmen könnte. Auch kann sich das Büro nebenher noch der Zölle und Prämien sowie u. U. sogar der Ein- und Ausfuhrkontingentierung bedienen. Dies wird ebenfalls dazu beitragen, die im Einzelfall erforderlichen Eingriffe so gering wie möglich zu halten.

Die für den Bau einer Währung entscheidenden Fragen: Woran das Geld stabilisiert werden soll?, Wie der Zahlungsmittelumlauf im Inland zu gestalten ist? —, Wie wir den zwischenstaatlichen Zahlungsverkehr zu organisieren haben? — und Wie der zwischenstaatliche Bilanzausgleich herbeizuführen ist? — haben im Vorstehenden ihre Beantwortung gefunden. Dabei hat sich ergeben, daß bei den gegebenen politischen Voraussetzungen im Inneren eines Blockes die Bildung eines einheitlichen Marktes möglich und wünschenswert ist. Hier kann jeder Staat gefahrenfrei an den Früchten der überstaatlichen Arbeitsteilung partizipieren. — Dagegen ist zwischen den Blöcken nur an eine lose Verbindung zu denken. Hier ist jederzeit mit Kriegen zu rechnen. Jeder Block wird daher nach größtmöglicher Unabhängigkeit streben, da dauernde Sicherheit einer vorübergehenden Ertragssteigerung vorzuziehen ist.

Wir schlagen daher vor:

I. **Die Währung im Inneren des Blockes nach Art der Marktwährung zu bauen. Diese Währung gewährt ein Optimum an nationaler Leistung durch ein Maximum an überstaatlicher Arbeitsteilung.**

II. **Die Währung zwischen den Blöcken nach Art der Bürowährung zu gestalten. Diese Währung gewährt ein Maximum an wirtschaftlicher und damit auch politischer Unabhängigkeit, ohne daß die Vorteile des Außenhandels gänzlich preisgegeben werden müssen.**

Kapitel 6. Für die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gegenwart

Steht somit auch grundsätzlich fest, daß für eine enge Wirtschaftsgemeinschaft die überstaatliche Marktwährung und für die Glieder einer lockeren Wirtschafts-Gesellschaft die national-autonome Bürowährung angemessen ist, so bleibt doch noch zu prüfen, wie wir diese Währungen unter den Verhältnissen der Gegenwart auszugestalten haben. Bisher sind wir von den wirtschaftlichen Voraussetzungen ausgegangen, mit denen Hume, Smith und Ricardo zu rechnen hatten. Die wirtschaftlichen Verhältnisse ändern sich jedoch. Der Aufbau der Wirtschaft ist in den 150 Jahren, die seit Hume, Smith und Ricardo vergangen sind, nicht gleich geblieben. Unter Umständen wird man daher den Bau der Währungen den wirtschaftlichen Verhältnissen oder — falls notwendig — auch umgekehrt die wirtschaftlichen Verhältnisse den Währungsplänen anzupassen haben.

1. Titel. Inwieweit haben sich die wirtschaftlichen Verhältnisse seit Hume, Smith und Ricardo geändert?

§ 1. Gold ist zur Zeit als Währungsware unverwendbar geworden

Als Hume, Smith und Ricardo sich für eine durch Gold gesteuerte Währung einsetzen, sind die für die Einrichtung einer Wirtschaftsgemeinschaft in Frage kommenden Nationen an den Goldvorräten annähernd mit den gleichen Prozentsätzen beteiligt, mit denen sie an der Warenerzeugung partizipieren. Die Verteilung der Goldvorräte entspricht noch ungefähr der Verteilung der Warenproduktion. Dies ist heute nicht mehr der Fall. Mit Beginn des Zusammenbruchs der früheren Wirtschaft haben erst Frankreich und dann USA mit der Aufspeicherung der alten Währungsware Gold begonnen. Gegenwärtig dürften die Vereinigten Staaten von Amerika den weitaus größten Teil des gesamten Weltvorrates an Gold in ihrem Besitz haben, obschon sie an der Warenproduktion wie am Warenumlauf mit einem ungleich kleineren Prozentsatz beteiligt sind. Unter solchen Voraussetzungen kann Gold kaum mehr als Währungsware dienen, es sei denn, daß man die USA aus der zu errichtenden Wirtschaftsgemeinschaft ausschließt oder daß die USA jenen Teil ihres Goldbestandes, der ihnen nicht zusteht, kostenlos — d. h. ohne jeden wirtschaftlichen oder politischen Vorbehalt, der dem Marktorganismus zuwiderläuft, — an die übrigen Währungspartner abtreten. Solange die Amerikaner nicht einsehen, daß Gold nur als Währungsware wertvoll ist und außerhalb einer durch Gold gelenkten Marktwährung nur einen geringen Wert besitzen kann, wird dies jedoch nicht zu erhoffen sein.

Noch schwerwiegender erscheint, daß in unseren Tagen die Regulierung der Goldproduktion weitgehend den Marktgesetzen

entzogen ist. Als Hume, Smith und Ricardo sich für eine durch Gold gelenkte Marktwährung einsetzen, steht es in Jedermanns Belieben, nach Gold zu graben. Zum Kapital eines Goldgräbers gehört ein Sack mit Lebensmitteln, eine Hacke, eine Schaufel und allenfalls noch ein Sieb. Lohnt sich das Goldsuchen nicht mehr, weil die aufgewendete Mühe durch das Arbeitsergebnis nicht mehr gedeckt wird, so verkauft der Goldsucher Hacke, Schaufel und Sieb an den nächsten Schenkwirt und verdingt sich selbst als Tellerwäscher oder Holzhacker. Diese Beweglichkeit ist der modernen Goldproduktion nicht mehr eigen. Freie Claims sind nicht mehr zu vergeben. Die Ausbeutung der meisten Fundstätten liegt in den Händen weniger großer Aktiengesellschaften oder — soweit die Goldgruben in Rußland liegen — ausschließlich in der Hand eines marktfeindlichen Büros. An die Stelle von Hacke, Schaufel und Sieb sind große Maschinen getreten, die nicht von einem Tag zum anderen „mobilisiert" werden können. Die hohen fixen Kosten, die mit dem Besitz solcher Maschinen verbunden sind, sorgen dafür, daß Gold auch dann noch gewonnen wird, wenn seine Produktion keinen Gewinn mehr abwirft. Es ist nicht mehr möglich, das Kapitel aus der Goldproduktion herauszuziehen und in die Warenproduktion hineinzustecken. Daß Meßinstrument Gold ist damit schwerfällig geworden. Es zeigt nicht mehr wie die Nadel eines Seismographen die leisesten Erschütterungen an. Nur noch größere Krisen spiegeln sich in seinen Bewegungen wieder. Unter diesen Umständen scheidet zwar die Ware Gold noch nicht aus der Marktwirtschaft gänzlich aus, aber ihre geschichtliche Rolle als Regulator des Marktes wird von ihr nur mehr mangelhaft erfüllt. Will man die Marktwirtschaft trotzdem wieder einrichten, so muß man entweder die früheren Zustände in der Goldproduktion annähernd herstellen oder das Gold durch eine andere Ware ersetzen, die sich in diesem Stadium wirtschaftlicher Entwicklung besser dazu eignet, gerade die feineren Schwingungen des Wirtschaftslebens anzuzeigen und zum Ausgleich zu bringen.

§ 2. Der Markt hat seine Beweglichkeit eingebüßt

Von nicht zu unterschätzender Bedeutung sind auch die Veränderungen, die sich im Gebiet des Warenmarktes i. e. S. vollzogen haben. Als Hume, Smith und Ricardo die Marktwirtschaft beschreiben, ist der Warenmarkt noch in allen seinen Teilen beweglich. Das Kapital ist noch nicht in gleichem Maße wie heute in Anlagewerten gebunden. Es kann noch ungehindert dorthin wandern, wo der größere Gewinn in Aussicht steht. Noch bedeutsamer erscheint uns, daß damals Trusts, Konzerne, Kartelle, Gewerkschaftsmonopole und staatliche Preisbildungsstellen fehlen, die das Preis- und Lohnniveau nach marktfremden Gesichtspunkten bestimmen. Während sich zur Zeit von Hume, Smith und Ricardo

die Preise noch jeder Veränderung der Marktlage anschmiegen, werden sie heute durch bürokratische Verbände diktiert. Aber noch andere Maßnahmen sind es, die den Markt in seiner Beweglichkeit beschränken. Zwei Beispiele mögen dies belegen. Bei dem einen denken wir an die „Allgemeinen Geschäfts- und Lieferungsbedingungen", die nicht nur den Kunden, sondern auch den Lieferanten auf eine bestimmte Linie festlegen. Und im andern Fall denken wir an den Prüfungs- und Vorbildungszwang, der einen freien Wechsel von Beruf zu Beruf und von Branche zu Branche nicht mehr gestattet. Früher konnte ein tüchtiger Geschäftsmann jede Chance ausnutzen. Er konnte jederzeit in den Geschäftszweig überwechseln, der größere Aufstiegsmöglichkeiten bot. Ein Buchdrucker konnte sich zum Fabrikanten und ein Kellner zum Inhaber einer großen Textilfirma heraufarbeiten, wenn er das Zeug zu einem tüchtigen Geschäftsmann in sich hatte. Für die notwendige Auslese sorgte der freie Wettbewerb. Heute ist der Aufstieg des Tüchtigen — will er nicht einheiraten — an Ausbildung und Examen gebunden. Die Bürokratie hat auch hier den Markt zurückgedrängt.

2. Titel. Welche Bedeutung haben diese Veränderungen für den Bau einer Währung?

Für die Bürowährung sind die seit Hume, Smith und Ricardo eingetretenen Veränderungen nicht weiter beachtlich, und zwar dies etwa nicht so sehr deswegen, weil der Plan zu ihrer Errichtung bereits auf die Gegenwart zugeschnitten ist, sondern weil sie überhaupt kein Bauwerk ist, das nach einem einheitlichen Plan errichtet wird. Dies mag zunächst erstaunen, wenn man bedenkt, daß die Bürowirtschaft häufig als Planwirtschaft bezeichnet und empfohlen wird. Doch liegt hierin ein Irrtum. Bei der Bürowährung wird „manipuliert", d. h. die Wirtschaft wird mit der Hand gesteuert. Je nach Lage des Falles werden die einzelnen Maßnahmen ergriffen. Bei der Bürowährung fallen daher Bau und Funktion weitgehend zusammen. Ueber die jeweils zu treffenden Maßnahmen entscheiden die Ziele und Wünsche der jeweils verantwortlichen Leiter.

Bei der Marktwährung ist dies anders. Während man die Bürowährung mit einer Düne vergleichen kann, die ihre Form ständig verändert, gleicht die Marktwährung einem Bauwerk, das, einmal errichtet, von den nachfolgenden Generationen nur noch zu erhalten ist. Wie ein Bauwerk, so bricht auch eine Marktwährung zusammen, wenn bei ihrem Bau die architektonischen Gesetze mißachtet werden. Mann kann sie weder auf jedem beliebigen Grunde errichten, noch ist es möglich, bei ihrer Ausgestaltung auf die Eigenheiten des zur Verfügung stehenden Bauplatzes keine Rücksicht zu nehmen. Trägt der Grund nicht, so muß er tragfähig gemacht werden. Ist dies geschehen — soweit es möglich ist —,

so müssen die dann noch verbleibenden Mängel im Bauwerk ihren Ausgleich finden. Es ist daher zu prüfen, inwieweit die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gegenwart auf die Marktwährung abgestimmt werden können und inwieweit darüber hinaus verbleibende Schwächen des Untergrundes durch eine Abänderung des von Hume, Smith und Ricardo beschriebenen Planes der Marktwährung auszugleichen sind.

§ 1. Inwieweit sind die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gegenwart auf die Marktwährung abzustimmen?

Die Marktwährung setzt — wie wir gesehen haben — einen (relativ) elastischen Markt voraus. Will man daher im Inneren einer Großraumwirtschaft eine Marktwährung errichten, so müssen jene Einflüsse, die zur Erstarrung des Marktes führen, auf ein erträgliches Maß reduziert werden.

Zunächst sind Trusts, Kartelle, Konzerne und Gewerkschaftsmonopole mit Hilfe eines geschickt ausgearbeiteten Steuersystems soweit aufzusplittern und zu schwächen, bis ihr Verhalten — selbst für den Fall, daß es marktfeindlich bleibt — für das reibungslose Funktionieren des Marktorganismus ungefährlich geworden ist. Ebenso sind auch die staatlichen Büros für Preisbildung und Preisüberwachung auf Ausnahmefälle zu beschränken oder gänzlich abzuschaffen. Großbetriebe dürfen nicht mehr durch staatliche Subventionen gestützt oder begünstigt werden, wie dies namentlich 1930/31 geschehen ist. Stattdessen ist ihre Rückbildung in Mittelbetriebe zu fördern. Man kann dies tun, indem man Großgewinne besteuert. Auch die weiteren Fesseln, die man dem Markt angelegt hat, sind zu lockern. Allgemeine Geschäfts- und Lieferungsbedingungen dürfen entweder überhaupt nicht oder nur in erheblich geringerem Ausmaß zugelassen werden. Der Ausbildungs- und Examenszwang ist auf das unbedingt Notwendige zu beschränken.

Die Anhänger des „Laissez-faire, laissez-passer, le monde va de lui même" werden freilich derartige Maßnahmen für unzulässig halten. Für sie ist der Marktorganismus ein Teil der „natürlichen Ordnung". Sie glauben daher, daß man nur nichts zu tun brauche und der Marktorganismus würde zu aller Zufriedenheit funktionieren. Den Merkantilismus vor Augen meinen sie, daß Eingriffe des Staates stets marktfeindlich sind, während sie von privater Seite nur marktmäßiges Verhalten erwarten. Aufgrund dieses Irrtums pflegen noch heute viele Autoren den Marktorganismus für eine „liberale" Einrichtung anzusehen.[71]

Indessen ist der Marktorganismus, wenn er auch die dem Menschen eigene Zielstrebigkeit verwendet, nicht natürlich. Er beruht vielmehr auf Gesetzen, die der Mensch zur Anwendung bringen kann, wenn er will, und die er ebensogut ungenutzt lassen kann, wenn er nicht will. Wie niemand den Menschen zwingt, Autos zu bauen, so zwingt ihn auch nichts, sich des Marktorganis-

mus zu bedienen. — Und wie der Marktorganismus nicht natürlich ist, nur weil er die Natur des Menschen in Rechnung stellt, so ist er auch nicht liberal, obschon er eine gewisse Freiheitssphäre des Einzelnen voraussetzt. Werden die Gesetze, auf denen er beruht, nicht sorgfältig beachtet, so kann er nicht arbeiten. Eine Freiheit im Sinne des mißverstandenen Liberalismus, der Freiheit sagt und Willkür meint, gestattet er nicht. Wie ein Auto nicht funktioniert, bei dessen Bau die physikalischen Gesetze unbeachtet bleiben, so funktioniert auch ein Marktorganismus nicht, bei dessen Konstruktion oder bei dessen Wartung die wirtschaftlichen Gesetze außer acht gelassen werden. Von einer „Freiheit" im Sinne eines „Laissez-faire, laissez-passer" kann somit keine Rede sein.

Umgekehrt darf man sich auch nicht wie Sombart in seiner 1938 erschienenen Schrift über „Weltanschauung, Wissenschaft und Wirtschaft" durch den Trugschluß verleiten lassen, daß die Notwendigkeit einer Planung das Vorhandensein von „Regeln" ausschließt. Gesetze, sagt Sombart[72], gibt es in der Wirtschaft, Regeln dagegen nicht. Liegt hierin schon ein Widerspruch, so wird Sombart's Irrtum noch deutlicher, wenn er den Satz aufstellt, daß „der freie Wille des Menschen . . . alle Ermittlung von Regeln hinfällig" macht.[73] Denn wie kann ein Wille seine Pläne verwirklichen, gäbe es keine Regeln? — Eine Planung ohne Regeln ist nicht möglich. Wohl kann der menschliche Wille im Reiche der Wirtschaft die strenge Folge der Naturgesetzlichkeit unterbrechen. Aber treten darum nicht hier wie überall im Reiche der ‚Natur' beim Vorliegen bestimmter Voraussetzungen bestimmte Folgen ein? Nur das Eintreten dieser Voraussetzungen, an die sich jene Folgen knüpfen, ist nicht naturnotwendig, sondern weitgehend abhängig vom Willen des Menschen. Aber ist dies in der Technik anders? — Auch hier kann ein Bauer seinen Wagen durch Pferde ziehen lassen, statt sich eines Traktors zu bedienen. Werden dadurch die Regeln, nach denen ein Traktor arbeitet, ausgeschaltet? — Nein. Sie sind unabhängig davon, ob überhaupt irgendwo ein Traktor existiert. Als Beweis für ihr Vorhandensein genügt, daß, falls ein Traktor gebaut wird und bei seinem Bau gewisse Regeln sorgfältig beachtet werden, dieser Traktor planmäßig funktioniert.

Nicht anders geht es im Reiche der Wirtschaft zu. Auch hier hat der Mensch die Möglichkeit, die gefundenen wirtschaftlichen Regeln anzuwenden oder ohne sie zu operieren. Zieht er das Letztere vor, so bedarf es keiner Wirtschaftswissenschaft.

Gewisse Regeln werden auch beim Bau des Marktorganismus planmäßig verwendet. Wie beim Bau eines Traktors oder beim Bau eines Autos dürfen Verstöße gegen diese Regeln nicht zugelassen werden. Ob diese Verstöße vom Staat oder von privater Seite aus begangen werden, ist dabei gleichgültig. Sie sind, falls schädlich, zu unterbinden.

Schwierig ist diese Aufgabe nicht. Fehlen politische Eingriffe, die den Markt aus dem Gleichgewicht bringen, so ist für Kartelle, Monopole und dergleichen kein großer Bedarf vorhanden. Nur in einer politisch zerrütteten Zeit tritt statt des kaufmännischen Wagemutes ein rentnerhaftes Bedürfnis nach Sicherheit in den Vordergrund. Die Fabrikanten verzichten zu Gunsten von Großbetrieben oder Kartellabreden auf ihre Selbständigkeit. Die Kaufleute mindern durch Festsetzung von allgemeinen Geschäftsbedingungen den Wettbewerb. Und Handwerker und Gewerbetreibende suchen den Zuzug zu ihren Berufen durch Ausbildungs- und Examenszwang abzustoppen. In einer gesunden, von politischen Eingriffen unbelasteten Wirtschaft ist demgegenüber das Bedürfnis nach bürokratischen Sicherungen nur gering. Die Fabrikanten werden ihre Selbständigkeit und die Händler ihre Bewegungsfreiheit behalten oder zurückgewinnen wollen. Und die Handwerker und Gewerbetreibenden haben kein großes Interesse mehr daran, ihren Nachwuchs durch bürokratische Maßnahmen zu verringern. Statt der Furcht vor Verlust und Ruin wird die Hoffnung auf Reichtum und Gewinn zum Motor wirtschaftlicher Entwicklung werden. Das Sicherheitsbedürfnis wird wieder durch den Wagemut verdrängt.

§ 2. Inwieweit ist die Marktwährung den gegebenen wirtschaftlichen Verhältnissen anzupassen?

Eine ausreichende Beweglichkeit des Warenmarktes wird daher innerhalb einer Großraumwirtschaft gewährleistet werden können. An eine Rückkehr zur Ware Gold wird dagegen unter Umständen nicht zu denken sein. Die Wahl einer Ware zum Regulator der Währung setzt neben einer der Warenproduktion entsprechenden Verteilung eine für die Erfüllung der besonderen Aufgaben angemessene Beweglichkeit der Produktion voraus. Ist die Produktion der Währungsware durch systemwidrige Einschaltung von Büros oder durch Festlegung größerer Kapitalien auch nur geringfügig gehemmt, so bleiben leichtere Spannungen im Verhältnis von Waren- und Geldumlauf (national wie international) unausgeglichen. Erst größere Spannungen vermögen den Automatismus in Gang zu setzen, sodaß die Reibungen, die bei einer vollbeweglichen Währungsware bedeutungslos sind, nach und nach das Ausmaß periodisch wiederkehrender Krisen annehmen. Je feiner die Währungsware auf alle Spannungen reagiert, umso krisenfester wird die Marktwirtschaft sein, und je gröber sie arbeitet, umso ungleichmäßiger wird sich der Ablauf der Wirtschaft gestalten.

Ist auch kein anderer Rohstoff vorhanden, der sich als Währungsware eignet, so muß man entweder auf die Wahl der Marktwährung verzichten, wodurch der Bau einer echten Wirtschaftsgemeinschaft unmöglich wird, was zugleich Verzicht auf ein Optimum an Ertrag durch ein Maximum an Arbeitsteilung bedeutet, — oder

künstlich eine Währungsware schaffen, deren Produktion und Umlauf der Warenproduktion und dem Warenumlauf fortlaufend angepaßt werden kann.

1. Künstliche Währungswaren

Diese Ware muß zunächst die vier Eigenschaften besitzen, die eine gute Währungsware auszeichnen. Sie muß wertvoll, für sonstige Zwecke möglichst unbrauchbar, beweglich und beliebig transportierbar sein.

Beweglich und beliebig transportierbar sind viele Waren, so z. B. auch Papier, Wasser, Eisen und Sand. Wie aber ist es möglich, diese Waren zugleich wertvoll und für sonstige Zwecke unbrauchbar zu machen? —

Sand in der Wüste und Wasser an der Küste des Meeres sind wertlos, weil sie an den genannten Orten in unerschöpflichen Mengen zur Verfügung stehen. Sondert jedoch Jemand ein geringes Quantum Sand oder eine geringe Menge Wasser aus und verleiht ihr ein besonderes Kennzeichen (z. B. blaue Farbe), so kann es bereits möglich sein, daß der gleiche Gegenstand, der ohne dieses Kennzeichen völlig wertlos wäre, nach der Kennzeichnung als begehrenswert erscheint. Noch mehr wird diese Ware im Wert steigen, wenn sie vom Staatsoberhaupt zum „allgemeinen Tauschmittel" erhoben wird. Kommt z. B. ein Beduinenfürst oder ein Seeräuberhäuptling auf den Einfall, die blau gefärbten Sandkristalle oder das blaue Meerwasser innerhalb seines Machtbereiches als ein für Jedermann gültiges Tauschmittel einzuführen und behält er sich überdies noch das Färben des Sandes oder des Wassers als sein Privileg vor, so können Sand wie Wasser zu den wertvollsten Waren werden. Das gleiche zeigt sich, wenn ein Staat einen kleinen Teil der Papiervorräte abzweigt, diesen in kleine Scheine zerlegen und jeden Schein durch Wasserzeichen und Aufdruck besonders kennzeichnen läßt. Auch diese Scheine werden einmal infolge der durch künstlichen Eingriff herbeigeführten Seltenheit und zweitens infolge des vom Staatsoberhaupt ausgeübten Zwanges, sie als Tauschmittel entgegenzunehmen, einen besonderen Wert erhalten. Die Höhe des Wertes ist dabei nicht immer die Folge davon, daß die Einzelnen sie gerne besitzen möchten, sondern daß Jedermann sie in Zahlung nehmen muß. Dieses letztere Moment ist namentlich von Georg Friedrich Knapp in seiner „Staatlichen Theorie des Geldes" betont worden. Nur darf nicht übersehen werden, daß wohl Seltenheit, niemals aber Zwang allein ausreicht, um einem Gegenstand dauernden Wert zu verleihen.

Selbst Papier kann also kostbar werden. Ist es damit aber auch für die übrigen Zwecke des Wirtschaftslebens unbrauchbar geworden? — Nun, eine Ware läßt sich wirtschaftlich nur solange für andere Zwecke verwenden, als sie einen geringen Wert besitzt. Wird der Wert einer Ware in die Höhe getrieben, so muß man

sie bald hier und bald dort durch preismäßig günstigere Waren ersetzen, bis sie zuletzt — setzt man diese Steigerung stetig fort, — so teuer wird, daß sie für alle praktischen Zwecke wirtschaftlich nicht mehr in Frage kommt. Infolgedessen sind auch Papierscheine, die in begrenztem Umfange als ‚allgemeine Tauschmittel' umlaufen, für andere Zwecke unbrauchbar geworden. Niemand wird gutes Notengeld dazu verwenden, um seine Wände zu tapezieren oder sich ein Feuer damit anzuzünden.

Aus Papier, Eisen, Wasser und Sand kann somit künstlich eine Währungsware geschaffen werden, die alle vier Eigenschaften einer Währungsware, nämlich Beweglichkeit, Transportierbarkeit, Unbrauchbarkeit und Kostbarkeit besitzt. In der Regel wird man Papier wählen, weil diese Ware infolge des geringen Gewichts am leichtesten transportierbar ist und weil Wasserzeichen und Aufdruck Nachahmungen weitgehend ausschließen.

2. Papiergeld als Währungsware

Aus Papier kann also künstlich eine Währungsware geschaffen werden. Indessen ist nicht jedes Papiergeld als Währungsware geeignet. Soll die Marktwährung trotz Einschaltung der künstlichen Währungsware „Papiergeld" funktionieren, so müssen drei weitere Voraussetzungen erfüllt sein. Es muß erstens die Erzeugung dieser Ware einheitlich für den ganzen Großraum geregelt, zweitens ihre Produktion dem Machtbereich der einzelnen Staaten entzogen und drittens dafür Sorge getragen werden, daß der Umlauf an Großraumgeld ständig dem Gesamtumlauf an Waren entspricht. Wird die erste Voraussetzung nicht erfüllt, so kann von einer Großraumwirtschaft keine Rede sein. Statt eine Wirtschaftsgemeinschaft zu bilden, stehen sich die einzelnen Staaten als isolierte Nationalwirtschaften gegenüber. — Wird die zweite Voraussetzung übersehen, so geht der unpolitische Charakter verloren, der die Marktwährung vor der Bürowährung auszeichnet. Nationalpolitische Interessen werden die ursprünglich bestehende wirtschaftliche Einheit zerstören. — Wird die dritte Voraussetzung nicht beachtet, so werden jene periodisch wiederkehrenden Krisen entstehen, die im gegebenen Falle gerade durch die Wahl einer Währungsware mit bürokratisch gelenkter Produktion vermieden werden sollen. Es wäre also überflüssig, die Konstruktion der Marktwährung insoweit durch Elemente der Bürowährung zu ergänzen.

Die zweite und dritte Voraussetzung für das Funktionieren einer Marktwährung, die durch eine bürokratisch gesteuerte Währungsware gelenkt wird, übersieht Fritz Meyer.[74] In der von ihm vorgeschlagenen „Kernwährung" gibt das Land der Leitwährung Geldnoten aus, die den Währungen der Trabantenstaaten zur Deckung dienen. Nicht überstaatliches Geld, sondern nationales Geld wird hier als Währungsware verwendet. Das ist ein elemen-

tarer Unterschied. Der unpolitische Charakter der Marktwährung wird außer acht gelassen. Das Land der Leitwährung erhält die Möglichkeit, den Geldumlauf statt nach überstaatlich-wirtschaftlichen, nach national-politischen Erwägungen zu bemessen. Was hat dies zur Folge? — Die Trabantenstaaten werden jede Gelegenheit benutzen, um sich der politisch wie wirtschaftlich unerwünschten Abhängigkeit zu entziehen. Und feindliche dritte Mächte werden die auftretenden Spannungen zum Nachteil der großräumlichen Einheit und damit auch zum Nachteil des Führerstaates ausnutzen. Ueber kurz oder lang wird dieses System daher schon aus politischen Gründen zusammenbrechen. — Und wie steht es mit seiner wirtschaftlichen Brauchbarkeit? — Auch diese ist gering. Kein Führerstaat wird sich unter solchen Voraussetzungen der Versuchung entziehen, die Notenausgabe nach seinem vermeintlichen Privatvorteil statt zum Wohle des ganzen Blockes zu bemessen. Er wird den großräumlichen Geldumlauf infolgedessen nicht nach der großräumlichen Warenproduktion richten. Auftretende Ungleichgewichte kommen nicht nur nicht zum Ausgleich, sondern werden mitunter noch künstlich geschaffen. Sie häufen sich, bis dieses System eines Tages ebenso zusammenbricht wie die Wirtschaft der ersten Nachkriegszeit. Eine Krise gleichen Ausmaßes dürfte die Folge sein. — Ein Aehnliches wird im übrigen auch von den bisher veröffentlichten Währungsplänen der Alliierten einschließlich der Pläne von Keynes und White zu gelten haben, soweit diese England bezw. USA. ein Uebergewicht zu geben suchen.

Soll eine bürokratisch gesteuerte Marktwährung also funktionieren, so darf nur ein überstaatliches Geld zur Steuerung verwandt werden. Auch das Büro, das dieses Geld in den Verkehr bringt, muß überstaatlich sein. Es empfiehlt sich daher die Errichtung einer von einem politisch unabhängigen Direktorium geleiteten „Großraumbank", deren Geldnoten — das „Großraumgeld" — entweder unmittelbar umlaufen oder wenigstens dem von den einzelnen Nationen ausgegebenen Währungsgeld nach dem Gesetz proportionaler Deckung zugrundeliegen. —

Hiergegen könnte man nun einwenden, daß auch die Geschäftsführer der Großraumbank Deutsche, Franzosen und Schweizer bleiben werden. Das ist richtig. Indessen darf man nicht vergessen, daß die Großraumbank weder die relative Höhe des nationalen Geldumlaufes noch das Wertverhältnis zwischen den nationalen Geldeinheiten beeinflussen kann, da hierfür nach wie vor der Marktorganismus allein entscheidend ist. Ihre Tätigkeit ist auf die Regulierung des überstaatlichen Großraumgeldes beschränkt. Zwar werden auch hierdurch nationale Interessen berührt, da die Großraumnoten zur proportionalen Deckung des nationalen Geldes dienen, aber es werden keine nationalen Gegensätze angetastet oder verursacht. Ob die Großraumbank viel oder wenig

Großraumgeld in den Verkehr bringt, wirkt stets einheitlich für und gegen alle beteiligten Nationen. Die Voraussetzungen für das Bestehen einer Wirtschaftsgemeinschaft, die allen Beteiligten einen optimalen Ertrag durch maximale Arbeitsteilung gewährt, bleiben somit gewahrt.

Den Umlauf von Großraumgeld hat die Großraumbank sorgfältig nach dem großräumlichen Warenumschlag zu richten. Sie wird sich hierbei zweckmäßigerweise eines genauen Produktionsindexes bedienen, d. h. eines Indexes, der die Produktion aller Waren im ganzen Großraum erfaßt. Vielleicht dürften in einer sachlichen Festlegung dieses Indexes noch die größten Schwierigkeiten für die Einrichtung dieser Währung liegen. Indessen ist auch dieses Problem zu meistern.

3. Bürogelenkter Markt

Die Eigenart einer Marktwährung, bei der die Regulierung des Marktes einer bürokratisch gesteuerten Währungsware anvertraut ist, wird deutlich, wenn man sie mit einer Marktwährung vergleicht, die durch eine marktgängige Ware — wie früher Gold oder Silber — gelenkt wird.

Gemeinsam ist beiden Währungen, daß durch die einheitliche Wahl der Währungsware die Einheit des überstaatlichen Marktes hergestellt wird. Demgemäß erfolgt der Ausgleich der Bilanzen in beiden Fällen am Markt. Das Verhältnis des nationalen Geldwertes zum überstaatlichen Geldwert und das Verhältnis zwischen nationalem Geldumlauf und überstaatlichem Geldumlauf werden marktmäßig reguliert. In diesen entscheidenden Punkten besteht somit zwischen der reinen Marktwährung und der durch eine bürokratisch gesteuerte Währungsware gelenkten Marktwährung kein Unterschied.

Dagegen erfolgt die Regulierung von Wert und Menge des überstaatlichen Geldes bei der reinen Marktwährung am Markt und bei der durch überstaatliches Papiergeld gelenkten Marktwährung durch ein Büro. Der Ausgleich zwischen der Gesamtproduktion an überstaatlichem Geld und der Gesamtproduktion an Waren wird nicht mehr über den Markt mit Hilfe des Gesetzes von Angebot und Nachfrage, sondern durch ein Büro mit Hilfe eines Produktionsindexes hergestellt. Hier liegt die Stärke und die Schwäche dieser Währung. In diesem Punkt wird die Marktwährung durch Elemente der Bürowährung ergänzt, sodaß eine Marktwährung, bei der eine bürokratisch gesteuerte Währungsware zur Regulierung des Marktes verwandt wird, als eine Synthese zwischen Markt- und Bürowährung bezeichnet werden kann.

Innerhalb der Marktwährung gehört sie zu den „gedeckten" Marktwährungen.

Bei der „einfachen Marktwährung" obliegt noch alles dem Markt und nichts dem Büro. Bei der „gedeckten Markt-

währung“ ist die Gleichschaltung des nationalen Geldes mit dem überstaatlichen Gelde nationalen Büros — nämlich den Zentralnotenbanken — übertragen. Diese haben die Aufgabe, nicht mehr, aber auch nicht weniger nationales Geld in Umlauf zu setzen, als durch ihren jeweiligen Vorrat an überstaatlichem Geld gedeckt werden kann.

Bei der „Marktwährung mit Deckung durch eine marktgängige Ware“ ist der bürokratische Anteil hiermit erschöpft. Bei der „Marktwährung mit Deckung durch eine bürogebundene Ware“ ist neben den nationalen Büros, die für die Einhaltung des Gesetzes proportionaler Deckung sorgen, auch ein überstaatliches Büro vorhanden. Dieses reguliert den Umlauf an überstaatlichem Geld, das von den nationalen Büros zur Deckung des nationalen Geldes verwandt wird. Dagegen unterliegt der Zahlungsbilanzausgleich auch bei ihr nach wie vor dem Markt. Die relative Höhe des Geldumlaufes in den einzelnen Nationen wie das Wertverhältnis zwischen den nationalen Geldeinheiten wird unverändert durch den überstaatlichen Markt bestimmt.

Vergleichen wir die einzelnen Marktwährungen miteinander, so hat die „einfache Marktwährung“ den Vorteil, daß sie bürokratische Verstöße wider die Regeln des Marktes grundsätzlich nicht gestattet. Andererseits kann als Nachteil gelten, daß sie den wirtschaftlichen Wünschen der einzelnen Nationen nur sehr geringen Spielraum gewährt. Offene Marktpolitik und Sterilisierungspolitik sind bei ihr unmöglich. Nur die Diskontpolitik kann zur Anwendung kommen. — Die „Marktwährung mit Deckung durch eine marktgängige Ware“ teilt diesen Nachteil nicht. Aber auch sie ist ebenso wie die einfache Marktwährung nur durchführbar, wenn eine geeignete marktgängige Ware — wie Gold oder Silber — zur Verfügung steht. Fehlt eine solche, so bleibt — will man nicht auf die Vorteile der Marktwährung verzichten — nur übrig, eine „Marktwährung mit Deckung durch eine bürogebundene Ware“ zu wählen. Der bürokratische Einschlag ist bei dieser Währung schon stark. Nicht nur der Gleichklang zwischen staatlichem und überstaatlichem Geldumlauf, sondern auch die Zirkulation des überstaatlichen Geldes selbst werden bürokratisch reguliert. Trotzdem bleibt — und dies ist entscheidend — die Einheit des Marktes unangetastet. Es gibt nur einen Markt, sodaß die Höhe der Wechselkurse und die Unterschiede zwischen den nationalen Preisspiegeln nicht Folge autonomer Willkür, sondern ausschließlich Ausdruck jener polaren Spannungen sind, die das Leben der Wirtschaft wie alles Leben zu seinem Fortgang bedarf. Wie die anderen Marktwährungen gewährt darum auch diese Währung allen angeschlossenen Nationen durch maximalen Ausbau der überstaatlichen Arbeitsteigerung ein Optimum an Ertrag.

ANHANG:
ANMERKUNGEN

Anhang

1. **Abkürzungen:**

BA.	= Bankarchiv
BW.	= Bankwirtschaft
DDV.	= Die Deutsche Volkswirtschaft
Jahrbücher	= Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik
NfA.	= Nachrichten für den Außenhandel
VJ.	= Vierjahresplan
Volkswirt	= Der deutsche Volkswirt
WWA.	= Weltwirtschaftliches Archiv

2. **Anmerkungen:**

Vorbemerkungen:
Eine letzte Ueberprüfung der Zitate und Quellenangaben war kriegsbedingt nicht möglich. — Bei Hervorhebung einzelner Worte in angeführten Textstellen ist mit Rücksicht auf den Sinn dieser Arbeit bisweilen vom Original abgewichen worden.

1) Zur Großraumwirtschaft vergl. folgende Literatur:

Backe, Herbert: Das Ziel: Europäische Großraumwirtschaft, Nationale Wirtschaft 1944, S. 7 ff.

Brinkmann, Carl: Die wirtschaftliche Gestaltung des europäischen Großraumes, BA. 1941, S. 29 ff.

Benning, Bernhard: Europäische Währungsfragen, DDV. 1942, S. 303 ff.

Daitz, Werner: Großraumwirtschaft in ‚Der Weg zur völkischen Wirtschaft und zur europäischen Großraumwirtschaft', Bln. u. München 1938, Teil V, S. 45.

Eguilaz, Higinio: Probleme einer internationalen Zusammenarbeit, WWA. 54, Bd. 1942, S. 159 ff.

Forstmann, Albrecht: Der Kampf um den internationalen Handel, Berlin 1935, S. 273 f., insb. S. 274.

Franges, Otto von: Die Donaustaaten Südosteuropas und der deutsche Großwirtschaftsraum, WWA. 53, Bd., S. 284 ff.

Fried, Ferdinand: Die Zukunft des Welthandels München 1941.

Grävell, Walter: Großraumbedingte Umlagerungen im europäischen Außenhandel, in ‚Probleme des europäischen Großwirtschaftsraumes', Berlin 1942, insb. S. 72.

Grotkopp, Wilh.: Vom Wirtschaftskrieg zur Großraumwirtschaft, DDV. 1942, S. 143 ff.

Hantos, Elemér: Die Handelspolitik in Mitteleuropa, Jena 1925.

— — Das Geldproblem in Mitteleuropa, Jena 1925.

Hohlfeld, H. H.: Reichsmarkkernwährung und Währungsunion als Lösungsvorschläge für das europäische Währungsproblem, BA. 1941, S. 321 ff.

Jessen, Jens: Währungsgemeinschaften, in ‚Deutsche Geldpolitik' Berlin 1941.

Krüger, Karl: Deutsche Großraumwirtschaft, Hamburg 1932, insb. S. 16.

Leibrock, Otto: Weltwirtschaft und Großraumwirtschaft, Leipzig 1933, insb. S. 150 ff.

Meyer, Fritz: Zum europäischen Währungsproblem, BA. 1941, S. 439 f.

Naumann, Friedrich: Mitteleuropa, Berlin 1916.

Nonnenbruch, Fr.: Neuordnung in Europa. Berlin 1936.

Pfleiderer, Otto: Weltgeld und Nationalwährung in ‚Probleme und Aufgaben des deutschen Geld- und Kreditwesens'. Berlin 1942, insb. S. 37 ff. und 45 f.

Polàcek, Adalbert: Die Zolleingliederung des Protektorats Böhmen und Mähren in das großdeutsche Reich. Ein Beitrag zur Frage der Bildung eines Großwirtschaftsraumes. WWA. 55. Bd., 1942, S. 232 ff.
Predöhl, Andreas: Von der Vierjahresplanwirtschaft zur Kontinentalwirtschaft. Volkswirt 1941, Anhang S. 25 ff.
Puhl, Emil: Europäische Währungs- und Kreditordnung. DDV. 1940, S. 946 ff.
Schuster, Ernst: Die neuen Grundlagen der weltwirtschaftlichen Zusammenarbeit. WWA. 53. Bd. 1941, S. 253 ff.
Sommer, Louise: Neugestaltung der Handelspolitik. Berlin, Wien 1935.
Sölter, Arno: Das Großraumkartell. Dresden 1941, S. 26 insb.
Schreiber, Manfr.: Grundzüge einer national-organischen Außenhandelspolitik. Jena 1935 insb. S. 138.
Suranyi-Unger: Weltwirtschaft und Wehrwirtschaft. Jena 1941, insb. S. 96/98, 117.
Thiele, Walter: Die Idee der Großraumwirtschaft in Geschichte und Politik. Dresden 1938, insb. S. 8 ff.
Vöchting, Friedr.: Vom Welthandel zur Großraumwirtschaft. WWA. 1942, 55. Bd. S. 1 ff., insb. S. 20.

2) Vergleiche auch Walter Eucken in ‚Grundlagen der Nationalökonomie' insb. 9 f., 32 ff., 76 f., 81, 109 f., 199, 269, 273, 276, 290 f., 295; — vor allem S. 32 ff.

3) Zur Währungstheorie bzw. zur Währungspolitik vgl. folgendes Schrifttum:

Argentarius: Währungsnot, Bilder aus einem geldkranken Lande. Berlin 1923.
Bendixen, Friedr.: Geld und Kapital. Jena 1922.
Brockmann, Hans: Devisenloser Zahlungsverkehr. Hamburg 1935.
Cassel, Gustav: Das Geldproblem der Welt. München 1921.
— — Das Geldwesen nach 1914. Leipzig 1925.
— — Das Stabilisierungsproblem. Leipzig 1926.
— — Die Krise im Weltgeldsystem. Berlin-Charl. 1933.
— — Der Zusammenbruch der Goldwährung. Stuttg. 1937.
Clausing, Gustav: Geld und Außenhandel, in Deutsche Geldpolitik, Berlin 1941.
Fisher, Irving: Stabilizing the Dollar. New-York 1920.
— — Der schwankende Geldwert. (Deutsche Ausgabe der vorgenannten Abhandlung), Berlin 1924.
Forstmann, Albr.: Wege zu nationalsozialistischer Geld-, Kredit- und Währungspolitik. Berlin 1933.
Höpker-Aschoff, H.: Geld und Gold. Jena 1939.
Haber, Franz: Untersuchungen über Irrtümer moderner Geldverbesserer. Jena 1926.
Jessen, Jens: Währungsgemeinschaften in ‚Deutsche Geldpolitik', Berlin 1941.
— — Währungspolitik und Preispolitik, ebendort.
Justi, Joh. Hr. Gottl. v.: Die Chimäre des Gleichgewichts der Handlung und Schiffahrt. Altona 1759.
Keynes, J. Maynard: Vom Gelde. München, Leipzig 1932.
— — Ein Traktat über Währungsreform. München, Leipzig 1924.
— — Keynes-Plan in NfA. 1943, Nr. 8 v. 14. 4. 1943.
Knapp, Gg. Friedr.: Staatliche Theorie des Geldes. München, Leipzig 1921.
Knies, Karl: Das Geld. Berlin 1885.
Lossos, Harald: Bilanz der deutschen Devisenbewirtschaftung. Jena 1940. —
Lukas, Eduard: Aufgaben des Geldes. Stuttgart, Berlin 1937.
— — Währungsfreiheit des Deutschen Volkes. Berlin 1940.

Luckas, Hans: Theorie der Devisenzwangswirtschaft. Jena 1940.
Meinhold, Willi: Währung und Marktordnung in ‚Deutsche Geldpolitik', Berlin 1941.
Meyer, Fritz W.: Der Ausgleich der Zahlungsbilanz. Jena 1938.
Mises, Ludwig: Theorie des Geldes und der Umlaufmittel. München, Leipzig 1912.
— — Die Ursachen der Weltwirtschaftskrise. Tübingen 1931.
Möller, Hero: Die Lehre vom Geld. Leipzig 1925.
Muhs, Karl: Vom Goldautomatismus zur Währungsautonomie in ‚Deutsche Geldpolitik', Berlin 1941.
Palyi, Melchior: Zur Geschichte und Kritik des internationalen Handels. Leipzig 1929 (Anhang zu Taussig, Theorie der internationalen Wirtschaftsbeziehungen).
Pfleiderer, Otto: Weltgeld und Nationalwährung in ‚Probleme und Aufgaben des deutschen Geld- und Kreditwesens', Berlin 1942.
Puhl, Emil: Die Wiederherstellung der deutschen Währungsfreiheit. in ‚Deutsche Geldpolitik' 1941.
Reisch, Richard: Exportförderung durch aktive Währungspolitik. Wien 1935. —
Röpke, Wilhelm: Geld und Außenhandel. Jena 1925.
Schmölders, Günter: Das Verhältnis von Währungspolitik und Finanzpolitik in Geschichte und Gegenwart in ‚Deutsche Geldpolitik', Berlin 1941.
Schweizer, Arthur: Die neue Goldwährung. Basel 1929.
Timm, Herbert: Geldpolitik und Wirtschaftslenkung in ‚Deutsche Geldpolitik', Berlin 1941.
Trimmborn, Wilh.: Der Weltwährungsgedanke. Jena 1931.
Veit, Otto: Die Zukunft des Goldes. Berlin 1937.
Vogel, Emanuel Hugo: Nationale Goldkernwährungen und öffentliches Kreditmonopol als Grundlage eines Weltgeldsystems. Berlin 1933.
Wagemann, Ernst: Allgemeine Geldlehre. Berlin 1923.
White: White-Plan. in NfA. Nr. 105 vom 10. 5. 1943.
Wissemann, Hellmuth: Organische Währungsreform, Indexwährung und Arbeitsbeschaffung. Stuttgart 1939.

ferner folgende Aufsätze:

Benning, Bernhard: Europäische Währungsfragen. DDV. 1942, S. 303 ff.
Grotkopp, Wilhelm: Kanadas ‚Vermittelungsvorschlag'. DDV. 1943, S. 710. —
Hoffmann, Otto: Der Babylonische Turm. Wirtschaftskurve 1944, S. 67 ff. —
Hohlfeld, H. H.: Kreditgeschäfte und multilateraler Verrechnungsverkehr. DDV. 1940, S. 763 ff. —
— — Der Geldbegriff in unserer Zeit. BW. 1943, S. 205 ff.
— — Reichsmarkkernwährung und Währungsunion als Lösungsvorschläge für das europäische Währungsproblem. BA. 1941, S. 321 ff. —
Keller, Robert von: Ausstattung, Konsolidation und Tilgung staatlicher Arbeitsbeschaffungs- und Investitions-Kredite. WWA. 1941, Bd. 54, S. 469 ff. —
Lorenz, Charlotte: Goldstandard und Rechenwährung. DDV. 1940, S. 742 ff. —
Meyer, Fritz W.: Devisenbewirtschaftung als neue Währungsform. WWA. 1939, 49. Bd., S. 415 ff. —
— — Zum europäischen Währungsproblem. BA. 1941. S. 439 ff.
Predöhl, Andreas: Die angelsächsischen Währungspläne und die europäische Währungsordnung. WWA. 58. Bd. S. 1 ff. —

Puhl, Emil: Europäische Währungs- und Kreditordnung. DDV. 1940, S. 946 ff. —

— — Währungswissenschaft und Währungspraxis. Volkswirt 1942. S. 1104 ff. —

Rittershausen, Hr.: Die Valorisierung des Goldes als Währungs- und Außenhandelsproblem, WWA. 47. Bd. 1938. S. 23 ff. —

Schiller, Karl: Meistbegünstigung, Multilateralität und Gegenseitigkeit in der zukünftigen Handelspolitik. WWA. 53. Bd. 1941. S. 37 ff.

NN.: Währungssystem und Großraum, BA. 1942, S. 161 ff. (ohne Autorenangabe).

4) Hierzu Suranyi-Unger a. a. O. S. 96, Benning a. a. O. S. 305, Hohlfeld in BA. 1941, S. 323, Meyer in BA. 1941, S. 441, ferner NN. in BA. 1942, S. 162. — Alle diese Autoren lehnen eine Währungsunion ab. Dagegen bezeichnet Keynes in dem nach ihm benannten ‚Keynes-Plan' die von ihm geforderte ‚International-Clearing-Union' als Währungsunion. Indessen versteht er unter Währungsunion ein Anderes als die genannten Autoren. Jene lehnen eine totale Währungsunion ab, er fordert eine partielle. In der Sache dürften beide Parteien übereinstimmen. (Dies ist ein weiteres Beispiel für die Vieldeutigkeit von ‚Begriffen'). —

5) wie ihn z. B. die ‚Diskontpolitik' gewährt. —

6) Die modernen Autoren, die sich mit dem Währungsproblem beschäftigen, gehen meist nur von einer dieser Fragen aus. So steht etwa für John Maynard Keynes, Eduard Lukas, von Keller u. a. die einheimische Geldversorgung, für Fritz Meyer, Hans Luckas, u. a. der Bilanzausgleich, für Irving Fisher, Gustav Cassel, Charlotte Lorenz u. a. die Recheneinheit (bezw. die Stabilität des Warenpreisniveaus) und für Georg Friedrich Knapp, Bendixen u. a. die Frage der „Deckung" im Vordergrund. — Das Problem des zwischenstaatlichen Geldes wird von der neueren Literatur meist stiefmütterlich behandelt. Hohlfeld meint noch in BW. 1943, S. 207, daß Geld „nur in der völkischen Wirtschaft" eine Geltung besitze, die ihm Kaufkraft verleihe. —

7) Stabilizing the Dollar. New-York 1920. —

8) Das Stabilisierungsproblem. Leipzig 1926. —

9) Fisher will den Wert des gewählten Metalles mit dem Preis aller Waren verbinden, Cassel will das Metall als Währungsgrundlage völlig fallen lassen. Auch Keynes hat sich vorübergehend für diesen Vorschlag ausgesprochen. —

10) Die technische Entwicklung hebt die Marktgesetze nicht auf wie Keynes zu vermuten scheint, wenn er sagt: „Wir brauchen ein Quantum internationaler Währung, welches weder in einer nicht voraussehbaren und irrelevanten Weise bestimmt ist, wie beispielsweise durch den technischen Fortschritt der Goldindustrie . . ." (Keynes-Plan unter I c). Die technische Entwicklung führt wohl zu Schwankungen in der Produktion, die jedoch normalerweise nicht ins Gewicht fallen. Durch einheitliche Auf- und Abwertung kann man im übrigen jederzeit ein zwischen Warenproduktion und Geldproduktion auftretendes Mißverhältnis beseitigen. Wird von der als Geldgrundlage gewählten Ware zuviel produziert, so wertet man auf, wird zu wenig produziert, so wertet man einheitlich ab. Dieses Mittel steht der Weltwirtschaft ebenso wie der Großraumwirtschaft zur Verfügung.

11) Das Schrifttum der Gegenwart spricht in diesem Falle häufig von „Wirtschaftslenkung" oder von „gelenkter Wirtschaft". Dabei wird unterstellt, daß der Marktwirtschaft eine Lenkung fehlt. Das ist nicht richtig. Die Marktwirtschaft wird durch den Markt und die Bürowirtschaft durch ein oder meh-

rere Büros gelenkt. Nur in einer spezifischen Bedeutung hat der Gegensatz von „gelenkter" und „nicht gelenkter" Wirtschaft einen Sinn. Die Verteilung des Volkseinkommens auf den zivilen wie auf den öffentlichen Sektor, auf den Sektor Produktion und auf den Sektor Konsumtion kann mehr oder minder gelenkt werden. Eine derartige Steuerung ist jedoch innerhalb der Marktwirtschaft ebenso möglich wie in der Bürowirtschaft. So sind z. B. Steuern und Zölle zu diesem Zweck seit jeher verwandt worden. —

12) Grundlagen der Nationalökonomie, 2. Aufl., S. 95 ff. —

13) Dieser ‚Clearing-Verkehr' hat dabei im Gegensatz zum Banken-Clearing die Eigenart, daß er „geldlos" ist. Die gemeinsame Recheneinheit ist hier nicht Grundlage eines gemeinsamen Geldes. Wir werden ihn daher als „geldloses Clearing" bezeichnen.

14) Vergl. unten S. 18 ff. —

15) Die Kontingentierung ist das schärfste Mittel, das einer bürokratischen Wirtschaftssteuerung zur Verfügung steht. Kontingentiert werden können einmal die Devisen. Dann spricht man von „Devisenzwangswirtschaft". Oder die Waren. Dann spricht man von „Außenhandelszwangswirtschaft". Im Endeffekt wirken sich beide als Warenkontingentierung aus. Bei der letzteren wird allerdings nicht nur der Umfang, sondern auch Art und Herkunft der Warenein- und -ausfuhr vorgeschrieben. Manche Schwächen, die dem Bilanzausgleich durch Devisenkontingentierung anhaften, lassen sich hier vermeiden. Vergl. hierzu Hans Luckas a. a. O. —

16) Vergl. BA. 1942, S. 162. —

17) Erschienen 1705 in Edinburgh. —

18) Vergl. Spann a. a. O.

19) Erschienen 1905. —

20) In diesem Zusammenhang darf auch die „Fruchtbarkeitsdekkung" Othmar Spann's (Die Haupttheorien der Volkswirtschaftslehre 1936 S. 34 und 197) erwähnt werden, die teils Gedanken der Say'schen Zinstheorie (die sog. Produktivitätstheorie) und teils Gedanken der Hahn'schen Giralgeldtheorie verwendet, ohne gewahr zu werden, daß die Deckung weder mit dem Zins- noch mit dem Giralgeldproblem etwas zu tun hat. Auch dieser Deckungstheorie liegt im übrigen der Irrtum zu Grunde, daß es vornehmste Aufgabe der Deckung sei, das Geld stabil zu halten. Die Deckung hat jedoch bedeutsamere Funktionen. —

21) In kleinerem Umfange auch schon vor der Zeit Ricardos.

22) Aus kriegsbedingten Gründen konnte diese Abhandlung nicht eingesehen werden.

23) Laut FH., Die ideale Währung. Köln. Zeitung v. 13. 2. 1944. —

24) Der Zusammenbruch der Goldwährung. Stuttgart 1937.

25) Damit ist nicht gesagt, daß dieses Geld auch im Verkehr mit dritten Mächten Verwendung findet. —

26) a. a. O. S. 303 ff. —

27) a. a. O. S. 37 ff., insbes. S. 49 f. —

28) Zum europäischen Währungsproblem. a. a. O. S. 439 ff. —

29) Reichsmarkkernwährung und Währungsunion als Lösungsvorschläge für das europäische Währungsproblem. a. a. O. S. 321 f. —

30) Die Voraussetzungen für das „gemeinsame Vorgehen aller Länder", das Höpker-Aschoff a. a. O. S. 193—194 verlangt, sind hier gegeben. Ein Anlaß zu ‚autonomer' Wirtschaftspolitik besteht also nicht. —

31) Das Wort „Eigennutz" hat in jüngster Zeit eine Auslegung erhalten, die es für wissenschaftliche Darlegungen unbrauchbar macht. Smith meint unter Eigennutz etwas, das weder gelobt noch verworfen werden kann und soll, das ihm vielmehr lediglich als ein Faktor erscheint, mit dem im Reiche der Wirtschaft gerechnet werden muß. Es läßt sich daher vielleicht am besten als „Zielstrebigkeit" bezeichnen. Zielstrebig können „eigennützige" wie „uneigennützige" Handlungen sein. —
Es gibt im übrigen nur zwei grundsätzlich voneinander verschiedene Wirtschaftsordnungen, die eine baut auf dem Wunsche nach Vorteilen und die andere auf der Furcht vor Nachteilen auf. Bei der einen ist der Gewinn und bei der anderen die Strafdrohung Motor der Wirtschaft. In der Regel ist der erstere vorzuziehen, weil sie zu überdurchschnittlichen Leistungen führt, während die andere nur unterdurchschnittliche Leistungen ausmerzen kann. Sie ist allerdings zur vorübergehenden Anwendung zu empfehlen, wenn in Ausnahmezeiten — z. B. in Kriegen — der Gewinn für die Regulierung ungeeignet geworden ist. Beide Typen können niemals rein in der Wirklichkeit vorkommen. — Ob man aber ein Wirtschaftssystem primär auf dem Wunsche nach Gewinn oder auf der Furcht vor Strafen aufbaut, stets bleibt die „Zielstrebigkeit" des Menschen Antriebskraft der Wirtschaft. Ob die Ziele uneigennütziger oder eigennütziger Art (im modernen Sinne) sind, ist damit noch nicht gesagt, da auch uneigennützige Handlungen zielstrebig sind.

32) Das erste Erfordernis einer richtigen Deckung ist die Proportionalität. Die meisten Währungen vor dem ersten Weltkrieg haben dies nicht beachtet. Oft wurden starre Unter- oder Obergrenzen festgesetzt. In solchen Fällen kann jedoch von einer echten Marktwährung nicht mehr gesprochen werden.

33) Der Marktorganismus läßt sich mit einem Explosionsmotor vergleichen. Dieser wird — wie schon sein Name sagt — durch zahllose, kleine Explosionen in Gang gehalten, die sich in seinem Innern abspielen und völlig ungefährlich sind. Nur bei mangelnder Konstruktion können diese Explosionen einen größeren Umfang annehmen. Aehnliches gilt für den Marktorganismus. Ist er richtig gebaut, so wird der Bilanzausgleich laufend durch ganz geringfügige Preisverschiebungen bewirkt. Ist die Konstruktion dagegen falsch, so werden die Schwankungen der Preise einen Umfang annehmen, der ständig wächst, bis eben die alles zerstörende Explosion erfolgt.

34) Nach dem Kriege. München, Leipzig, Wien S. 45 f. —

35) Auch in den Schilderungen, die Gustav Cassel von der „Krise in Weltgeldsystem" (Berlin 1933) und von dem „Zusammenbruch der Goldwährung" (Stuttgart 1937) gibt, wird dies deutlich.

36) Das Wesen des Geldes. Leipzig 1908, S. 46. —

37) Ein Traktat über Währungsreform. S. 198. —

38) Der Zusammenbruch der Goldwährung. S. 13. —

39) a. a. O. S. 162 f. —

40) Wirtschaftspolitische Strategie. S. 211. — Diese Lese von Mißverständnissen läßt sich beliebig vermehren. —

41) Auch Keynes, Vom Gelde, S. 483, stellt fest, daß „moderne Menschen", die Eigenart des Automatismus „fast vergessen haben". —

42) Vergl. Die Krise im Weltgeldsystem a. a. O. und Der Zusammenbruch der Goldwährung a. a. O.

43) a. a. O.

44) Neuerdings wieder im Keynes-Plan, wo er mit deutlicher Spitze gegen die Goldwährung eine Währung fordert, deren Geldquantum nicht

„starken Schwankungen je nach der Goldreservepolitik einzelner Länder unterliegt". — Die Goldreservepolitik ist ein typisches Element der Büro währung.

45) u. a. in BA. 1941, S. 321 ff. —

46) a. a. O.

47) Während das Clearing der Clearing-Häuser ausschließlich der Erleichterung des Zahlungsverkehrs dient, soll dieses Clearing das Geld ersetzen. Das internationale Clearing hat mit dem Banken-Clearing somit nur die äußere Form gemeinsam.

48) „Multilaterales" bezw. „omnilaterales" Clearing. Arno Sölter a. a. O. spricht hier auch von „Superclearing". In allen Fällen ist ein geldloses Clearing gemeint. — ,

48 a) Selbst im Verkehr zwischen den Blöcken ist die Einführung einer Devisenzwangswirtschaft oder einer Außenhandelszwangswirtschaft nicht zu empfehlen. Zu den Bedenken, die stets gegen eine solche Zwangsanstalt zu erheben sind, kommt hier noch hinzu, daß ein Staatenblock nicht so übersichtlich ist wie eine einzelne Nation. Verstöße werden hier also häufiger sein. Auch macht eine solche Zwangsanstalt die einheitliche Lenkung des gesamten Außenhandels erforderlich. Bei einem Staatenblock, der aus mehreren Nationen besteht, dürfte dies kaum durchführbar sein.
Von einigen Autoren — Pfleiderer a. a. O. S. 50 f., NN. in BA. 1942, S. 162 f. u. a. — wird erwogen, sogar den Verkehr innerhalb eines Blockes nach Art der Devisenzwangswirtschaft zu organisieren. Diese Autoren haben die Gründe, die seinerzeit zur Einführung der Devisenbewirtschaftung geführt haben, scheinbar vergessen. Sie würden sonst nicht zur Herstellung einer Währungsgemeinschaft ein Mittel vorschlagen, das seinerzeit aus Anlaß eines Wirtschaftskrieges aller gegen alle zur Anwendung kam. —

49) Siehe hierzu Hans Luckas, a. a. O., S. 89 f. —

50) Für die Großraumwirtschaft in Erwägung gezogen von Pfleiderer a. a. O. S. 50 f. NN. in BA. 1942, S. 161 f., vergl. ferner auch Schiller a. a. O. S. 398 f., Söker a. a. O. S. 121 ff., Puhl Europäische Währungs- und Kreditordnung a. a. O. S. 946 u. a. —

51) Vergl. hierzu Rittershausen a. a. O., S. 2, ferner Hans Luckas a. a. O. S. 103 ff. und 106 ff. —

52) Der Weg der Geldmengenmanipulierung wird von Fritz Meyer a. a. O. BA. 1941, S. 441 f. vorgeschlagen, vergl. hierzu unten S. 63 f. —

53) Die Auswirkungen, die Bismarck's autonome Zollpolitik hatte, mögen hierfür ein Beispiel sein. —

54) Ebenso Fritz Meyer Ba. 1941, S. 439 ff. —

55) a. a. O. S. 96. —

56) a. a. O. S. 1 ff., insb. S. 23. —

57) a. a. O. S. 398 f. —

58) a. a. O. S. 121 ff. —

59) a. a. O. S. 23. —

60) a. a. O. S. 439 ff. —

61) Die ersten „bilateralen Verträge" der neueren Zeit sind die Handelsverträge auf der Grundlage der Reziprozität, die nach dem ersten Weltkrieg von den Vereinigten Staaten von Amerika abgeschlossen wurden.

Vergl. zu den handelspolitischen Fragen außer den bereits an anderer Stelle zitierten Werken auch noch folgendes Schrifttum:

Asher, C. W.: Quid faciamos nos? Deutschland, England und der freie Handel. Berlin 1846.

Beer, Wilhelm: Gefahren der Differentialzölle und der Revision des Zolltarifs. Ein Gutachten. Berlin 1848 bei Alex. Duncker.
Bente, Herm.: England und Deutschland im Kampf um die Neuordnung der Wirtschaft. Berlin 1940.
Brinkmann, Carl: Weltpolitik und Weltwirtschaft der neuesten Zeit. Berlin 1936.
Brinkmann, Rud.: Wirtschaftspolitik aus nationalsozialistischem Kraftquell. Jena 1939.
Carell, Erich: Freihandel u. größtmögliche Güterversorgung. Jena 1937.
Clausing, Gust.: Geld und Außenhandel. in ‚Deutsche Geldpolitik'. Berlin 1941.
Daitz, Werner: Großraumwirtschaft in ‚Der Weg zur völkischen Wirtschaft und zur europäischen Großraumwirtschaft'. Berlin-München 1938, Teil II, S. 45 ff.
Esslen, Jos. B.: Die Politik des auswärtigen Handels. Stuttg. 1925.
Eulenburg, Franz: Außenhandel und Außenhandelspolitik in ‚Grundriß der Sozialökonomik', Tübingen 1929.
Forstmann, Albr.: Der Kampf um den internationalen Handel. Berlin 1935.
Greiff, Walter: Die neuen Methoden der Handelspolitik. Berlin 1934.
Grotkopp, Wilh.: Die Zölle nieder! Berlin 1930.
Guarneri, Felice: Autarkie und Außenhandel. Jena 1941.
Haberler, Gottfr.: Liberale und planwirtschaftliche Handelspolitik. Berlin 1934.
Hantos, Elemér: Die Handelspolitik in Mitteleuropa. Jena 1925.
Harms, Bernh.: Volkswirtschaft und Weltwirtschaft. Jena 1912.
— — Die Zukunft der deutschen Handelspolitik. Jena 1925.
Jessen, Jens: Währungspolitik und Preispolitik in ‚Deutsche Geldpolitik' Berlin 1941.
Kupfer, J. C. G.: Differentialzölle. Berlin 1847.
Lusensky: Unbeschränkte gegen beschränkte Meistbegünstigung. Stuttgart 1918.
Von Mehring, Otto: Theorie des Außenhandels. Jena 1933.
Mosle, A. G.: Der Unterscheidungszoll. Bremen 1880.
Ohlin, Bertil G.: Internationaler Wiederaufbau der Wirtschaft in ‚Weltwirtschaftlicher Wiederaufbau', Paris (Internationale Handelskammer) ohne Jahresangabe.
Reisch, Rich.: Exportförderung durch aktive Währungspolitik. Wien 1935.
Röpke, Wilhelm: Weltwirtschaft und Außenhandelspolitik, in ‚Die Beamtenhochschule' Berlin 1929.
Schaum, Friedr.: Neuaufbau des Außenhandels. Berlin 1936.
Suranyi-Unger, Theo: Weltwirtschaftspolitik im Entstehen. Jena 1938.
Schiller, Siegmund: Mitteleuropa und die Meistbegünstigungsklausel. Stuttgart 1917.
Schiller, Rich.: Meistbegünstigung und Vorzugsbehandlung, in ‚Schriften des Vereins für Sozialpolitik', Bd. 155, S. 133 ff. — München-Berlin 1916.
Taussig-Palyi: Theorie der internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Leipzig 1929.
Viner, Jakob: Die Theorie des auswärtigen Handels in ‚Die Wirtschaftstheorie der Gegenwart'. Wien 1928.
Wahle, Barrett: Internationaler Handel. Wien 1936.
Weigert, Max: Differentialzölle und Recht der meistbegünstigten Nationen. Berlin 1878.
Ferner die Aufsätze:
Hunke, Heinr.: Die Grundlagen der zwischenstaatlichen Wirtschaftsbeziehungen in DDV. 1940, S. 941 ff.
Landfried, Friedr.: Ueberwindung des angelsächsischen Wirtschaftsliberalismus durch den Ordnungsgedanken. VJ. 1941. S. 558 ff.

Lösch, August: Eine neue Theorie des internationalen Handels. WWA. 1939, 50. Bd. S. 308 ff.
— — Die neuen Methoden der englischen Handelspolitik. WWA. 1941, 54. Bd. S. 312 ff. —
Meyer, Fritz: Die Sicherung der autonomen Wirtschaftsentwicklung im Bereich der Außenwirtschaft. WWA 1941. 53. Bd. S. 321 ff.
Predöhl, Andreas: Die sogenannten Handelshemmnisse und der Neuaufbau der Weltwirtschaft. WWA. 1940, 52. Bd. S. 193 ff.
Posse: Meistbegünstigung. Jahrbücher 1928, 74. Bd. S. 672 ff.

62) Ebenso Haberler a. a. O. insb. S. 71 ff., Franz Eulenburg a. a. O. S. 191, Posse a. a. O. S. 672 ff., Lusensky a. a. O. S. 22 ff. u. a. —
Das Gleiche gilt auch gegenüber Differentialzöllen, die innerhalb einer Wirtschaftsgemeinschaft wie Vergeltungsmaßnahmen wirken, da — wie Wilhelm Beer in seinem 1848 erstatteten Gutachten mit Recht feststellt — „das Begünstigen des einen . . . immer ein bedingtes Zurückweisen des anderen" „involviert" (a. a. O. S. 6).

63) Die unbedingte Meistbegünstigung ist also abzulehnen, wo sich feindliche Staaten einander gegenüberstehen. —

64) Im sog. Keynes-Plan a. a. O.

65) Die Schwierigkeiten, die dem fruchtbaren Wirken eines „internationalen Büros" entgegenstehen, lassen sich kaum überschätzen. Jede Nation will den Ausschlag geben und keine zu Gunsten einer anderen auf einen „Vorteil" verzichten. Häufig stehen auch Prestigefragen im Vordergrund. Unter solchen Umständen läßt sich eine Einheit nur selten erzielen. Daher wird in „internationalen Büros" viel debattiert und wenig gehandelt. Die wirtschaftlichen Organisationen des Völkerbundes mögen hierfür ein Beispiel sein. —

66) Vom Gelde. S. 289. —

67) Aufgaben des Geldes. S. 175. —

68) Lt. BA. 1942, S. 162. —

69) a. a. O. S. 49 f. —

70) a. a. O. S. 17. —

71) Z. B. Hohlfeld, BA. 1941, S. 321 ff. — Es erscheint grundsätzlich unzweckmäßig, politisch gesättigte Worte wie ‚liberal', ‚kapitalistisch', ‚sozialistisch', usw. im Reich der Wirtschaftswissenschaft zu verwenden. Es sollte dies ebenso unzulässig sein wie die Titulierung von Autoren als „genialer Idiot" oder als „weniger banausisch" (so Sombart für Gossen und Descartes, „Die drei Nationalökonomien" S. 4 und S. 89).

72) a. a. O. S. 28/37. —

73) a. a. O. S. 26. — Nebenbei bemerkt, das „Verstehen" ist nach Sombart die der Wirtschaft angemessene Erkenntnisweise (Weltanschauung, Wissenschaft und Wirtschaft S. 27). Noch in seinem Werk „Die drei Nationalökonomien" S. 29 aber versteht Sombart unter „Verstehen" das Erkennen von Regeln. Wenn es aber in der Wirtschaft keine „Regeln" gibt, wie will man sie dann erkennen? —

74) a. a. O. S. 439.

Nationalökonomisches Schrifttum, soweit nicht in den Anmerkungen 1 (Großraumwirtschaft), 3 (Währungspolitik) und 61 (Handelspolitik) aufgeführt:
Amonn, Alfred: Objekt und Grundbegriffe der theoretischen Nationalökonomie, Leipzig und Wien 1927.
Diehl, Carl: Theoretische Nationalökonomie (1916—1927).
Dühring, E.: Kritische Geschichte der Nationalökonomie und des Sozialismus, Berlin 2. A. 1875.
Eucken, Walter: Nationalökonomie — wozu? Leipzig 1938.
— — Grundlagen der Nationalökonomie. 3. A. Jena 1943.

Gesell, Silvio: Die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld. Arnstadt 1919.
v. Gottl-Ottlilienfeld: Der Mythos der Planwirtschaft, Jena 1932.
— — Ewige Wirtschaft. 1943.
Hesse, Albert: Grundriß der politischen Oekonomie.
— — Leitfaden zum Studium der politischen Oekonomie.
Laum, Bernhard: Die geschlossene Wirtschaft. Soziologische Grundlegung des Autarkieproblems. Tübingen 1933.
List, Friedrich: Das nationale System der politischen Oekonomie. Stuttgart und Berlin 1925.
Suranyi-Unger, Theo: Nationale und internationale Preispolitik. 1938.
Schmoller, Gustav: Zur Litteraturgeschichte der Staats- und Sozialwissenschaften, Leipzig 1888.
— — Umrisse und Untersuchungen zur Verfassungs-, Verwaltungs- und Wirtschaftsgeschichte. Leipzig 1898.
— — Grundriß der allgemeinen Volkswirtschaftslehre, 1919.
Smith, Adam: Untersuchung über die Natur und die Ursachen des Nationalreichtums. Breslau u. Leipzig 1810.
Sombart, Werner: Die drei Nationalökonomien, Geschichte und System der Geschichte von der Wirtschaft. München und Leipzig 1930.
— — Weltanschauung, Wissenschaft und Wirtschaft. Berlin-Charl. 1938.
Spann, Othmar: Die Haupttheorien der Volkswirtschaftslehre. 1910.
von Thünen: Der isolierte Staat in Beziehung auf Landwirtschaft und Nationalökonomie. 1826.
Wagemann, Ernst: Wirtschaftspolitische Strategie. Hamburg 1937.
Wolf, Julius: Das internationale Zahlungswesen. Leipzig 1933.

Aufsätze:
Amonn, Alfred: Nationalökonomie und wirtschaftliche Wirklichkeit, Jahrbücher 153. Bd. 1941, S. 1 ff., 129 ff.
Genzmer, Werner: Das Wagnis in der Wirtschaft, Die Wirtschaftskurve 1944, S. 3 ff.
Ritschl, Hans: Wandlungen im Objekt und in den Methoden der Volkswirtschaftslehre, in Schmollers Jahrbuch, 67. Jg. 1943. S. 3 ff.
Vleugels, Wilh.: Was heißt Theorie? in Jahrbücher, 153. Bd. 1941, S. 30 ff. —

Lebenslauf

Ich bin am 11. Mai 1911 in Königsberg als Sohn des Geheimen und Oberbergrates, o. ö. Universitätsprofessors an der Universität Königsberg und o. ö. Honorarprofessors an der Universität Marburg Dr. Gustav Adolf Arndt und seiner Ehefrau Louise geb. Zabeler geboren. Nach dem Besuch der Vorschule in Berlin seit 1917 besuchte ich 1920—1930 in Marburg das Gymnasium. Nach dem Abitur studierte ich von 1930—1935 in Berlin, München und Marburg Rechtswissenschaft, Nationalökonomie, Kunstgeschichte und Philosophie. Oktober 1933 bestand ich in Marburg das juristische Doktor-Examen. Seit Frühjahr 1936 war ich praktisch tätig, und zwar zunächst in Essen und seit Januar 1937 in Berlin. Februar 1940 wurde ich zur Wehrmacht einberufen. Im Sommer 1941 als schwerkriegsbeschädigt entlassen, studierte ich in Marburg Volkswirtschaft und bestand im Frühjahr 1943 die volkswirtschaftliche Diplom-Prüfung, Februar 1944 das volkswirtschaftliche Doktor-Examen. Seit Herbst 1943 bin ich als Sachbearbeiter in einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft tätig.